

Inhaltsverzeichnis

Arbeitsprogramm 2018- 2020

Landesvorstand	Arbeitsprogramm 2018- 2020: Jede/r Einzelne trägt die ganze Verantwortung	2
----------------	---	---

A Arbeit, Wirtschaft und Soziales

A-2	Saarlouis	Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Dispo-Krediten	14
A-3	Saarlouis	Reformierung des Erzieher_innen-Berufs – Mehr Praxis und mehr Gehalt	16
A-4	Merzig-Wadern	Kostenübernahme für das Arbeitsmaterial im Friseurhandwerk	18
A-8	Neunkirchen	Wasser ist Menschenrecht – für kostenloses Wasser am Arbeitsplatz	19
A-9	Saarpfalz	Recht auf Asyl für Klimaflüchtlinge	20
A-10	Saarbrücken-Land	Sicherung industriekulturell bedeutender Standorte und Einrichtungen	22
A-11	St. Wendel	Kinder und Jugendhilfe im Saarland stärken	24
A-12	Saarlouis	Echte Flatrates jetzt!	26

B Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

B-1	Juso Hochschulgruppe	Finanzielle Sicherheit für saarländische Hochschulen	28
B-2	Juso Hochschulgruppe ,JSAG	Der nationale Bildungsrat	29
B-4	Saarlouis	Lehrmittelfreiheit	31
B-5	Saarlouis	Digitalisierung und Modernisierung der Schulen	32
B-6	JSAG	Freie Wasserspender an saarländischen Schulen!	34
B-7	JSAG	Sexuelle Vielfalt muss Thema im Unterricht sein	35

E Energie, Umwelt und Verkehr

E-1	Saarpfalz	Vergünstigungen im ÖPNV für Ehrenamtskarteninhaber_innen	38
E-2	Juso AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	ArbeitnehmerInnenfreundlicher ÖPNV	39
E-3	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	Grubenwasserhaltung an der Saar – Eine nachhaltige Lösung für Ewigkeitsaufgaben	42
E-4	Saarbrücken-Land	Tourismus im Saarland – Industrie und Natur	45

E-5	Saarbrücken-Stadt	Abwasserreinigung	47
-----	-------------------	-------------------	----

P Innerparteiliches

P-1	Saarbrücken-Stadt	Geschlechtergerechtigkeit jetzt!	49
P-2	Saarbrücken-Stadt	Umweltschutz beginnt im kleinen	50

K Kommunales

K-1	Saarlouis	Interkommunale Zusammenarbeit stärken	52
K-2	Saarlouis	Keine „Saarland-Kasse“ für die saarländischen Kommunen	53
K-3	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	Daseinsvorsorge statt Privatisierung	55

I Internationales

I-1	Neunkirchen	What do you meme?	58
I-3	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	Sicherung der (kommunalen) Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen – JEFTA und Co.	60

G Familie, Gleichstellung und Gesundheit

G-1	Saarpfalz	Anerkennung von Fehl- und Totgeburt als Grund einer Freistellung von der Arbeit für beide Partner_innen	63
G-2	Saarpfalz	Die radiologische Untersuchung zur Altersfeststellung von jungen Geflüchteten abschaffen	64
G-3	Saarpfalz	Unterhaltsvorschuss auch für Stiefkinder	66
G-4	Saarpfalz	Paritätische Besetzung von Prüfungskommissionen	67
G-5	JSAG	Wohlbefinden an Schulen verbessern, für alle!	68
G-6	Saarbrücken-Stadt	Antrag zu Betriebskindergärten und – krippen und familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen im Krankenhaus	69

D Demokratie, Kultur

D-4	Saarpfalz	Opferbeauftragte_r für das Saarland	72
-----	-----------	-------------------------------------	----

Arbeitsprogramm 2018- 2020

Arbeitsprogramm 2018- 2020

Landesvorstand	Arbeitsprogramm 2018- 2020: Jede/r Einzelne trägt die ganze Verantwortung	2
----------------	---	---

Titel Arbeitsprogramm 2018- 2020: Jede/r Einzelne trägt die ganze Verantwortung

AntragstellerInnen Landesvorstand

Zur Weiterleitung an

Arbeitsprogramm 2018- 2020: Jede/r Einzelne trägt die ganze Verantwortung

- 1 1. Die Jusos als junge, linke und progressive Sammlungsbewegung an der Saar
- 2 Wir Jusos Saar sind nichts weniger als die Sammlungsbewegung junger, linker und progressiver Menschen im
- 3 Saarland. Wir möchten den Status Quo nicht einfach akzeptieren, sondern Ungerechtigkeiten benennen: Wir
- 4 legen den Finger in die Wunde und schrecken nicht vor Denkverboten zurück. In den kommenden zwei Jahren
- 5 werden wir klar zeigen, was Gerechtigkeit für uns bedeutet und wie wir diese erreichen: Durch die Teilhabe
- 6 aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, durch gleiche Bildungschancen, durch Arbeitsbedingungen, die
- 7 menschenwürdig sind und Löhne, die zum Leben reichen. Wir möchten, dass die Menschen, die den materi-
- 8 ellen Wohlstand erarbeitet haben, auch davon profitieren. Diesen Klassenkampf werden wir führen, hin zum
- 9 demokratischen Sozialismus.
- 10 Wir wollen weg von Diskriminierung, Ausgrenzung und Spaltung, hin zu einer solidarischen Gemeinschaft,
- 11 in der sich jede und jeder frei entfalten kann. Wir kämpfen entschlossen gegen Nationalismus, Rassismus,
- 12 Antisemitismus und jede Form der Menschenfeindlichkeit. Wir möchten in einer Gesellschaft leben, in der alle
- 13 Menschen gleich an Rechten sind und keine Rollenbilder uns unterbewusst in Zwänge treiben.
- 14 Heute stehen viele unserer Leitlinien wieder zur Disposition. Deswegen gilt es mehr denn je, das zu verteidigen,
- 15 was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im letzten Jahrhundert gegen große Widerstände erkämpft
- 16 haben. Denn jede und jeder Einzelne trägt die ganze Verantwortung.
- 17 2. Für ein starkes und soziales Europa
- 18 Für uns ist das Saarland das schlagende Herz eines Kontinents, welcher in besonderem Maß der Garant für
- 19 Frieden und Freiheit ist. Die Gräueltaten aus zwei Weltkriegen, die auf engstem Raum Millionen Leben kosteten, sind
- 20 heute zwei Errungenschaften gewichen, die untrennbar mit der Europäischen Union verknüpft sind: Frieden
- 21 und die europäische Freizügigkeit. Auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit kann kein Land im
- 22 Alleingang Antworten finden. Mehr Demokratie und mehr Solidarität müssen die Antwort auf die Krise der
- 23 Europäischen Union sein.
- 24 In vielen Ländern Europas ist die Wirtschaftskrise nach wie vor nicht überwunden. Das hat dramatische Folgen
- 25 für die betroffenen Menschen vor Ort und schürt Existenzängste. Wir setzen uns daher für europaweit gültige
- 26 soziale Mindeststandards bei Löhnen und Renten, bei Arbeitsbedingungen und beim Gesundheitsschutz ein.
- 27 Wir wollen den Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerbetrug zu Gunsten einer besseren Umverteilung
- 28 führen und setzen uns für eine EU-weite Finanzmarkttransaktionssteuer ein.
- 29 Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor ein zentrales Problem der Europäischen Union. Wir wollen
- 30 die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen durch Hoffnung ersetzen. Daher fordern wir die massive Auf-
- 31 stockung von EU-Mitteln zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch der Einsatz für eine solidarische
- 32 und nachhaltige Wirtschaft, sowie eine Umweltpolitik, die dem Klimawandel spürbar entgegentritt, kann nur
- 33 gemeinsam mit allen Staaten der EU gelingen.
- 34 Die im kommenden Jahr anstehende Europawahl wird eine Zerreißprobe für den europäischen Zusammen-
- 35 halt. Die politischen Strömungen, die die Rückkehr zu den vermeintlich einfachen Lösungen des Nationalstaa-
- 36 tes suchen, sind am erstarken.

37 Wir können diesen nur vereint begegnen und besinnen uns auf unsere Verantwortung als politische Kraft im
38 Herzen Europas: Wir wollen uns stärker mit Kooperationspartner_innen und Schwesterorganisationen außer-
39 halb des Saarlandes vernetzen, einen regen Austausch anstoßen und gemeinsame Projekte für ein soziales
40 und demokratisches Europa von Morgen durchführen.

41 Den Europawahlkampf unterstützen wir Jusos sowohl inhaltlich, als auch personell auf Veranstaltungen, im
42 Netz und am Wahlstand. Denn eines ist für uns klar: Wir brauchen neben einer Währungsunion vor allem eine
43 Werteunion, die nur von der SPD in diesem Maße gefordert und gelebt werden kann. Lasst uns dazu beitragen,
44 dass aus dieser Europawahl eine Sternstunde der europäischen Demokratie wird.

45 3. Bildung als Schlüssel zur gleichberechtigten Teilhabe

46 Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht: Jeder Mensch hat darauf Anspruch, unabhängig vom Geldbeutel.
47 Deswegen setzen wir uns vehement dafür ein, dass Bildung gebührenfrei wird. Doch nicht nur die Chancen-
48 gleichheit, sondern auch die Qualität unserer Bildungseinrichtungen muss gewährleistet sein. Wir verbringen
49 einen beachtlichen Teil unserer Jugend in der Schule, das Lernklima muss diesem Umstand entsprechend
50 gerecht werden: Wir müssen Orte schaffen, an denen man sich wohlfühlen und sich kreativ entfalten kann.
51 Kleinere Klassen, weniger Unterrichtsausfall und genügend Lehrerinnen und Lehrer sind hierfür eine Grund-
52 bedingung. Auch die gute Ausstattung der Schulen muss sichergestellt sein. Daher fordern wir eine Investi-
53 tionsoffensive, die unsere (Berufs-)Schulen zukunftsfähig macht. Freies und offenes WLAN, eine zeitgemäße
54 Hard- und Software-Ausstattung, die endlich die verstaubten Tafeln durch Smartboards ergänzt. Bildungsein-
55 richtungen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch der sozialen Entwicklung. Deswegen
56 brauchen wir gerade an diesen Orten Vertrauenspersonen, die sich den Problemen und Ängsten der Schü-
57 ler_innen annehmen und aufsuchend tätig werden. Wir fordern den Ausbau der Schulsozialarbeit und die
58 Schaffung von multiprofessionellen Teams. Bildungseinrichtungen dürfen kein Ort der Stigmatisierung sein.
59 Ob bei Kleinstbeiträgen wie Kopiergeld, dem Ein-Euro-Beitrag für das Schulessen, oder den Kosten für die Klas-
60 senfahrt, häufig überschreiten die zusätzlichen finanziellen Belastungen aus dem Schulbetrieb das Budget der
61 Eltern. Die Leidtragenden davon sind immer die Kinder. Deshalb setzen wir uns kurzfristig für eine deutliche
62 Entbürokratisierung und Ausweitung des Bildungs- und Teilhabepakets ein.

63 Die Schule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche für das (Berufs-)leben vorbereitet werden. Um den
64 Einstieg in den sich wandelnden Arbeitsmarkt zu erleichtern, müssen erforderliche Kernkompetenzen bereits
65 in der Schule erworben werden. Die Digitalisierung muss bereits spielerisch im frühkindlichen Alter erlernt
66 und bis zum Verlassen der Schule vertieft werden. Wir fordern daher, dass die Lehrpläne aller Schulformen
67 die Digitalisierung berücksichtigen und diese wiederkehrend im Unterricht behandeln. Angesichts der neuen
68 Qualifikationen, die Berufseinsteiger_innen für einen Job in der digitalisierten Arbeitswelt benötigen, brauchen
69 wir auch geschultes Fachpersonal in unseren Bildungseinrichtungen, das dieses Wissen vermitteln kann. Die
70 Schule ist aber auch der Ort, an dem Kinder und Jugendliche zum ersten Mal mit Demokratie in Kontakt kom-
71 men und die demokratischen Grundprinzipien erlernen, sei es bei der Wahl der/des Klassensprecher_in oder
72 der/des Vertrauenslehrer_in. Oft entwickelt sich das Gespür für Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlun-
73 gen in der Schule. Es ist wichtig, Formen der aktiven Beteiligung zu schaffen und die Schüler_innen in Entschei-
74 dungen einzubeziehen. Viele Heranwachsende übernehmen in der Schüler_innenvertretung zum ersten Mal
75 Verantwortung und setzen sich aktiv für die Belange der Mitschüler_innen ein. Wir fordern daher die stärker-
76 re Unterstützung der Schüler_innenvertretungen durch Kollegium und Schulleitung und eine Kontinuität von
77 Schüler_innenvertretungen durch den verstärkten Einsatz von speziell ausgebildeten Verbindungslehrer_in-
78 nen.

79 Unser Bildungssystem soll allen Kindern und Jugendlichen gleich und frei zugänglich sein, unabhängig von
80 ihren Fähigkeiten, Beeinträchtigungen oder Behinderungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder so-
81 zialen Herkunft. Diese diskriminierungsfreie Teilhabe an den Lern- und Betreuungsangeboten erfordert in
82 erster Linie die Barrierefreiheit. Um die UN-Behindertenrechtskonvention, die bis 2020 benachteiligten Men-
83 schen ein besseres Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ermöglichen soll, umsetzen zu können, fordern wir
84 stärkere finanzielle Unterstützung vom Land für barrierefreien Umbau von Schulen und Hochschulen.

85 Die politische Bildung bleibt auch weiterhin eine zentrale Säule unserer Verbandsarbeit. In den kommenden
86 Jahren soll die Bildungsarbeit der Jusos Saar innerverbandlich fortgeführt und ausgebaut werden. Das umfang-
87 reiche Bildungsprogramm in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz soll wieder attraktiver
88 ausgestaltet werden. Die zahlreichen politischen und methodischen Seminare sollen in unserem Verband brei-

89 ter beworben werden.

90 Im Bildungsprogramm der Jusos Saar und Rheinland-Pfalz sind zweimal jährlich Neumitgliederseminare vor-
91 gesehen. Diese sollen auch weiterhin durchgeführt werden, um neuen Mitgliedern eine erste Orientierung bei
92 den Jusos und der SPD Saar zu verschaffen. Unsere Verbandsschule soll Neumitglieder auf die politische Ar-
93 beit vorbereiten. Die Absolventen_Innen der Vorjahre übernehmen heute vielerorts in wichtigen Funktionen
94 Verantwortung in unserem Verband. Daher soll die Verbandsschule weiter fortgeführt werden.

95 Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken
96 fortführen und intensivieren; z.B. durch gemeinsame Seminare und Aktionen. Ebenso wollen wir die Zusam-
97 menarbeit mit anderen politischen Bildungseinrichtungen wie der Stiftung Demokratie Saar oder dem Netz-
98 werk für Demokratie und Courage weiterführen und ausbauen.

99 4. Unsere Vision: Menschenrechte statt rechter Menschen

100 Trotz Massensterben im Mittelmeer und trotz der furchtbaren Kriegsgräuel in der Levante und anderen Teilen
101 der Erde erleben wir hier tagtäglich einen unmenschlichen Umgang mit den Menschen, die aus ihren Heimat-
102 ländern flüchten müssen. Rechte Gruppierungen nutzen das Recht auf Asyl als Schmelztiegel für ihre men-
103 schenverachtenden Parolen. Asylrechtsverschärfungen oder auch repressive Law-and-Order Politik sind Aus-
104 druck einer Anbiederung an die politische Rechte und an menschenverachtende Ideologie. Wir sind hier in der
105 Pflicht, eine linke Alternative zu bieten, die das Grundrecht auf Asyl und die Würde des Menschen in den Mittel-
106 punkt unseres Politikentwurfes stellt. Diese Alternativen gilt es in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.

107 Geflüchtete Menschen haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung: Jegliche Formen der Überwa-
108 chung oder Umzäunung von Sammelunterkünften verurteilen wir scharf. Wir sprechen uns auch weiterhin für
109 die dezentrale Unterbringung der Geflüchteten aus und lehnen Ankerzentren jeglicher Art ab.

110 Wir Jusos haben uns seit jeher als progressiven und fortschrittlichen Verband verstanden, der weder vor Her-
111 ausforderungen, noch vor komplexen Analysen zurückschreckt. In den letzten Jahren sind die Strukturen rech-
112 ter Kräfte noch stärker geworden und versuchen Keile in unsere Gesellschaft zu treiben und Trenngräben zu
113 ziehen. Wir möchten diesen Versuchen eine Gesellschaftsvision entgegenstellen, in der ein freies, selbstbe-
114 stimmtes Leben aller Menschen möglich ist. Wir wollen eine Gesellschaftsvision, in der die dauerhafte Kon-
115 kurrenz zwischen den Individuen und die Konzentration von materiellem Wohlstand und politischem Einfluss
116 enden und einem gleicheren, freieren und sozialeren Zusammenleben weichen.

117 Auch in den kommenden zwei Jahren werden wir an genau dieser Gesellschaftsvision mit konkreten Projekten
118 arbeiten. Wir möchten den Christopher Street Day in Saarbrücken nutzen, um eine Aktionswoche rund um
119 den Kampf gegen Ausgrenzung aufgrund von sexueller Orientierung zu machen. Unsere bereits bestehende
120 Kampagne „Legalize it“ soll vertieft werden und einen Modell-Entwurf für die Legalisierung von Cannabis in
121 Deutschland hervorbringen.

122 5. Wirtschaft, Arbeit und Soziales

123 Unser Arbeitsmarkt verändert sich rapide. Arbeit findet nicht mehr nur an einer Produktionsstätte oder an
124 einem festen Arbeitsplatz statt. Heute ist es möglich, von nahezu überall zu arbeiten. Diese Flexibilisierung von
125 Arbeit betrifft alle Branchen, allen voran den Dienstleistungssektor. Eine zunehmend digitalisierte und globa-
126 lisierte Arbeitswelt stellt uns als Politik vor große Herausforderungen. Viele Arbeitszeitmodelle passen nicht
127 mehr in die Lebenswirklichkeit der Arbeitnehmer_innen. „Normalarbeitsverhältnisse“ werden immer seltener.
128 Es gibt immer weniger Arbeitnehmer_innen, die über Jahre bei dem gleichen Arbeitgeber beschäftigt sind oder
129 sogar nur einen Arbeitgeber haben. Solche tiefgreifenden Veränderungen brauchen politische Steuerung. Wir
130 sind überzeugt: Die Digitalisierung muss den Menschen nützen, nicht nur der Wirtschaft.

131 Die gewaltigen Umbrüche unserer Arbeitswelt erfordern eine umfangreiche Sozialstaatsreform. Die Sozialge-
132 setzgebung muss so verändert werden, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit nicht existenzbedrohend sind und zu
133 einer wirksamen Nachqualifizierung genutzt werden können. Hartz IV hat das Gerechtigkeitsempfinden weiter
134 Teile der Bevölkerung verletzt und die Betroffenen stigmatisiert. Unser Ziel bleibt die Abschaffung von Hartz
135 IV. Dafür werden wir Jusos in den kommenden zwei Jahren Forderungen erarbeiten, wie ein starker Sozialstaat
136 ein menschenwürdiges Leben für alle sicherstellen kann.

137 Globalisierung bedeutet mehr Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Dabei stehen deutsche Unternehmen mit ver-
138 gleichbar hohen arbeits- und sozialrechtlichen Standards im Wettbewerb mit Unternehmen in Ländern, die

139 keinen vergleichbaren Arbeitnehmer_Innenschutz haben. So entsteht ein Spannungsfeld zwischen angemessenen Arbeitsbedingungen und der Wettbewerbsfähigkeit, das noch nicht hinreichend gelöst ist. Für uns ist klar, dass die Globalisierung nicht zur Absenkung dieser Standards führen darf.

142 Die saarländische Stahlindustrie ist nach wie vor einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren unseres Bundeslandes. Die vergangenen Jahre haben aber auch gezeigt, wie sehr diese Schlüsselindustrie abhängig vom Weltmarkt ist. Für uns hat der Schutz der Arbeitsplätze der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höchste Priorität. Zu hohe Umweltauflagen dürfen nicht dazu führen, dass Stahl künftig nur noch an anderen Orten der Welt deutlich umweltschädlicher produziert wird. Deshalb wollen wir uns auf allen Ebenen, im Saarland, in Berlin und in Brüssel dafür einsetzen, dass der saarländische Stahl weiterhin wettbewerbsfähig bleibt.

148 Der Arbeitsmarkt hat sich aber auch im Hinblick auf die „klassischen Berufsbilder“ gewandelt. Starre Familienmodelle, in denen der Mann Vollzeit arbeitet und die Frau die Sorgearbeit übernehmen muss, wurden längst aufgebrochen. Wir wollen, dass sich insbesondere Frauen nicht für die Karriere oder für die Kinder entscheiden müssen. In der Vergangenheit endete die Entscheidung für eine familienbedingte temporäre Reduzierung der Arbeitszeit für viele Mütter in der Teilzeitfalle. Mit dem Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit hat die SPD auf Bundesebene einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Dieses Recht muss jedoch allen Menschen gleichermaßen zustehen, unabhängig von der Mitarbeiter_innenzahl des Unternehmens. Deswegen fordern wir, dass auch Unternehmen mit weniger als 45 Mitarbeiter_innen in der Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes berücksichtigt werden.

157 Trotz der signifikanten Erfolge, die die Sozialdemokratie erstritten hat, ist die Gleichstellung der Geschlechter

159 noch lange nicht erreicht. Mehr Frauen denn je sind erwerbstätig und das Niveau ihrer Qualifikation ist im Vergleich zu dem der Männern häufig sogar höher. Aber noch immer verdienen in Deutschland und in Europa Männer mehr als Frauen, weshalb es in der Lohn- und Tarifpolitik vor allen Dingen geschlechterspezifische Entgeltungleichheiten abzubauen gilt. Dazu müssen Berufsgruppen in der Entlohnung aufgewertet werden, in denen überwiegend Frauen beschäftigt werden – etwa im sozialen Bereich oder in der Pflege. Der Gender Pay Gap muss geschlossen und das Ehegatten-Splitting abgeschafft werden. Doch die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen erfordert noch weit mehr: Frauen sollen sich nicht entscheiden müssen, ob sie erwerbstätig sein wollen, oder ob sie eine Familie gründen wollen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erfordert flexiblere Arbeitszeiten und genügend Betreuungsangebote für Kinder, auch zu Randzeiten. Wir unterstützen daher den Ausbau egalitärer Modelle, bei denen sowohl Mutter als auch Vater zeitversetzt mit reduzierter Wochenstundenzahl arbeiten und somit gleichermaßen die Betreuung der Kinder und die Hausarbeit übernehmen können. Doch auch die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf muss gewährleistet sein, denn ein Großteil der Angehörigen, die Pflegearbeit leisten, sind noch erwerbstätig. Um die häusliche Pflege zu unterstützen, muss die Anrechnung von Pflegezeiten in der Rentenversicherung verbessert werden. Außerdem muss die Weiterentwicklung finanzieller Leistungen für Pflegenden vorangetrieben werden. Eine mögliche Lösung kann eine Lohnersatzleistung analog zum Elterngeld sein.

175 Gerechte Entlohnung darf auch nicht vom Alter abhängen: Auszubildende jeden Alters, unter 18-jährige und Praktikant_innen haben keinen Anspruch auf Mindestlohn und somit auch nicht die Möglichkeit ihr Leben selbstbestimmt und unabhängig zu gestalten. Wir dürfen junge Menschen nicht als billige Arbeitskräfte bewerten, sondern müssen ihre Arbeit angemessen wertschätzen und auch entlohnen. Wir fordern daher, dass der Mindestlohn ausnahmslos auch jungen Menschen gezahlt werden muss.

180 Ein selbstbestimmtes Leben können junge Menschen jedoch nur dann führen, wenn sie sich in dem Berufsfeld verwirklichen können, das sie selbst aussuchen. Im Saarland haben im vergangenen Jahr 3100 Jugendliche keine Lehrstelle gefunden. Betroffen waren vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder mit Migrationshintergrund. Um für alle Jugendlichen die Möglichkeit einer Ausbildung zu gewährleisten, brauchen wir eine Ausbildungsplatzgarantie. Grundvoraussetzung hierfür ist jedoch, dass überhaupt genügend Ausbildungsplätze verfügbar sind. Durch die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage werden die Unternehmen finanziell beansprucht, die nicht oder zu wenig ausbilden.

187 Mit dem Wandel der Arbeitswelt, verändern sich auch die Arbeitszeiten. In immer weniger Branchen ist durch die Flexibilisierung von Arbeit das klassische „nine to five“ Modell üblich. Doch auch unsere persönlichen Prioritäten haben sich gewandelt: Freizeit und Selbstbestimmung werden für die Arbeitnehmer_innen immer wichtiger. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, müssen neue Arbeitszeitmodelle gefunden werden. Die

191 durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland liegt bei 34,9 Stunden. Das geht einher mit einer Produk-
192 tivitätssteigerung von 27% im EU Vergleich. Eine kürzere Arbeitszeit führt also zu besserer Leistung, denn es
193 ist bewiesen, dass mehr Arbeit kranker und nicht produktiver macht. Wir fordern daher die branchenübergrei-
194 fende Einführung der 35-Stunden-Woche.

195 Diese steten Veränderungen der Arbeitswelt haben aber auch zur Folge, dass nicht alle Arbeitnehmer_innen
196 mit dem Fortschritt mithalten können und manche ihre Arbeitsstelle verlieren. Ein verantwortungsvoller So-
197 zialstaat muss Sicherheit im Wandel geben. Menschen, die über Jahrzehnte erwerbstätig waren und in die
198 Arbeitslosigkeit rutschen, dürfen nicht von Existenzängsten bedroht sein. Dazu gehört zukünftig, dass die
199 Lebensleistung der Menschen stärkere Berücksichtigung findet und das erarbeitete Vermögen von Hartz-IV-
200 Empfängern_innen voll geschützt wird.

201 Doch wir müssen auch den Menschen Chancen bieten, die schon längere Zeit von Arbeitslosigkeit betroffen
202 sind.

203 Wer aufgrund seines Alters, von Krankheit oder mangelnder Qualifikation keine Arbeit findet, darf nicht al-
204 leine gelassen werden. Wir sind überzeugt, dass jeder Mensch einen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten
205 kann und will. Es ist Aufgabe von Politik, dies zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des
206 öffentlich geförderten Arbeitsmarkts ein. Der saarländische Beschäftigungspakt ist ein Schritt in die richtige
207 Richtung.

208 Wir fordern, dass der Aktiv-Passiv-Transfer im Saarland eingeführt wird und damit Langzeitarbeitslose wie-
209 der einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen können. Der Mindestlohn muss auch auf
210 die Beschäftigungsverhältnisse von Langzeitarbeitslosen ausgedehnt werden. Denn die möglichen Folgen von
211 Langzeitarbeitslosigkeit sind viel tiefgreifender: Gerade die Kinder von arbeitslosen Eltern unterliegen einem
212 hohen Risiko, im Erwachsenenalter selbst arm zu sein.

213 Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in Armut. Das ist ein Skandal, den wir nicht länger hinnehmen wollen. Die-
214 sen Kindern fehlt es oft an existenziellen Gütern, sie haben oft kein eigenes Zimmer, keinen Rückzugsort. Das
215 führt zu Stigmatisierungen, sozialer Isolation und hat weitreichende Folgen für die Entwicklung des jungen
216 Menschen. Neben der kurzfristigen Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes zur Deckung des eigentlichen Bedar-
217 fes der Kinder fordern wir mittelfristig die Einführung einer Kindergrundsicherung in Höhe von 600 Euro pro
218 Monat pro Kind. Diese soll das bürokratische, Leistungsdickicht aus Sozialhilfe, Kindergeld, Kinderzuschlag,
219 Kinderfreibetrag und Ehegattensplitting lichten.

220 Doch auch für ein würdevolles Leben im Alter muss gesorgt sein: Gerade für unsere Generation ist noch nicht
221 sicher, wie unsere Rente finanziert werden soll. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner leben in Altersarmut.
222 Das Ziel unserer Politik muss es aber sein, genau das zu verhindern. Wir wollen den Mindestlohn so erhöhen,
223 dass er nach 45 Beitragsjahren für einen Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung reicht. Wir wollen,
224 dass die gesetzliche Rente wieder den Lebensstandard im Ruhestand absichert. Private Altersvorsorge darf
225 nur eine Ergänzung sein. Deswegen brauchen wir auskömmliche Löhne zu Erwerbszeiten und den Wandel
226 von einer Rentenversicherung hin zu einer Bürger_innenversicherung, in die nicht nur Angestellte, sondern
227 auch Selbstständige, Beamtinnen und Abgeordnete einzahlen müssen.

228 Heute erleben wir einen großen Druck auf Mieterinnen und Mieter. Gerade in den Ballungszentren wird Wohn-
229 raum zunehmend knapp. Dadurch steigen die Mieten auf eine Höhe, die sich viele Menschen nicht mehr leisten
230 können. Ein Grund für die steigenden Mieten ist auch, dass sich das Saarland in den vergangenen Jahren wei-
231 testgehend aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen hat. Wir fordern eine Wohnraumpolitik, die
232 mehr bezahlbaren Wohnraum schafft und die soziale Durchmischung unserer Städte fördert. Dazu braucht
233 es höhere Investitionszuschüsse und ein effektiveres Leerstandsmanagement.

234 6. Feminismus

235 Die Jusos sind ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Die SPD fordert
236 im Rahmen des Erneuerungsprozesses, dass die Partei weiblicher und jünger werden muss, aktuell sind Frauen
237 jedoch sowohl bei den Jusos, als auch in der SPD noch unterrepräsentiert. Wir setzen uns dafür ein, dass
238 innerparteilich das gelebt wird, was die SPD fordert: Parität in allen Gremien, von den Kommunalparlamenten
239 bis hin zum Bundestag.

240 Um mehr Frauen in Führungspositionen zu etablieren, setzen wir uns weiterhin für die paritätische Doppel-

241 spitze und neue Formen von Führungsmodellen wie Sprecher_innenteams ein. Die bisherigen gesetzlichen
242 Versuche sind gescheitert. Der Staat muss die Strukturen des Patriarchats durchbrechen. Davon profitieren
243 Frauen und Männer.

244 Wir wollen gezielt Frauen als Mitglieder werben. Dazu wollen wir weitere Infostände zur jetzigen Besteuerung
245 von Tampons in Höhe von 19%, statt den angemessenen 7%, in den Unterbezirken durchführen. Gleichzei-
246 tigt wollen wir weiterhin am Weltfrauentag oder Equal Pay Day aktiv sein, um für die Gleichberechtigung der
247 Geschlechter einzutreten. Ebenso soll die Kooptierung einer Stelle für Feminismus im Juso Landesvorstand bei-
248 behalten werden. Des Weiteren müssen wir unsere weiblichen Mitglieder stärken und Anreize für sie schaffen,
249 sich in unserem Verband mit seinen Ämtern und Funktionen stärker einzubringen. Dazu soll ein Mentorinnen-
250 Programm etabliert werden, indem jeder Unterbezirk/Kreis eine Ansprechpartnerin für weibliche Neumitglie-
251 der benennt. Ebenso wollen wir an den AK Feminismus gekoppelt einen landesweiten Frauenstammtisch zur
252 besseren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch etablieren.

253 Gendersensibles Sprechen und Schreiben, Frauenquoten für Gremien und Ämter sowie quotierte Redelisten
254 sind weiterhin Grundkonzepte unserer politischen Arbeit. Um dies allen Mitgliedern nochmals näher zu brin-
255 gen, wollen wir gemeinsam mit dem AK Feminismus einen Leitfaden zu diesem Thema erstellen und (zusam-
256 men mit den Roten Zeilen) an alle Mitglieder versenden und dies auch im Rahmen der Verbandsschule behan-
257 deln. Bei Bedarf halten wir in den Unterbezirken gezielte Veranstaltungen zu den genannten Grundkonzepten
258 ab. Ebenso wollen wir für neuere Erscheinungsformen wie Netz- und Queer*feminismus sensibilisieren. Gera-
259 de das Ausnutzen frauenpolitischer Themen durch rechte Gruppierungen wie das Frauenbündnis Kandel oder
260 die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und die auch hier vorherrschende Akzeptanz seiner frauenver-
261 achtenden Aussagen und Handlungen, zeigen deutlich: „Still loving feminism“ darf keine Phrase sein, sondern
262 muss sich in unserer alltäglichen politischen Arbeit widerspiegeln.

263 7. Umwelt: Nachhaltige Entwicklung regional gestalten

264 Eine solidarische und soziale Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn sie strukturell und ökolo-
265 gisch nachhaltig organisiert ist. Um eine derartige gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu fördern, ist politi-
266 sches Handeln nicht nur auf nationaler und internationaler Ebene notwendig, sondern auch auf regionaler
267 und lokaler Ebene. Regionalspezifische Ansätze und Antworten für eine nachhaltige Entwicklung finden sich
268 in vielen landespolitischen Handlungsfeldern wieder, für die wir zukünftig Antworten mit jungsozialistischer
269 Handschrift erarbeiten wollen.

270 Die im Saarland dominierende Form der Fortbewegung ist der eigene PKW. Diese Fokussierung auf das Au-
271 tomobil muss sich, um Mobilität für die Gesellschaft sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten, wandeln.
272 Deswegen setzen wir uns auch in den kommenden Jahren dafür ein, dass der ÖPNV im Saarland generell und
273 im ländlichen Raum besonders gestärkt wird. Um die Möglichkeit wahrnehmen zu können, auf den ÖPNV zu
274 verzichten, brauchen wir fahrradfreundlichere Verkehrskonzepte und das Engagement für eine bessere Ak-
275 zeptanz von Radfahrer_innen als Verkehrsteilnehmer_innen.

276 Neben der Forderung nach lokal genossenschaftlicher oder kommunaler Energieversorgung unter Einbezie-
277 hung lokal anfallender Kreislaufgüter wollen wir uns für eine dauerhaft kommunale Organisation von Daseins-
278 vorsorge (Trinkwasser, Energieversorgung, Schwimmbäder etc.) einsetzen, um diese Güter vor kapitalistischen
279 Marktprozessen zu schützen und langfristig Arbeitsplätze auf kommunaler Ebene zu sichern.

280 Die durch unterschiedliche Nutzungsformen im Saarland entstanden Landschafts- und Biodiversität ist ein
281 schützens- und erhaltenswertes Natur- und Gesellschaftsgut. Wir möchten uns für nachhaltige Bewirtschaf-
282 tungsformen und einen funktionsfähigen Naturhaushalt einsetzen und die dazu notwendigen Kontakte zu den
283 Akteuren im Landschafts- und Naturschutz, aber auch mit den Nutzer_innen dieser Ressourcen knüpfen und
284 in einen konstruktiven Austausch treten.

285 Wir möchten uns auch mit den Möglichkeiten der Digitalisierung zum sozialen und ökologischen Umbruch
286 auseinandersetzen.

287 8. Sicherheitspolitik

288 Ob Strukturreform, faktischer Stellenabbau bei der saarländischen Polizei, die Sicherheit in der Landeshaupt-
289 stadt oder die Ereignisse rund um die „Causa Maaßen“: das Thema „innere Sicherheit“ gewinnt in gesellschaft-
290 lichen Debatten immer mehr an Bedeutung. Wir Jusos Saar haben dies erkannt und vor zwei Jahren den Dialog

291 mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) Saarland gestartet.

292 In Zeiten, in denen Rechtspopulist_innen mit den Ängsten der Menschen spielen, vermeintlich einfache Lösun-
293 gen in Sicherheitsdebatten anbieten und Geflüchtete für alles verantwortlich machen, müssen wir Jungsozia-
294 list_innen mit eigenen Sicherheitskonzepten, welche auf unseren Verbandswerten basieren, dagegenhalten.
295 Nur reiche Menschen können sich einen schwachen Staat leisten. Aus diesem Grund kämpfen Sozialdemo-
296 krat_innen seit eh und je für die innere Sicherheit. Der Ausbau von sicheren Strukturen bedeutet jedoch auch
297 meist zugleich die Einschränkung von Bürger_innenrechten. Deshalb darf dieses wichtige Thema nicht einfach
298 den Konservativen, welche immer viel zu schnell mit dem Ausbau von Kompetenzen für Sicherheitsbehörden
299 und mit der Ausstattung mit noch wirkungsvolleren Waffen liebäugeln, überlassen werden.

300 Für uns ist klar: Mehr Sicherheit gelingt nur mit mehr Polizist_innen in der Fläche. Deshalb fordern wir nach-
301 drücklich, dass der CDU-Innenminister den faktischen Stellenabbau bei der saarländischen Polizei stoppt. Für
302 uns gilt aber auch der Leitsatz, dass Prävention immer besser ist als Intervention. Ein gutes Bildungssystem
303 und eine starke Jugendhilfe können einen aktiven Beitrag dazu leisten, das Abrutschen in die Kriminalität zu
304 verhindern.

305 Wir wollen auch in Zukunft den regelmäßigen Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der JUNGEN GRUP-
306 PE (GdP) Saarland suchen. Wir wollen den Dialog auch dazu nutzen, um Zustände innerhalb der Polizeistruk-
307 turen zu thematisieren, welche wir bereits seit langer Zeit als kritisch betrachten. So geschehen beispielsweise
308 Racial Profiling oder polizeiliche Übergriffe auf Demonstrant_innen leider immer noch viel oft und werden von
309 der Politik kaum sichtbar diskutiert. Der Staat muss gegenüber Herkunft, Sexualität und Religion neutral sein.
310 Das muss konsequent umgesetzt werden.

311 9. Juso SchülerInnen Gruppe Saar (JSAG Saar)

312 Die Juso SchülerInnen Gruppe Saar (JSAG Saar) ist die ständige Vertretung aller Schüler_innen und Auszubil-
313 denden innerhalb der Jusos Saar. Als solches gilt es sie kontinuierlich durch den Landesvorstand der Jusos
314 Saar finanziell wie auch politisch zu fördern.

315 Themen, die Schülerinnen und Schüler im Saarland betreffen, sollen aufgefangen, gehört und diskutiert wer-
316 den. Durch die frühzeitige Einbindung von politisch interessierten Schülerinnen und Schülern soll auch die
317 Ausrichtung der Jusos Saar geprägt werden. Als gemeinsames Ziel ist die Stärkung der Jusos Saar mit jungem,
318 aktivem Nachwuchs festgesetzt.

319 Zur Festigung dieser Ideen und Strukturen setzt sich der Landesvorstand für die Installation einer/s „Schülibe-
320 auftragte_n“ innerhalb der Kreisvorstände ein. Des Weiteren schlägt der Landesvorstand der JSAG Saar dem
321 Landesvorstand der Jusos Saar ein Mitglied zur Kooptierung vor.

322 10. Hochschulpolitik

323 Die saarländischen Hochschulen schaffen ein Gegengewicht zum demographischen Wandel im Saarland, in-
324 dem sie junge Saarländer_innen im Saarland halten und junge Menschen aus dem Bundesgebiet und der
325 ganzen Welt anziehen. Daher setzen sich die Jusos Saar für eine attraktive Hochschullandschaft im Saarland
326 und eine gerechte Hochschulpolitik ein. Hochschulpolitische Fragen betreffen im Saarland über 20.000 Men-
327 schen unmittelbar. Diese Personen möchten wir vertreten. Zur Stärkung unseres hochschulpolitischen Profils
328 unterstützen wir aktiv die Gründung von Juso-Hochschulgruppen an allen saarländischen Hochschulen und
329 damit einhergehend die formale Einsetzung einer Landeskoordination. Die Beschlüsse eines Landeskoordi-
330 nierungstreffen sind für unsere Hochschulpolitik richtungsweisend.

331 Kostenfreie Bildung für alle hört für uns nicht nach der Oberstufe auf. Deshalb setzen wir uns für die ersatzlo-
332 se Streichung der gesetzlichen Grundlagen für Verwaltungs-, Zweitstudien- und Langzeitstudiengebühren im
333 Saarland ein. Wir schließen uns dem Bundeskoordinationstreffen in der Forderung nach einer Bafög-Reform
334 uneingeschränkt an und werben bei der Landes-SPD um Unterstützung. Wir unterstützen junge Menschen aus
335 bildungsfernen Familien und Migrant_innen dabei, ein Studium im Saarland aufzunehmen.

336 Die staatlichen Hochschulen müssen durch das Land komplett ausfinanziert werden. Wir sehen nicht ein, dass
337 die Hochschulen gezwungen werden, eigene Einnahmen zu generieren. Wir begrüßen die Finanzierungszusa-
338 gen des Landes für die Universität und die HTW. Allerdings fordern wir, dass der Sanierungsstau aller Hoch-
339 schulen behoben wird. Auch die HfM und HBK haben unter der bisherigen Sparlast gelitten. Die Jusos Saar

340 setzen sich für eine ausgewogene Finanzierung innerhalb der Hochschulen ein. Die Fachbereiche müssen aus-
341 finanziert werden, es soll keine Bevorzugung einzelner Bereiche geben. Außerdem muss neben der Forschung
342 auch in die Lehre investiert werden.

343 Wir fordern eine Rückkehr der Universität des Saarlandes zur Volluniversität. Die Attraktivität des Hochschul-
344 standortes leidet massiv unter dem eingeschränkten Fächerangebot. Die Europa Universitäten im Sinne Ma-
345 crons, begreifen wir als Chance für die Universität und das Saarland. In Zusammenarbeit mit der Hochschul-
346 gruppe erarbeiten wir ein Konzept für Europa Universitäten und wirken daraufhin, die Universität des Saar-
347 landes zu diesem Ort zu machen.

348 Wir setzen uns für eine Änderung des saarländischen Hochschulgesetzes ein. Die universitären Gremien müs-
349 sen zu je 1/3 mit Studierenden, Mitarbeiter_innen und Professor_innen besetzt werden. Anknüpfend an die
350 bestehende Praxis an der Universität sollen dem erweiterten Präsidium aller Hochschulen studentische Vertre-
351 ter_innen angehören. Gemeinsam mit dem DGB und der GEW arbeiten wir an einer Arbeitnehmer_innenver-
352 tretung für studentische Hilfskräfte. Diese muss den doppelten Status der Studierenden und das besondere
353 Abhängigkeitsverhältnis dieser Personengruppe im Blick behalten.

354 Wir setzen uns für einen höheren Anteil an Frauen in der Wissenschaft ein. Wir machen uns gegen jede Form
355 von Sexismus an den Hochschulen stark. Außerdem entwickeln wir Strategien, um Anreize zu schaffen eine
356 wissenschaftliche Karriere zu beginnen oder fortzuführen. Als weiteren hindernden Faktor sehen wir die pre-
357 käre Beschäftigungssituation für junge Wissenschaftler_innen und die damit verbundene Unvereinbarkeit von
358 Familie und Beruf. Wir forcieren eine Umsetzung unserer Beschlüsse zur Verbesserung der Beschäftigungs-
359 situation von jungen Wissenschaftler_innen.

360 Des Weiteren bemühen wir uns im Rahmen der Verbandskommunikation um eine enge Zusammenarbeit mit
361 den Asten der saarländischen Hochschulen bzw. mit der Landesastenkonzferenz.

362 11. Gesundheit und Pflege

363 Durch den demographischen Wandel wird unsere Gesellschaft immer älter und die Anzahl an Pflegebedürfti-
364 gen steigt kontinuierlich an, gleichzeitig macht die Medizin immer größer Fortschritte. Krankheiten, die noch
365 vor 20 Jahren unwiderruflich zum Tod geführt hätten, können heute geheilt werden. Die medizinischen Fort-
366 schritte, auch im Bereich der Pflege, haben zu immer höher werdenden Ansprüchen an den Pflegeberuf ge-
367 führt. All dies führt zu einer immer größeren Arbeitsbelastung in der Pflege und das bei einem gleichblei-
368 benden beziehungsweise sogar reduzierten Personalschlüssel. Dass dies nicht gut gehen kann, sollte jedem
369 einleuchten. Trotz dieser prekären Arbeitsbedingungen, ziehen Unternehmen immer noch satte Renditen von
370 über 10 % aus Krankenhäusern und Pflegeheimen und das auf Kosten des Pflegepersonals. Dies lässt sich
371 in keiner Weise rechtfertigen und stößt in der Gesellschaft auf Unverständnis. Die Politik ist dazu angehalten
372 endlich zu handeln, wir als Juso Landesverband streben einen echten und nachhaltigen Wechsel in der Pflege-
373 politik an. Für uns ist klar: Pflege ist Daseinsvorsorge und gehört als solches in die öffentliche Hand und darf
374 nicht dem freien Markt und dessen Doktrin der Gewinnmaximierung unterworfen werden.

375 Um dies zu erreichen unterstützen wir die Gewerkschaften und die Mitarbeiter_innen in den Krankenhäusern
376 und anderen pflegerischen Einrichtungen in ihrem Kampf für Verbesserungen in der Pflege, indem wir auf
377 der Straße und online an Protesten und Aktionen teilnehmen. Des Weiteren werden wir unsere inhaltlichen
378 Positionen, innerhalb der SPD auf Landes- und Bundesebene vertreten und den Druck auf die beteiligten politi-
379 schen Akteure erhöhen, um ein Umdenken in der Gesundheitspolitik zu erreichen. Unser Ziel ist der schnellst-
380 mögliche Systemwechsel weg vom Klassengesundheitssystem hin zur Bürger_innenversicherung.

381 Von Prävention durch Sport, Ernährung bis hin zu Suchtprävention von Tabakkonsum oder Spielsucht: Wie wir
382 als Erwachsene leben, hängt viel von der Sozialisierung in der Kindheit ab. Daher sollte das Augenmerk bei der
383 Präventionsarbeit insbesondere bei Kindern und Jugendlichen liegen.

384 Während Einzelverbände wie die Tabaklobby und die Zuckerindustrie von süchtig machenden und gesund-
385 heitsschädlichen Produkten profitieren, gereichen diese der Gesamtgesellschaft zum Nachteil. Von horren-
386 den Kosten, die dadurch in unserem Gesundheitssystem anfallen bis zum Einzelschicksal einer gescheiterten
387 Existenz, die mit einer Suchterkrankung einhergehen kann.

388 Vor diesem Hintergrund ist nicht nachvollziehbar warum Verbände wie die Tabaklobby immer noch Werbung
389 im öffentlichen Raum schalten dürfen, während andere Drogen wie Cannabis noch immer kriminalisiert wer-

390 den. Dabei müssen wir Denkverbote und ideologisch motivierte Standpunkte überwinden, um zu einer Prä-
391 ventionspolitik zu gelangen, die zielgerichtet ist und das Wohl der Gesamtgesellschaft und nicht das Wohl von
392 Einzelverbänden in den Mittelpunkt stellt. Zum Erreichen dieser Ziele werden wir als Jusos Saar weiterhin un-
393 sere Positionen laut und sachlich in der SPD vertreten, um darüber ein gesellschaftliches Umdenken zu errei-
394 chen. Um weitere Ansatzpunkte, insbesondere in der Kinder- und Jugendprävention zu evaluieren, werden wir
395 uns mit verschiedenen Kinder- und Jugendschutzverbänden treffen und streben darüber hinaus gemeinsame
396 Aktionen mit diesen an, um auf Präventionsmaßnahmen aufmerksam zu machen.

397 Die Gesellschaft verändert sich immer schneller und der Gesundheits- und Pflegebereich steht dem in nichts
398 nach. Wir müssen als Gesellschaft entscheiden wo es hin gehen soll und wie wir uns unser Gesundheitssys-
399 tem in 20 Jahren vorstellen. Soll die Pflege von älteren Menschen weiterhin überwiegend von der Familie und
400 Freund_innen geleistet werden? Wenn ja, wie können wir pflegende Angehörige in Zukunft besser unterstüt-
401 zen und entlasten, damit dies auch möglich bleibt? Wie soll die Digitalisierung im Gesundheitssektor aussehen?
402 Wo setzen wir die Grenze von Robotern in der Pflege? Was ist mit der Sterbehilfe?

403 Aufgrund all dieser und noch vieler anderen ethischer und gesellschaftlicher Fragen, möchten wir durch offene,
404 interne und öffentliche Diskussionen über das Erreichen von mehr Mitbestimmung der Pflegekräfte in einem
405 Pflegesystem der Zukunft, als auch über die Medizin der Zukunft und deren Folgen, unseren Teil zur Debatte
406 im Gesundheits- und Pflegebereich beitragen. Um dann daraus konkrete Positionen zu entwickeln und diesen
407 zu einer gesellschaftlich mehrheitsfähigen Umsetzung zu verhelfen.

408 12. Digitalisierung

409 Der gesellschaftliche Wandel der 2000er-Jahre hat das Thema Digitalisierung wie kein Zweites in den Vorder-
410 grund gerückt. Fast alle Lebensbereiche werden mehr und mehr davon erfasst und sowohl unser Berufs- als
411 auch Privatleben ändert sich durch die Einbindung neuer Technik zunehmend.

412 Dies bringt sowohl Risiken als auch vor einigen Jahren noch ungeahnte neue Chancen mit sich. Im Bereich
413 der Erwerbstätigkeit muss neben den neuen Möglichkeiten der Vernetzung über Orte und Grenzen hinweg
414 auch ein Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht außer Acht gelassen werden, da der einzel-
415 ne Mensch durch die immer höher entwickelte Technik nicht nur immer besser unterstützt, sondern auch
416 ausgespäht, überwacht und letzten Endes sogar ersetzt werden kann. Ideen wie eine Maschinensteuer oder
417 der Schutz der Privatsphäre auch im beruflichen Umfeld dürfen keine Randthemen oder Tabus bleiben. Hier
418 brauchen wir eher kurz- und mittel- statt langfristig tragfähige Konzepte.

419 Grundlage für digitale Teilhabe ist ein gut funktionierender, zeitgemäßer und stabiler Zugang zum Netz. Hier
420 dürfen wir weder die Menschen noch die Unternehmen im ländlichen Raum abhängen. Der Bund hat bereits
421 mehr als eine Chance verspielt, den Breitbandausbau ordentlich zu organisieren. Ein Zugang zum weltweiten
422 Datennetz ist heute schon Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe oder die Teilnahme am Wettbe-
423 werb und gehört damit eigentlich in den Bereich einer staatlichen „digitalen Grundversorgung“ und darf nicht
424 den kommerziellen Interessen der Telefonversorger unterworfen sein. Wenn die Telekom als ehemaliger Mo-
425 nopolist hier weiter dort auf der Bremse steht und die Konkurrenten durch das Privileg des Mitverlege-Rechts
426 sabotiert, ist hier ein staatliches Eingreifen unumgänglich.

427 Um das Netz allerdings auch als Ort der fairen Chancen und des Wettbewerbs der Ideen zu erhalten, ist der
428 Erhalt der Netzneutralität für uns ein unverhandelbarer Grundsatz. Das Recht des volleren Geldbeutels darf
429 nicht auch noch im Netz dazu führen, dass aus reiner Profitgier eine Zwei-Klassen-Gesellschaft entsteht. Gle-
430 che Chancen für alle ist für uns nicht nur analog sondern auch digital oberste Maxime.

431 13. Kommunalpolitik

432 Alle politischen Entscheidungen sind Weichenstellungen für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen: Daher
433 müssen sie diese mitgestalten dürfen. Keine Bevölkerungsgruppe kann die Interessen der Kinder und Jugend-
434 lichen so glaubhaft widerspiegeln wie sie selbst. Die Beteiligung an politischen Prozessen schafft schon im
435 Kindesalter die Voraussetzung dafür, Verantwortung für sich und seine Mitmenschen zu übernehmen und ge-
436 sellschaftliches Engagement zu fördern. Wir fordern deshalb die Bildung von Jugendbeiräten auf kommunaler
437 Ebene, um sicherzustellen, dass dem Gedanken des § 49 a Abs. 1 KSVG Rechnung getragen wird.

438 Im Mai 2019 stehen richtungsweisende Entscheidungen bei uns in den Kommunen an. Wir als Jusos Saar setzen
439 uns vor allem dafür ein, dass unsere Listen alternierend aufgestellt werden und sich verjüngen. Wir unterstüt-

440 zen alle Kandidatinnen und Kandidaten im Juso-Alter und stellen Bausteine einer Jugendkampagne bereit, die
441 auf die Besonderheiten vor Ort gemünzt werden kann.

442 Doch mit der Wahl endet noch lange nicht unser Auftrag: Wir möchten alle Jusos in Parlamenten und Räte-
443 ten miteinander vernetzen und eine Plattform des Austausches schaffen. Hierfür möchten wir einen Arbeits-
444 kreis Kommunales gründen, für den auf dem Kommunalkongress der erste Grundstein gelegt wurde. Hier
445 sollen Denkansätze und Lösungen entworfen werden, die bei der Arbeit vor Ort sinnvoll genutzt werden kön-
446 nen.

447 14. Gewerkschaften stärken

448 Gewerkschaftliche, sozialistische und sozialdemokratische Bewegung haben historisch dieselben Wurzeln. Al-
449 len geht und ging es darum die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeiter_innen zu verbessern. Der Ober-
450 begriff einer solidarischen und gerechten Gesellschaft war und ist dabei immer zentral. Nur gemeinsam sind
451 Arbeiter_innen stark! Deshalb ist es unerlässlich, dass Arbeiter_innen sich in Gewerkschaften organisieren. Nur
452 mit starken Gewerkschaften können die Rahmenbedingungen einer Lohnarbeit wirksam verbessert werden.
453 Die Gewerkschaften können, beispielsweise durch Streiks, höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen
454 erkämpfen. Dies wird Jahr für Jahr neu bewiesen. In vielen Fragen, in denen wir als Politik hinterher hinken,
455 gehen Gewerkschaften vor. Als akutes Beispiel können wir hier die Debatte rund um Pflege sehen. Wo wir noch
456 über Mindestbesetzung auf den Stationen diskutieren, da haben Gewerkschaften schon Tarifverträge dazu er-
457 kämpft. In vielen Fragen, welche auch wir als Jusos Saar kritisch betrachten, gibt es Lösungskonzepte. Sei es
458 bei Kernthemen der Gewerkschaft wie gute Arbeit und die Transformation der Arbeitswelt, oder auch sozial-
459 politische Fragen wie Rente und Sozialsicherungssysteme. Kurz um: Gewerkschaften sind in Deutschland ein
460 wichtiger Akteur auf der politischen Bühne. Der DGB allein vertritt mit seinen Mitgliedsgewerkschaften rund
461 6 Mio. Mitglieder. Eine starke und wichtige Stimme.

462 Wir als politische Jugendorganisation müssen deshalb näher an Gewerkschaften heranrücken. Wie sonst sol-
463 len wir deren Probleme und Handlungsmotivationen verstehen. Dazu werden wir für alle Interessierten und
464 Mitglieder des Landesvorstands eine Schulung mit Fachreferent_innen zu Gewerkschaften durchführen. Dies
465 soll als Grundlage einer künftigen Zusammenarbeit gesehen werden. Wer sich, wie wir, für gute Arbeit einsetzt,
466 muss vor allem mit den Menschen reden, die die Beschäftigten im Saarland vertreten: Die DGB Gewerkschaft-
467 ten. Der Landesvorstand wird sich mit allen DGB Gewerkschaftsjugendlichen im Laufe der Amtsperiode treffen
468 und über aktuelle Themen und möglichen Unterstützung diskutieren. Um zu gewährleisten, dass Gewerk-
469 schaftsthemen immer im Landesvorstand angesprochen werden, werden wir als Juso Landesvorstand zwei
470 Personen für Gewerkschaftsarbeit in den Landesvorstand kooptieren. Die Hauptaufgaben der kooptierten
471 Landesvorstandsmitglieder wird die Kommunikation zwischen den DGB Gewerkschaften und dem Landes-
472 vorstand sein. Zu den Sitzungen des Forums für junge Arbeitnehmer_innen, sollen die DGB Gewerkschaften
473 eingeladen werden. Das Forum dient als Diskussions- und Vernetzungsplattform. Dies betrachten wir nur als
474 erste Schritte zu einer engeren Vernetzung mit den Gewerkschaften. Gewerkschaften besitzen jede Menge
475 Know – How und vor allem bedingt durch ihre Mitgliederzahl eine starke Durchsetzungsfähigkeit. Dies müs-
476 sen wir uns stärker zu Nutze machen um gemeinsame Ziele voran zu bringen und umzusetzen. Zentral bleibt
477 der Gedanke an eine solidarische und gerechte Gesellschaft. Dies kann nur mit einem verlässlichen Partner
478 wie der Gewerkschaft geschehen.

479 15. Linke Bündnisse an der Saar ausbauen

480 Wir Jusos möchten den öffentlichen Diskurs, der durch Parolen der CDU/CSU und spaltartigen Kräften wie
481 der AfD in den letzten Jahren nach rechts gerückt ist, wieder auf links drehen. Wir setzen uns im Saarland für
482 das Entstehen linker Bündnisse ein und werden dafür eine Offensive mit der Linksjugend und der Grünen
483 Jugend starten. Durch gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen, möchten wir einen Grundstein für eine
484 Zusammenarbeit in den nächsten Jahren legen und auch die nötige Vorarbeit leisten, die eine politische Zu-
485 sammenarbeit in Verantwortung erfordert. Denn für uns Jusos ist klar: Eine linke Politik kann nur abseits von
486 Großen Koalitionen gelingen. Deswegen setzen wir uns auch weiterhin für linke Regierungskoalitionen im Land
487 und im Bund ein.

488 16. Presse, Social Media und Organisationsstruktur

489 Es muss uns gelingen, unsere Forderungen in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Wir müssen junge Men-
490 schen davon überzeugen, dass wir uns für ihre Belange einsetzen und dass sie gemeinsam mit uns etwas

491 bewegen können. Deswegen möchten wir auch weiterhin die jungen Menschen dort abholen, wo sie sind: Im
492 Internet. In den kommenden zwei Jahren wollen wir unsere Social Media Arbeit ausweiten und unsere poli-
493 tischen Forderungen auch online diskutieren und verbreiten. Dafür werden wir weiterhin unser Facebook-,
494 Instagram- und Twitter- Profil nutzen und uns gegebenenfalls neuen Netzwerken anschließen, was auch un-
495 sere Kampagnenfähigkeit steigert.

496 Doch auch die klassische Pressearbeit möchten wir nicht aus dem Auge verlieren. Uns ist es wichtig, dass wir
497 durch Pressemitteilungen im Saarland und darüber hinaus unsere Bekanntheit steigern und die politische
498 Debatte prägen.

499 Unser Augenmerk muss aber vor allem darauf liegen, unsere Mitglieder zu stärken und in unsere Arbeit einzu-
500 binden. Gerade in Zeiten, in denen das Ehrenamt an Zuspruch verliert, müssen wir alle Interessierten mitneh-
501 men. Deswegen werden unsere Veranstaltungen dezentral in allen Kreisverbänden und immer mitgliederof-
502 fen stattfinden. Wir werden darauf achten, dass unsere Veranstaltungsorte mit dem ÖPNV gut erreichbar und
503 barrierefrei sind. Um den stetigen Kontakt mit den Mitgliedern zu verbessern, wollen wir einmal im Quartal
504 eine Art Newsletter verschicken. Dieser Newsletter wird Termine, Pressemitteilungen und Kommentare ent-
505 halten und auch digital abrufbar sein. Hiermit möchten wir vor allem auch unsere Arbeitskreise stärken, die
506 das Herzstück unserer politischen Arbeit sind.

507 Um unsere politischen Forderungen umsetzen zu können, müssen wir als starke linke Kraft in der SPD Saar
508 wahrgenommen werden, deswegen wollen wir auch in den kommenden zwei Jahren weiterhin konstruktiv
509 mit der SPD zusammenarbeiten. Für uns heißt das aber auch, an den richtigen Stellen Kritik zu üben und der
510 moralische Kompass der SPD zu sein.

511 Um Mehrheiten, auch auf Parteitag, zu organisieren, möchten wir uns weiterhin stark mit den bestehenden
512 Arbeitsgemeinschaften der SPD vernetzen. Wir wollen weitere gemeinsame Projekte, wie beispielsweise den
513 CSD mit der SPD Queer, entwickeln und etablieren. Doch auch außerhalb der Partei sind starke Bündnisse
514 unabdingbar, deswegen möchten wir uns mit anderen Jugendorganisationen und Vereinen vernetzen, um
515 unseren Forderungen mehr Ausdruck zu verleihen und größere Bühnen zu ermöglichen.

516 Die kommenden zwei Jahre sind vollgepackt mit Herausforderungen: Lasst sie uns gemeinsam ange-
517 hen.

A Arbeit, Wirtschaft und Soziales

A Arbeit, Wirtschaft und Soziales

A-2	Saarlouis	Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Dispo-Krediten	14
A-3	Saarlouis	Reformierung des Erzieher_innen-Berufs – Mehr Praxis und mehr Gehalt	16
A-4	Merzig-Wadern	Kostenübernahme für das Arbeitsmaterial im Friseurhandwerk	18
A-8	Neunkirchen	Wasser ist Menschenrecht – für kostenloses Wasser am Arbeitsplatz	19
A-9	Saarpfalz	Recht auf Asyl für Klimaflüchtlinge	20
A-10	Saarbrücken-Land	Sicherung industriekulturell bedeutender Standorte und Einrichtungen	22
A-11	St. Wendel	Kinder und Jugendhilfe im Saarland stärken	24
A-12	Saarlouis	Echte Flatrates jetzt!	26

A-2

Titel	Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Dispo-Krediten
AntragstellerInnen	Saarlouis
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Dispo-Krediten

- 1 Der Dispositionskredit ist ein Kredit, der über das laufende Girokonto bei einem Kreditinstitut in Anspruch ge-
2 nommen werden kann und zu einer zeitlich befristeten Überziehung des Kontos führt. Die Höhe der möglichen
3 Inanspruchnahme wird individuell zwischen Kreditinstitut und Kunde vereinbart.
- 4 Die Höhe des Dispositionskreditzinssatzes, d.h. den Preis, den ein Kunde für die Inanspruchnahme des Kre-
5 dits bezahlen muss, darf jedes Institut selbst festlegen. Der einzelne Bankkunde hat hierauf keinen Einfluss.
6 Einer aktuellen deutschlandweiten Untersuchung der Stiftung Warentest aus dem Jahr 2017 zufolge betrug
7 der durchschnittlich verlangte Dispositionszinssatz 9,78%. Einzelne Banken verlangten bis zu 13,75% für die
8 Inanspruchnahme des Dispokredits.
- 9 Gleichzeitig können sich Kreditinstitute im Umfeld der Niedrig- bzw. Negativzinsphase jedoch so günstig refi-
10 nanzieren wie niemals zuvor. Beispielsweise liegt der Zinssatz der europäischen Zentralbank für kurzfristige
11 Refinanzierungen seit dem 10. März 2016 bei 0%. Ebenso befinden sich die EURIBOR-Zinssätze (= Zinssätze, zu
12 denen sich Kreditinstitute untereinander Geld leihen) je nach Laufzeit im negativen Bereich. Allerdings geben
13 Banken diesen Vorteil nicht vollständig an ihre Kundschaft weiter. Im Gegenteil: die Spanne zwischen EZB-
14 Leitzins und durchschnittlichem Dispositionszins ist in den vergangenen Jahren lt. Stiftung Warentest weiter
15 angestiegen (von etwa 8 Prozent auf rund 10 Prozent, wobei zwischenzeitlich ein Hoch von 12 Prozent verzeich-
16 net wurde). Der einzelne Bankkunde wird hier zugunsten der Kreditinstitute einseitig benachteiligt.
- 17 Wir begrüßen grundsätzlich die in der vergangenen Legislaturperiode durch den Bundestag eingeführten ge-
18 setzlichen Maßnahmen, z.B. die Einführung einer verpflichtenden Beratung durch das Kreditinstitut, sollte ein
19 Kunde dauerhaft und in erheblichem Umfang seine eingeräumte Überziehungsmöglichkeit nutzen und das
20 Girokonto für längere Zeit im Minus stehen. Außerdem wurden erhöhte Transparenzvorschriften umgesetzt,
21 nach denen Banken den Dispositionszinssatz auf ihren Internetseiten veröffentlichen müssen.
- 22 Uns gehen diese Regelungen jedoch nicht weit genug.
- 23 Wir fordern eine generelle Verkürzung des für die Beratungspflicht relevanten Beobachtungszeitraums gem.
24 § 504a Abs. 1 Satz 1 BGB von sechs auf drei Monate, damit eventuelle finanzielle Schief- bzw. Notlagen von
25 Bankkunden möglichst frühzeitig erkannt werden und zum einen durch eine gezielte Beratung zeitnah kosten-
26 günstigere Alternativen gefunden werden können, aber auch, um einer weiteren Verschärfung der finanziellen
27 Notlage entgegenzuwirken.
- 28 Ebenso fordern wir die Reduzierung des maßgeblichen Betrags, der eine Beratungspflicht gem. § 504a Abs. 1
29 Satz 1 BGB auslöst, von 75 Prozent auf 50 Prozent abzusenken. Darüber hinaus sollte dem betroffenen Kun-
30 den das Beratungsangebot vorrangig persönlich unterbreitet werden. Die Textform, die gem. § 504a Abs. 1
31 Satz 3 BGB zur Zeit die Regel darstellt, muss eine Ausnahme bleiben und darf nur dann zur Anwendung gelan-
32 gen, wenn die persönliche oder telefonische Angebotsübermittlung nicht bzw. nur unter unverhältnismäßigem
33 Aufwand für die Kreditinstitute möglich ist.
- 34 Um den einzelnen Bankkunden besser vor einer „Dispo-Falle“ zu schützen, fordern wir außerdem eine ver-
35 stärkte Aufklärungs-, Beratungs- und Prüfungspflicht vor Vertragsabschluss seitens der Kreditinstitute. Insbe-

36 sondere sollte der Kunde darauf hingewiesen werden, dass der Dispositionskredit ein Instrument zur Überbrückung eines kurzfristigen Liquiditätsbedarfs ist und, sofern möglich, im Vorfeld bereits über kostengünstigere Alternativen, die die individuellen Bedürfnisse des Kunden womöglich besser abdecken können, gesprochen werden. Eine auf standardisierte Annahmen gestützte Beispielrechnung zur Darstellung der möglichen Kosten bei Inanspruchnahme des Kredits könnte hierbei die Beratungspflichten der Kreditinstitute unterstützen und dem Kunden die Folgen einer Inanspruchnahme transparenter machen.

42 Im Rahmen der von Kreditinstituten standardmäßig angewendeten Kreditwürdigkeitsprüfung sollte u.E. verstärkt darauf geachtet werden, dass die finanzielle Situation (Kapitaldienstfähigkeit) des Kunden eine Rückführung des Dispositionskredits in einer angemessenen Zeit zulässt und das Abrutschen in eine „Dispo-Falle“, aus der der Kunde aus eigener Kraft nicht mehr hinauskommt, somit erschwert wird. Hierbei erachten wir außerdem eine grundsätzliche Begrenzung des Dispositionskreditrahmens auf 100% der regelmäßigen monatlichen Einkünfte als eine weitere sinnvolle Maßnahme, um einen besseren Schutz vor einer überhöhten, dauerhaften Verschuldung zu bieten.

49 Begründung:

50 Erfolgt mündlich.

A-3

Titel	Reformierung des Erzieher_innen-Berufs – Mehr Praxis und mehr Gehalt
AntragstellerInnen	Saarlouis
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

Reformierung des Erzieher_innen-Berufs – Mehr Praxis und mehr Gehalt

1 In Sachen frühkindlicher Bildung und Betreuung tut sich was: der Ausbau der Kindertagesstätten geht voran.
2 Vielerorts werden auf Drängen verschiedener Institutionen marode oder veraltete Gebäude aufwendig saniert
3 und aufgrund einer stetig steigenden Nachfrage an Krippenplätzen ausgebaut und vergrößert. „Na endlich
4 bewegt sich was in der frühkindlichen Bildung und der Ruf der Gesellschaft nach mehr Betreuungsangeboten
5 wurde von den Parteien gehört!“, könnte man denken. Blöd nur, wenn dann zwar zahlreiche Kindertagesstät-
6 ten und Betreuungsangebote vorhanden sind, es jedoch an Erzieher_innen mangelt. Hier liegt nämlich – neben
7 dem mangelnden Angebot an Betreuungsplätzen – das zweite Problem hinsichtlich der frühkindlichen Betreu-
8 ung und Bildung: der kontinuierlich steigende Bedarf an Erzieher_innen. Deutschlandweit wird mancherorts
9 händeringend nach Betreuer_innen für die ganz Kleinen gesucht. Denn ohne eine ganztägige Betreuung ist es
10 vielen Eltern nicht möglich, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Meistens bleibt dann aufgrund
11 eines fehlenden Betreuungsangebots die Mutter zu Hause, was im Umkehrschluss weniger Einkommen für
12 die Familie bedeutet.

13 Was sind also die Ursachen für den deutschlandweiten Mangel an Erzieher_innen? Zum einen ist es die man-
14 gelnde Attraktivität, die dieser Beruf mit sich bringt. Dies beginnt schon in der Ausbildung. Die ersten drei Jahre
15 besuchen angehende Erzieher_innen eine Fachoberschule und verdienen keinen Cent dabei, da sie eine Fach-
16 oberschule besuchen und keine Berufsschule, wie es in anderen Ausbildungsberufen üblich ist. Die ersten drei
17 Jahre der Erzieher-Ausbildung sind also stark von theoretischem Unterricht und so gut wie keiner Praxiserfah-
18 rung geprägt. Um diesem anspruchsvollen Beruf gerecht zu werden, wäre es jedoch wichtig, dass angehende
19 Erzieher_innen bereits während der Ausbildung praktische Erfahrungen sammeln und wissen, was im späte-
20 ren Berufsalltag auf sie zukommt. Schließlich müssen angehende Lehrer_innen im Vergleich und je nach Bun-
21 desland ebenfalls zahlreiche Praktika und Praxissemester absolvieren. Die Erzieher_innen-Ausbildung müsste
22 also dahingehend reformiert werden, dass die Praxisanteile während der Ausbildung deutlich erhöht werden.
23 Als Grundlage einer Reformierung könnte hier das duale Ausbildungsmodell, das Theorie und Praxis mitein-
24 ander kombiniert dienen; vergleichbar mit anderen Ausbildungsberufen. Das würde bedeuten, ein bis zwei
25 Tage Unterricht an einer Berufsschule, drei bis vier Tage arbeiten in einer Kindertagesstätte oder einem Kin-
26 dergarten. Diese Ausbildungsreformierung würde dann auch eine Bezahlung bereits während der Ausbildung
27 rechtfertigen, so wie es in anderen Ausbildungsberufen üblich ist.

28 Hier verdient man bereits ab dem ersten Tag der Ausbildung zumindest etwas Geld. Erzieher_innen verdienen
29 jedoch zum jetzigen Zeitpunkt lediglich im vierten Jahr der Ausbildung, im Anerkennungsjahr, durchschnittlich
30 1400 Euro brutto [Quelle: <https://www.ausbildung.de/berufe/erzieherin/gehalt/>, 04.06.18].

31 Wenn dann die Ausbildung beendet ist und man in diesem anspruchsvollen Beruf arbeitet, liegt das maximale
32 Einkommen bei c.a. 4.300 Euro brutto. Das Einstiegsgehalt einer Erzieherin/ eines Erziehers

33 liegt im Vergleich hierzu bei durchschnittlich ca. 2110 Euro (Quelle:Lohnspiegel.de). Jedoch hat man bei ers-
34 terem Gehalt eher die Position einer Kindertagesstätten-Leitung inne. Vergleicht man dazu die Gehälter der
35 Lehrer_innen, so liegt das Einstiegsgehalt(!) eines befristet angestellten Lehrers bei durchschnittlich 3.500 Euro
36 (Quelle: GEW-Gehaltstabelle); von den Einkommen verbeamteter Lehrer ganz zu schweigen.

37 Der Vorschlag der derzeitigen Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, Erzieher_innen und Lehrer_innen
38 bezüglich ihres Einkommens gleichzustellen, ist ein erster Versuch, den Beruf des Erziehers endlich attraktiver
39 zu machen und dadurch den Bedarf an Erziehern zu decken. Denn es darf nicht vergessen werden, dass nicht
40 nur die vielen Lehrer_innen tagtäglich einen schwierigen und anspruchsvollen Job machen, sondern auch die
41 Erzieher! Sie kümmern sich genauso um die Bedürfnisse unserer Zukunft wie die Lehrer. Je nach dem aus wel-
42 cher Perspektive man sich den Beruf des Erziehers ansieht, sind sogar die Erzieher_innen diejenigen, die den
43 Grundstein für eine erfolgreiche Bildungskarriere legen, da sie den Kindern schon in den frühesten Monaten
44 ihres Lebens die wichtigsten Werte beibringen, Vorbilder für die Kleinen sind und sie dazu animieren zu ler-
45 nen und ihre Umwelt zu entdecken. In Zeiten, in denen beide Elternteile oft den ganzen Tag arbeiten und ihre
46 Kinder erst in den frühen Abendstunden wieder in Empfang nehmen und somit die Erziehungsarbeit eher den
47 Erzieher_innen zukommt als den Eltern, ein sehr wichtiger Aspekt. Wenn die Kinder dann das Grundschulal-
48 ter erreichen, haben die Erzieher_innen diese Kinder bereits zu Menschen erzogen, die wissen, wie man mit
49 anderen ohne Konflikte auskommt, wie man neue Dinge lernt und wie man sich zu benehmen hat.

50 Wenn wir daher unseren Kindern – egal von welcher Herkunft – das bestmögliche Bildungsangebot bieten
51 wollen, muss der Beruf des Erziehers nicht nur während der Ausbildung, sondern auch später, deutlich an
52 Attraktivität gewinnen! Erzieher_innen müssen endlich die Anerkennung bekommen, die sie auch verdient ha-
53 ben! Nur auf diese Weise können wir den Mangel an Erzieher_innen beheben. Eine gute frühkindliche Bildung
54 wird sich einige Jahre später für Deutschland als führendes Industrie- und Wirtschaftsland auszahlen, indem
55 unserer zukünftigen Eliten von Anfang an gute Bildung erfahren.

56 Um der derzeitigen Ungerechtigkeit und mangelnden Anerkennung, die der Beruf des Erziehers zurzeit erfährt,
57 entgegenzuwirken, fordern wir:

58 • die Reformierung der Erzieher_innen-Ausbildung hin zu einem dualen Ausbildungsmodell mit Praxis – und
59 Theorieanteilen, vergleichbar mit anderen Ausbildungsberufen

60 • eine, damit verbundene, den Anforderungen des Berufs angemessene Vergütung bereits während der Aus-
61 bildung und ab dem ersten Tag der Ausbildung

62 • eine, wie bereits von der Bundesfamilienministerin geforderte finanzielle Gleichstellung des Berufs mit dem
63 des Lehrers

64 Begründung:

65 Erfolgt mündlich.

A-4

Titel	Kostenübernahme für das Arbeitsmaterial im Friseurhandwerk
AntragstellerInnen	Merzig-Wadern
Zur Weiterleitung an	

Kostenübernahme für das Arbeitsmaterial im Friseurhandwerk

- 1 Analyse:
- 2 Das Friseurhandwerk ist laut allen Statistiken einer der am schlechtesten bezahlten Ausbildungsberufe in
- 3 Deutschland. Im ersten Ausbildungsjahr, verdient ein_e Friseur_in circa 406 €, im zweiten Ausbildungsjahr
- 4 circa 526 €, im dritten Ausbildungsjahr circa 623 €. Auch nach der Ausbildung beträgt der durchschnittliche
- 5 Lohn nur 1524 € brutto im Monat. Trotz dieser miserablen Bezüge, muss ein_e Friseur_in selbstständig für
- 6 das benötigte Arbeitsmaterial aufkommen. Meistens müssen die Friseur_innen ihr Arbeitsmaterial auf eigene
- 7 Kosten selbst kaufen oder müssen ihrem Arbeitgeber eine Abgabe bezahlen, um das Arbeitsmaterial des Be-
- 8 triebs nutzen zu dürfen. Zu dem gängigen Arbeitsmaterial für Friseur_innen gehören mindestens 3 Kämmе,
- 9 mindestens eine Haarschneideschere und eine Modelierschere, mindestens ein Siftermesser und eine Tasche.
- 10 Die Kosten für eine solche Grundausstattung betragen mindestens 215 €. Das stellt einen viel zu hohen Kos-
- 11 tenaufwand für einen so schlecht bezahlten Beruf dar. Es ist auch fraglich, ob diese Praxis, arbeitsrechtlich
- 12 vollkommen korrekt ist.
- 13 Forderung:
- 14 Die Kosten für die Beschaffung des Arbeitsmaterial im Friseurhandwerk ist durch den Friseurbetrieb zu über-
- 15 nehmen
- 16 Begründung:
- 17 erfolgt mündlich

A-8

Titel Wasser ist Menschenrecht – für kostenloses Wasser am Arbeitsplatz

AntragstellerInnen Neunkirchen

Zur Weiterleitung an

Wasser ist Menschenrecht – für kostenloses Wasser am Arbeitsplatz

- 1
- 2 Postboten, Dachdecker, Straßenarbeiter usw. arbeiten draußen im Sommer in der Hitze und müssen viel Was-
- 3 ser trinken. Besonders gute und fürsorgliche Arbeitgeber stellen ihren Arbeitern bereits jetzt Wasser kostenlos
- 4 und in ausreichender Menge zur Verfügung. Dies ist sehr lobenswert, da sie Ihrer Fürsorgepflicht besonders
- 5 nachkommen. Wasser ist schließlich lebensnotwendig und es gibt nicht umsonst das Menschenrecht auf Was-
- 6 ser. Wer einmal bei 37 Grad Celsius draußen gearbeitet hat und einmal kein Wasser dabei hatte, weiß, was wir
- 7 meinen.
- 8 Leider machen dies die wenigsten Arbeitgeber.
- 9 Bereits jetzt ist jeder Arbeitgeber per Gesetz zu Fürsorge gegenüber den Arbeitnehmer_innen verpflichtet. Wir
- 10 fassen diese Fürsorge so auf, dass jeder Arbeitgeber seinen Arbeitnehmer_innen ausreichend und kostenlos
- 11 Trinkwasser am Tag während der Arbeit zur Verfügung stellt. Am Tag dürften 2 Liter ausreichen. Im Sommer
- 12 aber, wenn es mehr als 35 Grad Celsius heiß ist, sollten 4 Liter und mehr zu Verfügung gestellt werden.

A-9

Titel	Recht auf Asyl für Klimaflüchtlinge
AntragstellerInnen	Saarpfalz
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Recht auf Asyl für Klimaflüchtlinge

1

2

3 Analyse:

4 Der Klimawandel und die mit ihm einhergehenden negativen Auswirkungen auf Flora, Fauna und den Men-
5 schen bedrohen zunehmend die Existenzgrundlage von Millionen Menschen weltweit. Obwohl für den bisher-
6 gen Klimawandel vor allem die Industrieländer verantwortlich sind, befindet sich der Großteil der am hartesten
7 betroffenen Länder nicht in der Gemeinschaft der G20-Staaten. Folgen wie die Erderwärmung sind zwar auch
8 in Mitteleuropa und Nordamerika spürbar, doch Intensität und Einwirkung sind aufgrund der besseren wirt-
9 schaftlichen Lage und Infrastruktur besser verkraftbar, als im globalen Süden. 200 Millionen Klimaflüchtlinge
10 drohen weltweit in den nächsten 30 Jahren, wenn sich der menschengemachte Klimawandel so wie bisher fort-
11 setzt. Das belegt die Studie Klimaflüchtlinge, die Greenpeace anlässlich des UN-Weltflüchtlingstages bereits
12 2014 vorgestellt hat (Greenpeace: 200 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2040, online unter: [https://www.green-](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluechtlinge-bis-2040)
13 [peace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluechtlinge-bis-2040](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluechtlinge-bis-2040)). Die Erderwärmung treibt die
14 Desertifikation in ohnehin ariden und lebensfeindlichen Gebieten voran und verschlechtert die Lebensum-
15 stände zusätzlich dramatisch. Die vom Menschen drastisch beschleunigten klimatischen Veränderungen wir-
16 ken wie ein Katalysator auf Prozesse, die ohnehin schon Existenzgrundlagen gefährden. Wassermangel, Hun-
17 ger, politische Destabilisierung und bewaffnete Konflikte werden so noch weiter verschärft.

18 Die Länder mit den größten CO₂-Emissionen, die maßgeblich an Erderwärmung und Klimawandel beteiligt
19 sind, distanzieren sich bislang größtenteils von Verantwortung und Handlungsdrang. Klima- und Umwelt-
20 flüchtlinge finden bislang weder in der deutschen, noch europäischen und internationalem Asylgesetzeslage
21 Anerkennung. Selbst das weltweit zuständige UN-Flüchtlingskommissariat kennt keinen Status „Klimaflücht-
22 ling“. Die Abgrenzung gegenüber anderen Migrationsursachen ist aufgrund der Motivüberschneidung und sel-
23 tenen kausalen Eindeutigkeit zugegebenermaßen schwierig. Migrationsforscher_innen sprechen von „gemischten
24 Wanderbewegungen“, bei denen wirtschaftliche und politische Ursachen meist durch klimatische Bedingun-
25 gen beeinflusst werden.

26 Die Vermischung dieser Motive bildet einen lebensbedrohenden Schmelztiegel, der sich wohlhabende Staaten
27 auch aufgrund schwieriger empirischer Überprüfung nicht entziehen können. Die internationale Gemeinschaft
28 reagiert nur langsam, während die Auswirkungen stetig spürbarer werden.

29 Seit Mai 2018 werden die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Flucht von einer unter dem
30 Dach der UN-Klimarahmenkonvention eingerichteten Task Force diskutiert. Die Ergebnisse sind noch of-
31 fen, doch auch andere internationale Institutionen wie die Weltbank bescheinigen die verheerenden Aus-
32 wirkungen auf Teile Afrikas, Lateinamerikas und Südostasiens. Kristina Georgieva, CEO und Chair Wo-
33 man der Weltbank nannte die den Klimawandel einen „Motor der Migration“ (Tagesspiegel: 140 Millio-
34 nen Klimaflüchtlinge bis 2050, online unter: [https://www.tagesspiegel.de/politik/weckruf-der-weltbank-140-](https://www.tagesspiegel.de/politik/weckruf-der-weltbank-140-millionen-klimafluechtlinge-bis-2050/21091728.html)
35 [millionen-klimafluechtlinge-bis-2050/21091728.html](https://www.tagesspiegel.de/politik/weckruf-der-weltbank-140-millionen-klimafluechtlinge-bis-2050/21091728.html)), als die im März 2018 erschiene Studie der Weltbank
36 über den Zusammenhang zwischen klimatischen Veränderungen und den globalen Auswirkungen vorgestellt
37 wurde. Die drastischsten Effekte sind der Anstieg des Meeresspiegels, regionale Wasserknappheit und ein Rück-
38 gang der landwirtschaftlichen Produktion in vielen Anbaugebieten der südlichen Hemisphäre.

39 Forderung:

40 Die Themen Flucht und Migration dominieren seit geraumer Zeit die innenpolitischen Auseinandersetzungen
41 in unseren Parlamenten, Feuilletons und auf der Straße. Die Vorbehalte gegenüber Zuwanderung und der
42 Umgang mit Geflüchteten haben in den letzten Jahren tiefe moralische Gräben in unserer Gesellschaft of-
43 fenbart, denen wir Jusos seit jeher mit humaner Verantwortung und umfassenden Lösungen begegnen. Die
44 Auswirkungen des Klimawandels spitzen sich jeden Tag weiter zu und verschärfen sich zusätzlich, je länger kla-
45 re Konzepte auf deutscher, europäischer oder internationaler Ebene fehlen, um ihm zu begegnen. Wir Jusos
46 fordern im Interesse der betroffenen Menschen vor Ort schon heute tätig zu werden und Klimaflüchtlingen
47 ein Recht auf Asyl zuzusprechen und den Klimawandel als Fluchtursache im deutschen Asylrecht anzuerken-
48 nen. Zudem fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich auch im Rahmen bi- und multinationaler Verträge,
49 wie der Genfer Flüchtlingskonvention, dafür einzusetzen, dass der Klimawandel als Fluchtursache anerkannt
50 wird.

51 Begründung:

52 erfolgt mündlich.

A-10

Titel	Sicherung industriekulturell bedeutender Standorte und Einrichtungen
AntragstellerInnen	Saarbrücken-Land
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Sicherung industriekulturell bedeutender Standorte und Einrichtungen

- 1 Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass industriekulturell wertvolle Standorte und Einrichtungen, ins-
2 besondere an bereits deklarierten Premiumstandorten, zeitnah und langfristig durch finanzielle Mittel und
3 Maßnahmen der zuständigen Ministerien gesichert werden sollen und für etwaige Schließungs- und Nachsor-
4 gekosten ein Fonds oder eine Stiftung geschaffen werden soll.
- 5 Begründung:
- 6 Der mit dem Bergbauausstieg im Ende Juni 2012 verbundene Strukturwandel stellt uns jetzt und zukünftig vor
7 vielfältige Aufgaben. Zu diesen gehören unter anderem ein bewusster Umgang mit der durch die Schwerindus-
8 trie (Kohle und Stahl) geprägten saarländischen Vergangenheit, aber auch das Erschließen neuer Möglichkei-
9 ten zur Wertschöpfung in ehemaligen Bergbauregionen. Standorte der Industriekultur tragen zum bewältigen
10 der genannten Aufgaben bei, da sie einerseits die Möglichkeit zur Reflexion bieten und andererseits Möglich-
11 keit zur Wertschöpfung durch die Schärfung eines regionalen Profils bieten.
- 12 Der reflektierte Umgang mit der schwerindustriellen Vergangenheit setzt voraus, dass diese in Ihrer Vielschich-
13 tigkeit erfahr- und erlebbar bleibt. Dazu ist es notwendig Einrichtungen, wie beispielsweise das Bergbaumuse-
14 um in Bexbach, das Saar Polygon bei Ens Dorf, das Erlebnisbergwerk Velsen aber auch durch Ihre besondere
15 Architektur hervorzuhebende Bergbauegebäude und ikonische Schachtköpfe oder Halden (Göttelborn, Viktoria
16 etc.) zu erhalten und zu fördern. Damit soll erreicht werden, dass diese neben und mit etablierten Standorten
17 der Industriekultur, wie beispielsweise das UNESCO Weltkulturerbe Völklinger Hütte, die Vielseitigkeit der In-
18 dustrien, von denen das Saarland maßgeblich über Jahrzehnte mitgeprägt wurde abbilden können und damit
19 die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes erlebbar bleibt.
- 20 Neben ihrer kulturellen und bildenden Rolle tragen diese Standorte auch maßgeblich dazu bei, dass vor Ort
21 gesellschaftliche Wertschöpfung nicht nur in monetärer, sondern auch in gesellschaftlicher Form durch Platt-
22 formen für ehrenamtliches Engagement stattfinden kann. Dies zeigt sich durch gemeinnützigen Vereine, die
23 sich in diesem Zusammenhang gegründet haben, wie zum Beispiel der Erlebnisbergwerk Velsen e.V. oder der
24 Verein Saarländisches Bergbaumuseum Bexbach e.V. .
- 25 Beide Formen der Wertschöpfung können dazu beitragen, dass die Lebensqualität in den Regionen dieser
26 Standorte, die zumeist auch stark vom nachbergbaulichen Strukturwandel betroffen sind nicht überpropor-
27 tional stark abnimmt. Daher sollte die Förderung solcher Standorte und die damit einhergehende Steigerung
28 lokaler Attraktivität auch als mögliches Werkzeug gegen eine mit dem Strukturwandel einhergehende Land-
29 flucht und als Möglichkeit das touristische Potential der Region zu steigern begriffen werden.
- 30 Um jedoch diese Potentiale der Wertschöpfung langfristig nutzen und erhalten zu können ist es notwendig die
31 Liegenschaften, die teilweise noch in Hand der RAG liegen, in Strukturen zu überführen, die eine langfristige Si-
32 cherung der Standorte und damit einen Zugriff auf LEADER Mittel der europäischen Union ermöglichen.
- 33 Weiterhin besteht bei Teilen dieser Einrichtungen oder Standorten die Notwendigkeit, dass mögliche
34 Schließungs-, Sanierungs-, oder Instandhaltungskosten getragen werden können. Daher muss ein Mittel zur
35 Bildung zweckgebundener Rücklagen unter demokratisch überwachter Verwaltung geschaffen werden.

36 Das damit verbundene Risiko wird unserer Meinung nach durch die Möglichkeit den Strukturwandel aktiv,
37 auf regionale Besonderheiten angepasst, für und mit den Menschen vor Ort zu gestalten aufgewogen. Diese
38 Gelegenheit muss jedoch zeitnah ergriffen werden, bevor die Substanz der Standorte weiter verfällt und das
39 zurzeit, trotz teilweise schwieriger Rahmenbedingungen, stattfindende ehrenamtliche Engagement und damit
40 verbundene Fachwissen erlischt.

A-11

Titel	Kinder und Jugendhilfe im Saarland stärken
AntragstellerInnen	St. Wendel
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Kinder und Jugendhilfe im Saarland stärken

1

2 In unserer Gesellschaft hat der Schutz und das Wohl von Kindern und Jugendlichen einen sehr hohen Stellen-
3 wert. Doch Anspruch und Wirklichkeit liegen in unserer Gesellschaft oft weit auseinander. Denn wenn es in
4 Bezug auf den Schutz und die Rechte von Kindern und Jugendlichen konkret wird, zeigt sich noch viel Nach-
5 holbedarf.

6 Im aktuellen Kinderreport 2018 des Deutschen Kinderhilfswerks zeigt sich eine erste deutliche Diskrepanz zwi-
7 schen dem Anspruch der Gesellschaft, das Kindeswohl aller Kinder und Jugendlichen sicherzustellen und dem
8 Wissen, welche Kinderrechte und den dadurch folgenden Pflichten für die Gesellschaft überhaupt bestehen.
9 Lediglich 12% der befragten Erwachsenen wissen genau, von welcher Art die Rechte von Kindern und Jugend-
10 liche eigentlich konkret sind. Deshalb können sie auch die darauffolgenden Pflichten für die Gesellschaft nicht
11 klar benennen. Eine deutliche Mehrheit von 75% kennen Kinderrechte nur dem Namen nach. Bei Kindern und
12 Jugendlichen ist das Wissen um die eigenen Rechte teilweise noch schlechter verbreitet. So kennen sich gera-
13 de einmal 16% der befragten Kinder gut mit ihren eigenen Rechten aus und 24% haben noch nie etwas von
14 Kinderrechten gehört.

15 Auch im Bereich der Bekämpfung von Kinderarmut in Deutschland gibt es großen Nachholbedarf. So lebten
16 2017 deutschlandweit 2,1 Millionen Kinder und Jugendliche in Familien, die Grundsicherung beziehen und
17 somit als arm gelten. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg der Kinderarmut um 5,2% auf rund 14%.
18 Im Saarland sind die Zahlen noch gravierender. Hier leben 19,6% der Kinder und Jugendliche in Familien, die
19 Grundsicherung beziehen.

20 Doch nicht nur die Entwicklung bezüglich der ansteigenden Kinderarmut in Deutschland und im Saarland ist
21 besorgniserregend, auch der Stand der Entwicklungsverzögerungen im Einschulungsjahr 2013/14 zeigt, dass
22 auch in der Präventionsarbeit noch viel zu leisten ist, damit sich die Armut nicht im Erwachsenenalter fortführt
23 und generationsübergreifend bestehen bleibt. 4397 der untersuchten Kinder im Saarland und somit 55,6%
24 aller untersuchten Kinder weisen eine oder mehrere Entwicklungsverzögerungen auf. Dies zeigt sehr deutlich,
25 warum zielgerichtete und ganzheitliche Präventionsarbeit in der Kinder- und Jugendhilfe so wichtig sind. Um-
26 fangreiche und ausfinanzierte Präventionsprogramme können Entwicklungsverzögerungen und damit einher-
27 gehenden Entwicklungsstörungen verhindern. Durch diese früh ansetzenden, präventiven Programme lassen
28 sich nachgegliederte und langanhaltende Probleme in der Entwicklung eines Menschen verhindern. Dadurch
29 werden die Ursachen und nicht die Symptome von Entwicklungsstörungen behandelt. Damit geht eine Entlas-
30 tung aller nachfolgenden Sozialstaatsprogrammen einher. Aus diesen Gründen ist eine gute, ausfinanzierte,
31 frühansetzende und präventive Kinder- und Jugendhilfe auch aus einer ökonomischen Perspektive betrachtet
32 sinnvoll.

33 Deshalb fordern wir:

34 – die Privatisierung in der Kinder- und Jugendhilfe zu beenden und die Finanzierungssicherheit der einzelnen
35 Helfer sicherzustellen. Darüber hinaus fordern wir eine stärkere Beteiligung von Bund und Ländern bei der
36 Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe, da das Aufgabenspektrum und auch die Funktionen der Kinder-
37 und Jugendhilfe in viele Gesellschafts- und Verantwortungsbereiche des föderalen Staatsaufbaus hinein-
38 reichen.

- 39 – die Weiterentwicklung des „Frühe Hilfe“ Programms im Saarland, durch die Einbindung von Ehrenamtlichen
40 und der Überleitung belasteter Familien in Regelangebote sowie den Auf- und Ausbau der Netzwerke. Des
41 Weiteren fordern wir die Einführung von multiprofessionellen Teams in der Kinder- und Jugendhilfe, um eine
42 enge Verzahnung aller beteiligten Akteure zu ermöglichen und somit den bestmöglichen Präventionsansatz
43 zu entwickeln.
- 44 – mehr Personal in der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere bei den Kinder- und Jugendämtern. Dort sollte
45 der Personalschlüssel mindestens so weit erhöht werden, dass die Mitarbeiter*innen maximal 35 Fälle gleich-
46 zeitig betreuen müssen. Denn erst dann ist eine angemessene Betreuung der Familien und der In Obhut ge-
47 nommenen Kindern und Jugendlichen möglich.
- 48 – den Abbau des bürokratischen Aufwands und der hohen Hürden für die Inanspruchnahme für Leistungen
49 aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Darüber hinaus fordern wir eine sozialräumliche und dezentralisierte
50 Ausrichtung der Angebote um niedrigschwellige Anknüpfungspunkte zu schaffen und damit betroffene Fami-
51 lien besser zu erreichen.
- 52 – den Aufbau von verpflichtenden Seminaren und/oder Beratungsgesprächen für Väter und Mütter während
53 der Schwangerschaft mit dem Ziel, deren Erziehungskompetenzen zu stärken und damit auch präventiv Ent-
54 wicklungsstörungen bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen. Außerdem fordern wir die Abschaffung der
55 Kita-Beiträge und den Ausbau von Ganztagsangeboten zur Förderung der frühkindlichen Bildung, insbeson-
56 dere der Sozial- und Sprachkompetenzen der Kinder.
- 57 – eine umfassende und anhaltende Bildungsoffensive in Sachen Kinderrechte, die Kinder und Erwachsene
58 erreicht. Ziel der Bildungsoffensive muss eine kontinuierliche Kinderrechtsbildung über alle Bildungseinrich-
59 tungen und -typen hinweg sein. Dies gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche aus armen Famili-
60 en.

A-12

Titel Echte Flatrates jetzt!
AntragstellerInnen Saarlouis
Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

Echte Flatrates jetzt!

- 1 Wer kennt es nicht: Gerade dann, wenn man das mobile Internet mal wirklich benötigt ist das maximale Daten-
- 2 Volumen ausgeschöpft und man kann quasi nichts mehr machen. Ist es 2018 noch angemessen, dass eine
- 3 den BürgerInnen verkaufte Flatrate nach dem Datenvolumen x oder der Minutenanzahl y endet? Wir glauben
- 4 nicht!
- 5 Wir fordern nach wie vor 100% Mobilfunknetzabdeckung in Deutschland.
- 6 Wir erkennen daher die Notwendigkeit eines strukturierten Wandels, der den Anbietern Zeit gibt, sich auf die
- 7 neuen Anforderrungen einzustellen.
- 8 Aus der Gegebenheit heraus, dass fast alle MarktteilnehmerInnen mit Highspeed-Internet werben und in der
- 9 Regel der durchschnittliche Smartphone NutzerInnen im Monat lediglich 1,8 GB/Monat an mobilen Daten ver-
- 10 brauchen ist es durchaus realistisch eine deutlich höhere maximale Drosselung zu verlangen, als die bis jetzt
- 11 marktüblichen 64 kb/sec.
- 12 Wir fordern daher die Geschwindigkeits Drosselung nach dem Verbrauch des mobilen Datenvolumens auf
- 13 8Mb/sec zu beschränken bis eine endgültige Abschaffung unechter Flatrates möglich ist.
- 14 Damit würde ein Großteil der Smartphone-Anwendungen der BürgerInnen nach wie vor schnell genug funk-
- 15 tionieren ohne, dass die Mobilfunknetze in ihrer Funktionsfähigkeit bedroht sind.
- 16 Langfristig muss unser Ziel jedoch sein, auf dem deutschen Markt dauerhaft echte Flatrates als den Standard
- 17 durchzusetzen. Dafür ist es notwendig in einem zweiten und letzten Schritt die Begrenzung von Daten und
- 18 Minuten Volumen abzuschaffen. Auf anderen nationalen Märkten wie dem Österreichischen gibt es bereits
- 19 mehrere Anbieter die Tarife mit echten Daten-Flatrates anbieten.
- 20 Dem folgend muss es daher auch langfristig in Deutschland möglich sein solche Flatrates wirtschaftlich anzu-
- 21 bieten.
- 22 Wir fordern daher
- 23 langfristig ein Verbot von unechten Flatrates für Telefonie und Internet im EU-Inland. Flatrate Angebote müs-
- 24 sen für PrivatnutzerInnen unbegrenzt sein. Keine Falltüren und Volumenbeschränkungen mehr auf dem
- 25 Telekommunikations-Markt!
- 26 Begründung:
- 27 Erfolgt mündlich.

B Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

B Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

B-1	Juso Hochschulgruppe	Finanzielle Sicherheit für saarländische Hochschulen	28
B-2	Juso Hochschulgruppe , JSAG	Der nationale Bildungsrat	29
B-4	Saarlouis	Lehrmittelfreiheit	31
B-5	Saarlouis	Digitalisierung und Modernisierung der Schulen	32
B-6	JSAG	Freie Wasserspender an saarländischen Schulen!	34
B-7	JSAG	Sexuelle Vielfalt muss Thema im Unterricht sein	35

B-1

Titel	Finanzielle Sicherheit für saarländische Hochschulen
AntragstellerInnen	Juso Hochschulgruppe
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag, SPD Landtagsfraktion

Finanzielle Sicherheit für saarländische Hochschulen

1 Wir begrüßen die finanziellen Zusagen des Landes gegenüber der Universität und der Hochschule für Technik
2 und Wirtschaft Saar in Höhe von insgesamt 15 Mio. Euro.[1] Diese reichen allerdings schon nicht aus, um den
3 Sanierungsstau an den Hochschulen zu beheben, dafür fehlen bereits mehrere Hundert Millionen Euro.

4 Die Informatik der Universität des Saarlandes wurde mit 85 Mio. Euro aus der Exzellenzinitiative gefördert.
5 Diese Förderung entfällt nach der aktuellen Vergaberunde unerwartet. Das Land machte finanzielle Zusagen,
6 insbesondere zur Finanzierung weiterer Professuren, von der Förderung durch die Exzellenzinitiative abhän-
7 gig. Dieser unerwartet Finanzierungsausfall muss aufgefangen werden.

8 Hierbei zeigt sich, dass die Priorisierung einzelner Fächer und Fachbereiche letztlich nicht zielführend ist. Die
9 Hochschulen dürfen nicht dazu gedrängt werden, eigene Einnahmen zu akquirieren. Vielmehr müssen sie
10 durch eine Erhöhung des Globalhaushaltes vollständig ausfinanziert werden. Die Priorisierung drittmittelstar-
11 ker Fachbereiche führt zu massiven Einbußen in der Forschung und Lehre anderer, insbesondere sozialwis-
12 senschaftlicher und philosophischer, Fachbereiche.

13 Aktuelles Mittel um die auferlegten Sparmaßnahmen abzufangen ist die Erhebung eines Verwaltungskosten-
14 beitrages. Dieser ist zweckgebunden für die Verwaltung der Hochschulen zu nutzen. Äußerungen Angehöri-
15 ger der Hochschulen lassen daran zweifeln, dass diese Zweckbindung tatsächlich erfolgt.[2] Das saarländische
16 Hochschulgebührengesetz sieht verschiedene Befreiungstatbestände vor. Nicht zwingend ist, dass sich Bafö-
17 Gempfänger*innen sich befreien lassen können. Nur die Universität hat von diesem möglichen Befreiungs-
18 grund Gebrauch gemacht. Das Hochschulgebührengesetz wurde 2002 erlassen. Dies wurde als Grundlage für
19 die Einführung von Studiengebühren zum Wintersemester 2006/2007 genutzt, welche nach dem Wintersemes-
20 ter 2009/2010 wieder abgeschafft wurden. Das Gesetz sieht neben der Erhebung von Verwaltungsgebühren
21 auch die Erhebung von Zweit- und Langzeitstudiengebühren vor. Eine Streichung dieser Gebühren aus dem
22 Gesetz erscheint uns nicht zielführend, da das Hochschulgebührengesetz immer wieder genutzt werden kann
23 und genutzt wird, um Kosten des Landes auf Studierende abzuwälzen.

24 Daher fordern wir:

25 Abschaffung des saarländischen Hochschulgebührengesetzes

26 Erhöhung des Globalhaushaltes der saarländischen Hochschulen

27 Einhaltung der Finanzzusagen gegenüber der Universität trotz Wegfall des Exzellenzclusters

28 [1] Saarbrücker Zeitung vom 25.06.2018, <https://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-spezial/hochschu->
29 [le/millionenfoerderung-fuer-saar-uni-und-htw_aid-23617107](https://www.saarbruecker-zeitung.de/sz-spezial/hochschule/millionenfoerderung-fuer-saar-uni-und-htw_aid-23617107)

30 [2] SR vom 18.04.2018, https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/verwaltungsgebue-
31 [hr_uni_saarland100.html](https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/verwaltungsgebuehr_uni_saarland100.html)

B-2

Titel	Der nationale Bildungsrat
AntragstellerInnen	Juso Hochschulgruppe , JSAG
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

Der nationale Bildungsrat

1 Im Koalitionsvertrag der SPD, CDU und CSU wird die Errichtung eines nationalen Bildungsrates gefordert.
2 Bildungsministerin Karliczek hat bereits Pläne dazu vorgestellt. Diese weichen von unseren Vorstellungen
3 ab.

4 Der nationale Bildungsrat soll zu einer kooperativen und demokratischen Zusammenarbeit aller betroffenen
5 Gruppen im föderalen Bildungssystem beitragen.

6 Wir fordern die Repräsentation aller betroffenen Gruppen im Bildungsrat, Lernende, Lehrende und Eltern.
7 Zusätzlich müssen die Gewerkschaften einbezogen werden. Repräsentant*innen müssen von den jeweiligen
8 Vertretungen entsandt und dabei demokratisch gewählt werden, vorzugweise durch Urwahlen. Vertreter*in-
9 nen von Bund und Ländern sind zur Durchsetzung der Beschlüsse und Empfehlungen verpflichtet sowie zur
10 Schaffung einer höheren Akzeptanz des Bildungsrates in der Politik notwendig. Hierbei darf es sich nicht um
11 selbsternannte Expert*innen handeln. Vielmehr müssen diese Personen durch ihre Arbeit oder Qualifikation
12 ausgewiesene Kenntnisse der Materie besitzen. Ein Stimmrecht ist hierbei nicht notwendig. Zur Repräsenta-
13 tion aller Gruppen ist eine gewisse Anzahl an stimmberechtigten Mitgliedern notwendig. Hierbei folgen wir
14 der Empfehlung der Kultusministerkonferenz [sic!], den Rat mit 44 stimmberechtigten Mitgliedern zu beset-
15 zen.

16 Der nationale Bildungsrat muss sich in seiner Arbeit mit der gesamten Bildungsbiografie von der KiTa über all-
17 gemeinbildende Schulen, Hochschulen bzw. berufsbildende Schulen bis zur beruflichen Weiterbildung befas-
18 sen. Dabei darf er die Interessen der Lehrer*innen nicht außen vor lassen. Es ist wichtig, dass der Bildungsrat
19 die Bildungseinrichtungen alle als solche begreift und nicht als verlängerten Arm der Wirtschaft. Dabei spricht
20 der nationale Bildungsrat Empfehlungen für die Bildungs - und Hochschulpolitik von Bund und Ländern aus.
21 Diese können nicht zwingend sein, allerdings muss begründet werden, wenn diesen Empfehlungen nicht ge-
22 folgt wird.

23 Gerechte Bildung

24 Der nationale Bildungsrat muss Konzepte entwickeln um Bildung gerecht und für jeden zugänglich zu gestal-
25 ten. Auf allen Ebenen müssen Hürden abgebaut werden, welche den Zugang zum Bildungssystem erschweren
26 oder völlig verschließen. Hierbei sollen zunächst sinnvolle Konzepte zur Integration von Migrant*innen im ge-
27 samten Bildungssystem geschaffen werden.

28 KiTas müssen überall kostenfrei sein!

29 Das dreigliedrige Schulsystem muss evaluiert und kritisch hinterfragt werden! Eine Ersetzung durch flächen-
30 deckende Gemeinschaftsschulen ist erstrebenswert.

31 Der Lehrkräftemangel muss abgebaut werden, um kleinere Klassen zu ermöglichen und so eine individuelle
32 Förderung aller Schüler*innen zu gewährleisten.

33 Die Dauer der Schulzeit muss ebenfalls angeglichen werden. Im selben Zug muss der Nutzen von G8 kritisch
34 hinterfragt werden. Gleichzeitig sollte das immer jünger werdende Schuleintrittsalter überprüft werden. All-
35 gemeinbildende Schulen sind nicht dazu da, die Wirtschaft zufriedenzustellen und junge Arbeitnehmer*innen
36 zu produzieren.

37 Die Lerninhalte der Bundesländer müssen angeglichen werden, jedoch ohne die Gestaltungskompetenzen
38 der Bundesländer im Bildungsbereich zu beschneiden. Gleichzeitig müssen die Schulabschlüsse der einzelnen
39 Bundesländer, insbesondere das Abitur, angeglichen werden und dasselbe Niveau aufweisen. Der Schulort
40 darf kein Auswahlkriterium für den Hochschulzugang sein.

41 Der Bildungsrat muss Hürden zur Erreichung eines Studienabschlusses abbauen. Das Studium darf nicht vom
42 Geldbeutel abhängig gemacht werden. Dazu ist die Abschaffung aller Gebühren nötig, eine Reform des Bafög,
43 sowie die Entwicklung eines sozialverträglichen Stipendiensystems schon für Schüler*innen, welches keine
44 Privilegiertenförderung darstellt.

45 Das Studium muss, unabhängig vom Fachbereich, qualitativ hochwertige Bildung bereitstellen. Hochschulen
46 sind unabhängige Bildungseinrichtungen und dürfen nicht von der Wirtschaft abhängig sein.

47 Der Bildungsrat muss Konzepte entwickeln um den Hochschulzugang auch für berufliche qualifizierte zu Er-
48 leichtern. Außerdem müssen ausländische Schul -, Hochschul - und Ausbildungsabschlüsse anerkannt wer-
49 den.

50 Der Bildungsrat muss sich mit dem zweigliedrigen System der Berufsbildung befassen. Ausbildungen sind
51 wertvoll und wichtig, das muss anerkannt werden! Berufliche Bildung muss für alle zugänglich sein. Ein guter
52 Schulabschluss garantiert keine technischen oder handwerklichen Fähigkeiten.

53 Insgesamt muss sich der Bildungsrat mit der Durchlässigkeit des Bildungssystems und der Mobilität Lehrender
54 und Lernender im gesamten Bundesgebiet befassen und so die Gerechtigkeit für alle herstellen.

55 Zukunftsfähige Bildung

56 Der Bildungsrat muss ein langfristiges und zukunftsfähiges Bildungskonzept schaffen. Dabei muss er die Chan-
57 cen der Digitalisierung in Schulen (allgemeinbildend und berufsbildend) sowie der Hochschullehre erkennen
58 und nutzen. Notwendig ist dazu die Investition in die Digitalisierung aller Bildungseinrichtungen. Ressourcen,
59 insbesondere finanzieller Art, müssen gleichmäßig verteilt werden. Ansonsten drohen Einrichtungen, den Her-
60 ausforderungen der Digitalisierung nicht gewachsen zu sein.

61 Außerdem muss in die Aus - und Weiterbildung von Lehrer*innen und Erzieher*innen investiert werden. Das
62 ist die einzige Chance, eine hinsichtlich Inhalt und Struktur zeitgemäße Bildung für junge Menschen zu gewähr-
63 leisten.

64 Der Bildungsrat muss bei seinen Empfehlungen gesellschaftlichen Wandel im Blick behalten. Dazu gehört es,
65 Lehrinhalte kritisch zu evaluieren. Aktuell erscheint dabei die Beibehaltung des Religionsunterrichtes mehr
66 Probleme zu bereiten, als er tatsächlich nutzt.

67 Begründung

68 Bildungspolitik ist Ländersache. Dabei ist aber eine weitergehende Kooperation der Länder untereinander und
69 mit dem Bund nötig. Zusätzlich müssen alle von der Bildungspolitik Betroffenen an der politischen Willens-
70 bildung beteiligt werden. Gewerkschaften fungieren hierbei als Vertreter*innen der berufsbildenden Schu-
71 len.

72 Frühkindliche Bildung darf nicht außer Acht gelassen werden, wenn gute und gerechte Bildung für alle geschaf-
73 fen werden soll. Die Relevanz frühkindlicher Förderung für die weitere Bildungsbiografie ist erwiesen.

74 Der Antrag liefert viele konkrete Punkte, mit denen sich der Bildungsrat befassen soll. Wir wünschen uns zwar
75 eine Auseinandersetzung mit Bildungsidealen, dennoch müssen konkrete Projekte dringend umgesetzt wer-
76 den. Diese ergeben sich daraus, dass sie entweder bereits lange debattiert wurden und dringend in Konzepten
77 umgesetzt werden müssen oder eine kooperative Zusammenarbeit aller Gruppen erfordern.

B-4

Titel Lehmittelfreiheit

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

Lehmittelfreiheit

1

2 Theoretisch kann in Deutschland jeder alles werden, praktisch ist dies nicht immer der Fall. Ein Herzthema
3 der Politik sollte Bildung sein, allerdings war sie in den letzten Jahren verstärkt ein Randthema. Mithilfe einer
4 umfangreichen Bildung und Weiterbildung hat der einzelne Schüler eine große Chance auf einen sozialen
5 Aufstieg.

6 Ein Problem, das sich jeder Familie jährlich stellt, sind die Kosten für Schulbücher. Jedes Schuljahr bringt unge-
7 fähr 250-300 Euro Kosten an Schulbücher pro Schüler mit sich. Trotz zahlreicher Fördermittel und Fördermö-
8 glichkeiten stellt dies für manche Familien immer wieder eine große Belastung dar. Eine Möglichkeit, die Kosten
9 für die Schulbücher einzusparen, ist die sogenannte Schulbuchausleihe. Neben dem angenehmen Vorteil der
10 Kostenersparnis für die Eltern bedeutet dies aber auch Nachteile für die Schülerinnen und Schüler. In einem
11 Buch der Schülerausleihe verliehen wurde, ist es in der Regel nicht möglich Dinge zu markieren oder wegzu-
12 streichen. Das Lernen für die Schülerinnen und Schüler, welche sich die Bücher ausgeliehen haben, wird daher
13 deutlich anspruchsvoller und umfangreicher im Vergleich zu Schülerinnen und Schülern, welche Eigentümer
14 ihrer Bücher sind. Es kommt also, trotz der guten Absicht und Arbeit des Kultusministeriums, hier zu einer
15 Benachteiligung der Schülerinnen und Schüler, auf Grund ihres Elternhauses oder Lebenssituation.

16 Einer derartigen Benachteiligung ist allerdings entgegen zu wirken. Die Schulbuchausleihe und die Förder-
17 mittel, welche derzeit im Saarland umgesetzt werden, darf daher nur eine Etappe bleiben um das Ziel, eine
18 Chancengleichheit für alle Kinder im Saarland und in Deutschland, zu erreichen.

19 Engagement und Leistung sollten daher die einzigen Faktoren sein, welche für die späteren Berufschancen
20 der Schülerinnen und Schüler wichtig sind.

21 Eine Möglichkeit diese Chancengleichheit unter den Kindern zu steigern, ist die Einführung einer Lehmittelfrei-
22 heit, wie sie in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen schon gesetzlich vorgeschrieben ist. Im
23 Saarland ist hier mitunter die Gemeinde Wadgassen zu erwähnen, welche die Schulbücher gegen eine Gebühr
24 von 24€ an die Eltern vergibt.

25 Die Lehmittelfreiheit für Schulbücher ist und sollte ein nächster Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit
26 zwischen allen Schülerinnen und Schülern im Saarland sein.

27 Wir fordern daher:

28 Steigerung der Chancengleichheit zwischen den Schülern durch die Einführung der Lehmittelfreiheit auf gesetz-
29 licher Ebene nach dem Vorbild anderer Bundesländer und Kommunen.

30 Begründung:

31 Erfolgt mündlich.

B-5

Titel Digitalisierung und Modernisierung der Schulen

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

Digitalisierung und Modernisierung der Schulen

1 In den letzten Wochen und Monaten, im Zuge des Wahlkampfes und der nachfolgenden Zeit, wurde das Thema
2 der Digitalisierung oft und zentral diskutiert. Themen wie Datenschutz und der Glasfaserausbau in Deutsch-
3 land dominierten in diesem Bereich das Geschehen. Ein Thema allerdings, das bisher weniger Aufmerksam-
4 keit fand, ist die Digitalisierung und Modernisierung der Schulen.

5 Mit der voranschreitenden Digitalisierung ergeben sich nicht nur für die Berufswelt, sondern auch für die Bil-
6 dungseinrichtungen neue Herausforderungen. Nahezu jedem Menschen in Deutschland steht das Internet
7 permanent zur Verfügung und er oder sie hat somit auch Zugang zu einer enormen Menge an Informationen
8 und Kommunikationsmöglichkeiten. Auf Grund der Tatsache, dass es der Auftrag der Schule ist, die Schüle-
9 rinnen und Schüler zu einem verantwortungsvollen Mitglied der Gesellschaft zu erziehen, müssen sich auch
10 die Bildungseinrichtungen verstärkt mit diesem Thema auseinandersetzen. Die Schaffung eines neuen Faches,
11 welches sich mit diesen Themen auseinandersetzt, ist allerdings nicht von Nöten. Fächer wie EDV und Infor-
12 matik leisten hier bereits sehr gute Arbeit, zudem greifen auch andere Fächer immer öfter, im Zuge von neuen
13 Unterrichtsmethoden, digitale Medien auf. (Z.B.: Digitales Lernen im Geschichtsunterricht)

14 Gerade an den Universitäten und den Studienseminaren lässt sich beobachten, dass die angehenden Lehrer
15 verstärkt auf den Umgang mit neuen Medien und Methoden geschult werden. Gerade dieser digitale Einsatz
16 wird in der Zukunft eine noch entscheidendere Rolle spielen um die Schülerinnen und Schüler erreichen zu
17 können.

18 Ein Problem, dem sich allerdings der gute Wille der Universitäten entgegengestellt sieht, ist immer noch die oft
19 mangelhafte Ausrüstung an Hardware an den Schulen. Nachdem Beamer weitestgehend die Fernsehschranke
20 verdrängt haben, wäre es hier nun an der Zeit für einen nächsten und dringend notwendigen Schritt. Die sich
21 stetig weiterentwickelnde Technik bietet gerade in Form von Smartboards, Tablets und Internetzugang eine
22 gute Möglichkeit, den Unterricht flexibler und ansprechender zu gestalten. In diesem Zusammenhang ist es
23 auch, mit einer besseren Ausstattung, möglich die Schülerinnen und Schüler den verantwortungsbewussten
24 Umgang mit den neuen Medien zu lehren. Bis heute sind viele Schulen in diesem Bereich nur sehr dürftig oder
25 gerade zu mangelhaft ausgerüstet. Die Forderung daher:

26 Forderung:

27 1. Stufenweise und flächendeckende Modernisierung und Digitalisierung der Schulen

28 a. Smartboards

29 b. Tablets

30 c. Schneller und stabiler Internetzugang an Schulen

31 2. Schulung der derzeitigen Lehrer im Umgang mit den neuen Medien

32 3. Die Finanzierung auch der laufenden Kosten darf nicht zu Lasten des bisherigen Haushalts der Schulen bzw.
33 der bisherigen Ausstattung erfolgen.

34 4. Die Umsetzung der unter 1. Genannten Modernisierungen bedarf des Einsatzes fester, den Schulen zugeord-
35 neter IT-Fachkräfte. Wartung und Einrichtung der Geräte darf nicht auf die Lehrer abgewälzt werden.

- 36 5. Alle Endgeräte sind durch den Schulträger zu leisten. Konzepte wie „Bring your own device“ sind unsozial
37 und aufgrund der Vielfalt der Systeme nicht umsetzbar.
- 38 Begründung:
- 39 Erfolgt mündlich.

B-6

Titel Freie Wasserspender an saarländischen Schulen!

AntragstellerInnen JSAG

Zur Weiterleitung an

Freie Wasserspender an saarländischen Schulen!

- 1
- 2 Forderung:
- 3 Die Jusos Saar Landeskonferenz wolle beschließen
- 4 Allen saarländischen Schulkindern muss innerhalb der Schule den freien Zugang zu
- 5 sauberem Trinkwasser gewährleistet sein. Deshalb fordern wir die verpflichtende
- 6 Installation von frei zugänglichen (Wasser-) und Trinkspendern innerhalb aller
- 7 saarländischen Schulen. Technische Funktionalität des Trinkspenders sowie die
- 8 biologische Reinheit des Wasser muss gewährleistet sein.
- 9 Begründung:
- 10 In Zeiten in denen jedes saarländische Lehrerzimmer eigene Kühlschränke,
- 11 Kaffeautomaten und Küchen besitzt, herrschen noch immer prekäre Verhältnisse innerhalb der Schule für
- 12 Schülerinnen und Schüler bezüglich ihrer Versorgung.
- 13 Oftmals ist die einzige Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler für Essen und Trinken innerhalb der Schule
- 14 die sich in privater Hand befindliche Cafeteria. Durch den mangelnden Einfluss der Schulleitungen und nicht
- 15 zuletzt durch ihre Monopolstellung innerhalb der Schule scheuen diese auch nicht, ihre Produkte übersteuert
- 16 über den Tresen an die Schülerinnen und Schüler zu verkaufen.
- 17 Insbesondere an heißen Tagen ist eine mangelnde Flüssigkeitszufuhr fatal. Schülerinnen und Schüler können
- 18 sich nichtmehr konzentrieren, klagen über andere körperliche Beschwerden wie Kopfweg, Gliederschmerzen
- 19 und Müdigkeit oder drohen sogar während des Sportunterrichtes oder beim toben auf dem Pausenhof zu
- 20 kollabieren.
- 21 Damit muss endlich Schluss sein, wir müssen diesem fatalem Trend in den Schulen
- 22 entgegenwirken und endlich handeln. Ein großer Schritt in die richtige Richtung ist hierbei die Installation
- 23 frei zugänglicher Trink- und Wasserspender. Insbesondere Kinder aus sozial schwächeren Verhältnissen und
- 24 Familien wird dadurch ein erhebliche Bürde abgenommen. Nicht zuletzt ist es auch ein großer Schritt in die
- 25 Richtung gleicher, gerechter Bildung für alle.
- 26 Alle saarländischen Schülerinnen und Schüler haben ein Anrecht auf den kostenfreien Zugang zu sauberem
- 27 Trinkwasser innerhalb der Schule, nichts anderes fordern wir.

B-7

Titel Sexuelle Vielfalt muss Thema im Unterricht sein
AntragstellerInnen JSAG
Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag

Sexuelle Vielfalt muss Thema im Unterricht sein

1

2 Die Jusos Saar Landeskonzferenz wolle beschließen:

3 Im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung muss in den Schulen mehr über die sexuelle Vielfalt gesprochen
4 werden. Die SchülerInnen müssen sich frühzeitig mit der Vielfalt der Geschlechter, der sexuellen Orientierun-
5 gen und der Familienformen auseinandersetzen und über diese aufgeklärt werden. Dies nicht zu tun führt
6 zu Ausgrenzung und Mobbing. Durch konkrete Lehrplanänderungen möchten wir mehr Toleranz an Schulen
7 schaffen.

8 Deshalb fordern wir folgende Forderungen zu unterstützen:

9 • Im Lehrplan „Kernlehrplan Sachunterricht Grundschule“ auf Seite 25 unter „Themenfeld Mensch“ / „Sexual-
10 erziehung“ muss:

11 – der Punkt „Sexuelle Orientierung: verschiedene Formen der sexuellen Orientierung nennen“ ergänzt wer-
12 den.

13 – der Punkt „Aussehen und Gewohnheiten von Mädchen – Jungen und Frauen – Männer“ gestrichen wer-
14 den.

15 • Im Lehrplan „Naturwissenschaften Gemeinschaftsschule Klassenstufen 5 und 6“ muss:

16 – auf Seite 30f unter „Schwangerschaft und Geburt“ der Punkt „beschreiben Formen des Zusammenlebens
17 von Eltern und Kindern“ zu „beschreiben verschiedene Formen des Zusammenlebens von Eltern und Kindern
18 (z.B. alleinerziehend, gleichgeschlechtliche Eltern, Stieffamilie/Patchwork)“ erweitert werden.

19 – auf Seite 30f unter „Sexualität“ der Punkt „nehmen vorurteilsfrei Stellung zu verschiedenen Formen der Se-
20 xualität“ zu „beschreiben Homosexualität, Heterosexualität, Trans-, Inter- und Bisexualität als Formen der Se-
21 xualität“ geändert werden.

22 – auf Seite 32 unter „Möglicher Einstieg / Motivation / Kontext“ der Punkt „Mädchen werden zu Frauen, Jungen
23 zu Männern“ gestrichen werden.

24 • Im Lehrplan „Lehrplan Naturwissenschaften Gymnasium Klassenstufen 5 und 6“ muss auf Seite 34f in der
25 Spalte „Fachwissen“:

26 – der Punkt „beschreiben verschiedene Formen der Partnerschaft und des Zusammenlebens“ zu „beschreiben
27 verschiedene Formen der Partnerschaft und des Zusammenlebens (z.B. alleinerziehend, gleichgeschlechtliche
28 Eltern, Stieffamilie/Patchwork)“ ergänzt werden.

29 – der Punkt „nennen Homosexualität, Heterosexualität, Trans-, Inter- und Bisexualität als Formen der Sexuali-
30 tät“ zu „beschreiben verschiedene Formen der Sexualität (z.B. Homo-, Hetero-, Trans-, Inter- und Bisexualität“
31 geändert werden.

32 • Im Lehrplan „Lehrplan Biologie Gymnasium Klassenstufe 7“ muss auf Seite 14 in der Spalte „Fachwissen“
33 der Punkt „Beschreibe verschiedene Formen der Sexualität und der sexuellen Orientierung“ hinzugefügt wer-
34 den.

35 Begründung:

36 In Schulfächern wie Biologie wird nur über Heterosexualität, heterosexuelle Lebensformen und Kinder in he-
37 terosexuellen Beziehungen gesprochen. Die Nichtheterosexualität wird im Lehrplan kurz erwähnt, wird aber
38 meistens im Unterricht nicht angesprochen. Somit erfolgt in der Schule eine Art Indoktrinierung der Hetero-
39 sexualität, was es allen, die nicht heterosexuell sind, schwer macht, offen zu ihrer Sexualität zu stehen, da sie
40 ständig in der Angst leben, gemobbt zu werden. Würde man von Anfang an offen darüber sprechen und die
41 SchülerInnen über Nichtheterosexualität aufklären, würden diese nicht mehr in der Angst leben, gemobbt zu
42 werden und könnten sich deutlich früher outen.

43 Kinder, die bei nicht-heterosexuellen Paaren wohnen sind auch einer sehr großen Gefahr des Mobbings ausge-
44 setzt. Unserer Meinung nach, leben Kinder von nicht-heterosexuellen Paaren genauso gut wie bei heterosexu-
45 ellen Paaren. Bei der Erziehung und der Vermittlung der gesellschaftlichen Werte gibt es keinen Unterschied in
46 welcher Familienform die Kinder aufwachsen. Um Kinder aus nicht-heterosexuellen Paaren vor Ausgrenzung
47 und Mobbing zu schützen sollte dieses Thema in den Schulen schon relativ früh behandelt werden und die
48 SchülerInnen sensibilisiert werden.

49 Viele SchülerInnen, die sich noch in der Findungsphase befinden, ihre Sexualität bereits gefunden haben oder
50 sich gar schon geoutet haben sind häufig Anfeindungen durch ihre MitschülerInnen ausgesetzt. Um diese
51 Situationen frühzeitig zu erkennen und den Personen zu helfen sollten die Lehrer dafür geschult werden.
52 Zusätzlich sollten Vertrauenslehrer als Anlaufstelle dienen können. Hier sollten die SchülerInnen von ihren
53 Problemen berichten können und Vorschläge bekommen, um Mobbing zu entgehen.

54 Alle saarländischen Schülerinnen und Schüler haben das Recht zur freien Entfaltung, nichts anderes fordern
55 wir.

E Energie, Umwelt und Verkehr

E Energie, Umwelt und Verkehr

E-1	Saarpfalz	Vergünstigungen im ÖPNV für Ehrenamtskarteninhaber_innen	38
E-2	Juso AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	ArbeitnehmerInnenfreundlicher ÖPNV	39
E-3	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	Grubenwasserhaltung an der Saar – Eine nachhaltige Lösung für Ewigkeitsaufgaben	42
E-4	Saarbrücken-Land	Tourismus im Saarland – Industrie und Natur	45
E-5	Saarbrücken-Stadt	Abwasserreinigung	47

E-1

Titel	Vergünstigungen im ÖPNV für Ehrenamtskarteninhaber_innen
AntragstellerInnen	Saarpfalz
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Vergünstigungen im ÖPNV für Ehrenamtskarteninhaber_innen

1

2

3 Analyse:

4 Die Ehrenamtskarte dient zur Anerkennung von gesellschaftlich Engagierten. Sie wurde Anfang 2012 initiiert
5 und in Neunkirchen und Merzig-Wadern als Pilotprojekt umgesetzt. 2014 schloss sich der Regionalverband
6 Saarbrücken, 2015 St. Wendel an. Der Saarpfalz-Kreis schloss sich als fünfter von sechs Landkreisen im Saar-
7 land dem Kooperationsvertrag 2017 an. Es lässt sich sagen, dass aus dem einstigen Pilotprojekt ein potentieller
8 fester Bestandteil zur Anerkennung ehrenamtlich-gesellschaftlichen Engagements geworden ist.

9 Die Ehrenamtskarte bringt reichliche Vergünstigungen mit sich, hauptsächlich im Kulturbereich. Auch andere
10 Läden, Unternehmen und sonstige Dienstleister bieten zahlreiche Vergünstigungen an, die die Engagierten
11 auch außerhalb ihres Ehrenamts wahrnehmen können.

12 Die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ist insbesondere für junge Engagierte ein essenzieller Be-
13 standteil ihrer Arbeit, auch wenn sich Vieles in ihrer eigenen Region abspielt. Bus- oder Bahnfahren ist auch
14 außerhalb des Ehrenamts für die Jugendlichen von elementarer Bedeutung bezüglich der sozialen Teilhabe
15 oder ganz einfach für den Weg zur Schule, Ausbildung o.ä.. Eine Ermäßigung auf einen Eigenanteil von 5€ auf
16 die eigentlich 14€ teure saarVV Card, welche eine Ermäßigung von bis zu 24 % bei jeder Einzelfahrt bereithält,
17 gibt es bereits. Jedoch gibt es diese Vergünstigung nur im Landkreis Neunkirchen und dem Regionalverband
18 Saarbrücken. Außerdem beinhaltet das Angebot keine Regelungen für Fahrkarten oder Abonnements über
19 einen längeren Zeitraum sowie keinerlei Regelungen bei anderen Verkehrsunternehmen im Saarland. Ein Be-
20 such im Staatstheater ist kein Tagesprogramm für die Jugendlichen, eine Fahrt mit dem ÖPNV für die meisten
21 schon. So werden die Engagierten dazu animiert, sich eine Ehrenamtskarte zuzulegen. Diese wurde das Pro-
22 jekt zu einem Selbstläufer werden lassen, die Karte endgültig im Saarland festigen, speziell jungen Engagierten
23 den Alltag mehr erleichtern und diese zu weiterem gesellschaftlich wertvollem Handeln motivieren.

24 Forderung:

25 eine spürbare Vergünstigung des gesamten ÖPNV im Saarland für alle Inhaber_innen der Ehrenamtskar-
26 te

27 Begründung:

28 erfolgt mündlich.

E-2

Titel	ArbeitnehmerInnenfreundlicher ÖPNV
AntragstellerInnen	Juso AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
Zur Weiterleitung an	SPD Landtagsfraktion

ArbeitnehmerInnenfreundlicher ÖPNV

1

2 Antrag:

3 Die Länge der Arbeitswege, die die Deutschen zurücklegen, steigt stetig an. Von ArbeitnehmerInnen wird eine
4 stets größere Mobilität erwartet. Es kommt zu immer mehr Verkehr und damit zu Staus in den Innenstäd-
5 ten und auf den Autobahnen. Insbesondere in den Innenstädten zieht dies weitere ökologische Folgen, wie
6 Lärm und eine hohe Schadstoffbelastung der Luft, nach sich. Um den ArbeitnehmerInnen einen schnellen
7 und entspannten Weg zur Arbeit zu ermöglichen und den ökologischen Folgen des Pendelns entgegen zu wir-
8 ken, braucht es einen verbesserten öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV), der auf die Bedürfnisse von
9 PendlerInnen abgestimmt ist.

10 Darum fordern die Jusos Saar

- 11 • eine ganztägig kostenlose Fahrradmitnahme in Bus und Bahn.
- 12 • eine bessere Anbindung von Gewerbegebieten an den ÖPNV.
- 13 • die Schaffung von Übergangszonen an Landesgrenzen, um überregionales Pendeln zu ermöglichen.
- 14 • die Möglichkeit, in einer Übergangszone Tickets aller dort gültigen Verkehrsverbünde kaufen zu kön-
15 nen.

16 Begründung:

17 Das Fahrrad als Verkehrsmittel erfreut sich in Deutschland immer größere Beliebtheit, wie zum Beispiel die
18 Daten des Fahrrad-Monitors 2017 zeigen. In vier Jahren ist die Anzahl der Personen, die regelmäßig ein Fahr-
19 rad benutzen, um sechs Prozentpunkte angestiegen. Für das Pendeln zur Arbeit oder zu Fortbildungsstätten
20 nutzen 32 % der Befragten ihr Fahrrad und 15% nutzen es, um zur Schule, zur Ausbildungsstätte oder zur Uni-
21 versität zu gelangen. Dabei kombinieren über ein Viertel dieser PendlerInnen das Fahrrad mit dem ÖPNV. Bei
22 Fahrradpendelnden, die ihre Ausbildungsstätte erreichen wollen, kombinieren sogar 32 % der Befragten Fahr-
23 rad und ÖPNV. Einer noch größeren Gruppe von 65 % ist die Mitnahme von Fahrrädern in Nahverkehrszügen
24 (sehr) wichtig.

25 Durch neue Entwicklungen wie E-Bikes / Pedelecs ist das Fahrrad auf dem Arbeitsweg attraktiver geworden,
26 da man nun ohne große Anstrengung sonst schweißtreibende Steigungen bewältigen kann.

27 Die zunehmende Nutzung des Fahrrades auf dem Weg zur Arbeit bietet viele Vorteile. Die Umwelt wird ge-
28 schont, der CO2-Ausstoß gesenkt und es wird so dem Klimawandel entgegengewirkt. Auch zur Bekämpfung
29 der Feinstaubemissionen in den Innenstädten leistet der Umstieg auf das Fahrrad und die öffentlichen Ver-
30 kehrsmittel einen wertvollen Beitrag. Zudem wird dadurch auch den Staus in den Innenstädten und auf den
31 Autobahnen entgegengewirkt.

32 Allerdings zeigt der Fahrrad-Monitor auch deutlich, dass sich die Fahrradfahrenden im Saarland nicht von der
33 Politik unterstützt fühlen. Die saarländische Politik erhielt in Bezug auf Fahrradfreundlichkeit die schlechtesten
34 Noten. Neben Sachsen-Anhalt ist das Saarland das einzige Land, in dem 0 % der Befragten der Landesregierung
35 die Note 1 in Fahrradfreundlichkeit geben. Die saarländische Landesregierung konnte allerdings auch einen

36 Rekord erzielen: 13 % der Befragten vergaben in Sachen Fahrradfreundlichkeit die Note 6 – so viele Sechsen
37 erhielt keine andere Landesregierung.

38 Auch das Pendeln mit dem Fahrrad ist im Saarland nicht attraktiv, denn die Fahrradmitnahme ist erst ab 9:00
39 Uhr kostenlos. Zu den Stoßzeiten, zu denen die Pendelnde zu ihrer Arbeit fahren, muss eine zusätzliche Fahr-
40 radtageskarte gelöst werden. Auch eine Jahreskarte berechtigt nicht zur Fahrradmitnahme vor neun Uhr. Die
41 Möglichkeit, eine Jahreskarte durch eine günstige Jahresfahrradkarte zu ergänzen, gibt es ebenfalls nicht. Es
42 besteht keine andere Möglichkeit, als an jedem einzelnen Arbeitstag vor Fahrtantritt eine neue Fahrradtages-
43 karte zu kaufen. Dieses Verfahren ist nicht nur teuer, sondern auch zeitaufwendig und umständlich für Pen-
44 delnde.

45 Um den ÖPNV an die Bedürfnisse der BürgerInnen anzupassen und Pendeln mit dem Fahrrad, auch bei län-
46 geren Strecken, zu fördern, fordern wir eine kostenlose, ganztägige Fahrradmitnahme im gesamten saarlän-
47 dischen öffentlichen Nahverkehr.

48 Die Fahrradkapazitäten der Züge und Busse sind entsprechend anzupassen, d. h. nach Möglichkeit müssen
49 einige komfortable Sitze durch weniger komfortable Klappsitze mit optionalem Raum für Fahrräder ersetzt
50 werden. Wo dies nicht ausreicht, müssen entsprechend größere Fahrzeuge eingesetzt werden, um genügend
51 Platz für Fahrräder zu bieten.

52 Die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist in vielen Gewerbegebieten schlecht oder gar nicht vorhan-
53 den. Auch mit einem verbesserten Angebot zur Fahrradmitnahme im öffentlichen Nahverkehr kann nicht jede
54 Person, die ihre Arbeitsstelle nicht mit dem ÖPNV erreicht, die restliche Strecke mit dem Fahrrad zurücklegen.
55 Nicht nur schlechtes Wetter kann ein Grund dafür sein, das Fahrrad nicht zu benutzen, sondern es hat auch
56 nicht jede Person die Möglichkeit, ihr Fahrrad sicher und geschützt abzustellen oder ihr E-Bike aufzuladen.
57 Damit die ArbeitnehmerInnen auch mit dem ÖPNV zu ihrer Arbeitsstelle pendeln können, ist es eine Grund-
58 voraussetzung, dass die Arbeitsstelle überhaupt mit dem ÖPNV erreichbar ist. Eine gute Anbindung an den
59 öffentlichen Nahverkehr steigert die Attraktivität eines Gewerbegebietes, und zwar sowohl für die Arbeitneh-
60 menden als auch für die Kundschaft und damit letztlich auch für die Unternehmen. Darum fordern wir eine
61 verbesserte Anbindung von Gewerbegebieten an den ÖPNV.

62 Das Saarland grenzt an viele verschiedene Regionen und entsprechend gibt es eine Vielzahl von Pendelnden,
63 die die Landesgrenze überqueren. Wer grenzüberschreitend pendeln will, muss allerdings eine Vielzahl von
64 Tickets und Tarifen vergleichen. Dazu sind die Gültigkeitsregelungen bezüglich Geltungsgebiet und Nutzungs-
65 bedingungen, kompliziert. Trotz der zahlreichen verschiedenen Tickets und Regelungen, gibt es immer noch
66 viele Fälle, in denen Pendelnde dazu gezwungen sind, zu teuren Lösungen greifen und mehrere Tickets kau-
67 fen zu müssen. So gelten Tarife zum Beispiel nur für die Bahnverbindungen in der Grenzregion, nicht aber für
68 anschließende Busverbindungen.

69 Darum fordern wir die Einrichtung von Übergangszonen aus dem SaarVerkehrsverbund (SaarVV) in die be-
70 nachbarten Verkehrsverbünde in Rheinland-Pfalz und aus diesen Verkehrsverbänden in das Gebiet des
71 SaarVV.

72 Zudem fordern wir eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Ticketangebote nach Frankreich und Lu-
73 xemburg. Diese Angebote müssen auch als Wochen-, Monats- und Jahreskarten verfügbar sein. Zudem muss
74 auch hier ein Bereich geschaffen werden, in dem die grenzüberschreitenden Tarife Gültigkeit für alle öffentli-
75 chen Verkehrsmittel haben, so dass es möglich ist, den gesamten Weg mit einem einzigen Ticket zurückzule-
76 gen.

77 Ein weiteres Problem für grenzüberschreitende Pendelnde, die aus dem Gebiet des SaarVV nach Rheinland-
78 Pfalz pendeln oder umgekehrt, ist der Kauf des Tickets. Zurzeit gibt es eine Übergangzone für Fahrten aus
79 dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) in den SaarVV. Obwohl die VRN-Tickets damit in Homburg gültig
80 sind, ist es nicht möglich, in Homburg selbst ein Ticket für den VRN zu kaufen. Will man aus der Übergangs-
81 zone in das VRN-Gebiet fahren, muss man zuerst ein Übergangsticket kaufen, in das VRN-Gebiet fahren, dort
82 die Fahrt unterbrechen, das VRN-Ticket kaufen und dann die Fahrt mit der nächsten Verbindung fortsetzen.
83 Diese Lösung ist umständlich, kostet Zeit, verteuert die Fahrt und macht damit die Nutzung des ÖPNV im
84 überregionalen Bereich unattraktiv.

85 Darum fordern wir, dass in Übergangszonen in allen Bussen und an allen Fahrkartenautomaten alle in der
86 Übergangzone gültigen Tickets gekauft werden können. Zudem fordern wir, dass in allen saarländischen DB-

87 Reisezentren auch Tickets der an das SaarVV-Gebiet angrenzenden Verkehrsverbände gekauft werden kön-
88 nen.

E-3

Titel	Grubenwasserhaltung an der Saar – Eine nachhaltige Lösung für Ewigkeitsaufgaben
AntragstellerInnen	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Grubenwasserhaltung an der Saar – Eine nachhaltige Lösung für Ewigkeitsaufgaben

- 1 Die Debatte um den Umgang mit den durch den Bergbau verursachten Ewigkeitsaufgaben, im speziellen die
2 Grubenwasserhaltung an der Saar, ist ein derzeit dominierendes umweltpolitisches Thema im Saarland. Diese
3 thematische Dominanz ist auch aufgrund der langfristigen Implikationen für die im Saarland lebenden Men-
4 schen und deren Umwelt gerechtfertigt. Daher ist es für die Jusos Saar erforderlich, uns mit einem auf unseren
5 Idealen und Werten basierenden Standpunkt in der Debatte zu positionieren und die zur Umsetzung dieses
6 Standpunktes notwendigen Forderungen zu formulieren.
- 7 Der jungsozialistische Anspruch an die Umweltpolitik basiert auf der Forderung nach einer nachhaltigen Gesell-
8 schaft, auf unseren Grundwerten Gerechtigkeit und Solidarität sowie unserem progressiven Selbstverständnis.
9 Draus lassen sich folgende Ansprüche ableiten:
- 10 • Die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips ist notwendig, um die durch wirtschaftliches Handeln
11 verursachten Umweltschäden nicht zu vergesellschaften.
- 12 • Um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, müssen alle umweltpolitischen Entscheidungen dem
13 Vorsorgeprinzip gerecht werden und potentielle Umweltschäden vermieden werden.
- 14 • Ein möglichst naturnaher Zustand für Ökosysteme ist anzustreben, um die Leistungsfähigkeit des Naturhaus-
15 haltes zu gewährleisten.
- 16 • Die Schaffung einer klimaneutralen Gesellschaft.
- 17 • Technologien, die beim Erreichen von Zielen, die gesellschaftlichen Konsens darstellen, helfen müssen, ver-
18 antwortungsbewusst eingesetzt werden.
- 19 Um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, möge die Landeskonferenz beschließen:
- 20 1. Die Kosten für die Ewigkeitsaufgaben müssen von der RAG getragen werden. Eine Vergesellschaftung der
21 Kosten durch eine Insolvenz der RAG-Stiftung ist inakzeptabel.
- 22 2. Die RAG-Stiftung muss dem Vorsorgeprinzip gerecht werden. Dazu ist sie in der Nachweispflicht, dass vor Be-
23 ginn der geplanten Maßnahmen Gefährdungen für Mensch, Umwelt und natürliche Ressourcen ausgeschlos-
24 sen werden können oder geringer als im aktuellen Zustand sind.
- 25 3. Während möglicher Maßnahmen muss durch ein transparentes Monitoring nachgewiesen werden, dass die
26 angewandte Maßnahme zur Grubenwasserhaltung den in 2 definierten Anforderungen gerecht wird.
- 27 4. Die RAG-Stiftung ist dazu zu verpflichtet, durch die technische Optimierung der Grubenwasserhaltung sowie
28 den Ausbau regenerativer Energiequellen auf ihren Liegenschaften dafür zu sorgen, dass der Energiebedarf
29 für die Grubenwasserhaltung langfristig klimaneutral gedeckt wird.
- 30 5. Das einzuleitende Wasser ist soweit aufzubereiten, dass dem Verschlechterungsverbot der Wasserrahmen-
31 richtlinie genüge getan wird.

32 6. Ökologisch wertvolle Fließgewässer wie Blies und kleine Fließgewässer (Fischbach, Sinnerbach, Köllerbach)
33 sind in einen naturnäheren Zustand zu versetzen um den Verbesserungsgebot der Wasserrahmenrichtlinie
34 gerecht zu werden. Dies ist, durch eine Verringerung von Temperatur, Salz und Schadstoffgehalt des eingelei-
35 teten Wassers und/oder durch eine Verringerung der in diese Gewässer eingeleiteten Mengen an Grubenwas-
36 serumzusetzen.

37 7. Aufgrund der Endlichkeit einiger in den Bergwerken verklappten Schadstoffquellen, des technologischen
38 Fortschritts und der langfristigen Zeiträume, in denen die Grubenwasserhaltung Einfluss auf die menschliche
39 Umwelt nehmen wird, müssen sich die RAG-Stiftung und das Saarland dazu verpflichten, die genehmigten
40 Verfahren zur Grubenwasserhaltung regelmäßig zu evaluieren

41 8. Alle durchgeführten Maßnahmen müssen nach dem aktuellen Stand der Technik zum Zeitpunkt der Geneh-
42 migung reversibel sein.

43 9. Eine jährliche Überprüfung des in ehemaligen Bergbauregionen gewonnen Trinkwassers auf die für Gru-
44 benwasser typischen Fingerprint PCB muss über die in Anhang 2 TVO festgeschriebenen Analyseparameter
45 durchgeführt werden, bis eine Kontamination der Trinkwasserkörper nachweislich auszuschließen ist.

46 10. Ein Radon Monitoring in Risikoregionen ist einzurichten und die Daten sind online in Echtzeit bereitzustel-
47 len

48 11. Sollten die von der RAG-Stiftung vorgelegten Konzepte und Maßnahmen diesen Ansprüchen und For-
49 derungen nicht gerecht werden, muss eine Neubewertung der Gesamtsituation unter Berücksichtigung al-
50 ternativer Nutzungsformen der ehemaligen Schächte und Stollen zum Beispiel zur Wärmegewinnung oder
51 als Pumpspeicherkraftwerke zur Lösung der Speicherproblematik regenerativer Energiequellen durchgeführt
52 werden.

53 Begründung:

54 Das Verursacherprinzip verpflichtet die RAG als Bergbautreibenden, die Ewigkeitsaufgaben zu übernehmen
55 und zu finanzieren. Der Ewigkeitslastenvertrag zwischen RAG-Stiftung und RAG Aktiengesellschaft vom 13.
56 November 2007 überträgt diese Aufgabe von der RAG auf die RAG-Stiftung. Weiterhin wird durch den Erb-
57 lastenvertrag zur Bewältigung der Ewigkeitslasten des Steinkohlenbergbaus der RAG Aktiengesellschaft im
58 Rahmen der sozialverträglichen Beendigung des subventionierten Steinkohlenbergbaus in Deutschland vom
59 14.08.2007 geregelt, dass in einem Fall zu geringer Mittel zur Bewältigung der Ewigkeitsaufgaben die Koh-
60 lebundesländer NRW und Saarland gewährleisten, dass diesen Aufgaben nachgekommen wird. Der aktuelle
61 Gegenstand der Diskussion, die Konzepte zur Grubenwasserhaltung und deren Vorlage bei den betroffenen
62 Bundesländern, ist ebenfalls Teil des Erblastenvertrags (§4 Abs. 2).

63 Zurzeit gibt es im Saarland sechs sogenannte Wasserprovinzen, also ehemalige Abbaugebiete mit einer ei-
64 genständigen Wasserhaltung. Diese zeichnen sich durch unterschiedliche Wasserstände und unterschiedliche
65 Formen der Einleitung aus. Zwei Drittel der Einleitung erfolgt ohne Vorfluter und drei von vier Einleitungen er-
66 folgen in Kleingewässer. Eine Sonderrolle übernimmt der Warndt, der durch die Anbindung an französische
67 Bergwerke bereits auf -101m NN geflutet ist und durch einen Hochdruckdamm in Luisenthal technisch von
68 allen anderen Wasserprovinzen getrennt ist. Einleitungen gibt es zurzeit in die Blies (Wasserhaltung Reden
69 13,9mio m³/a, Stand 2013) in den Fischbach (Wasserhaltung Camphausen 1,7 mio m³/a, Stand 2013), den
70 Köllerbach (Wasserhaltung Viktoria 1,9 mio m³/a, Stand 2013) und die Saar (Wasserhaltungen Luisenthal und
71 Duhamel 0,3 und 0,2 mio m³/a). Auf Grundlage dieser Angaben fließen über 80% des geförderten Grubenwas-
72 sers zunächst durch die Blies und dann in die Saar.

73 In Phase 1 ist eine Anhebung des Grubenwassers auf -320m NN angestrebt, dies führt zu einem einheitlichen
74 Grubenwasserhorizont in den Abbaugebieten Duhamel und Reden, was eine Zentrale Wasserhaltung (ZWH)
75 überflüssig macht, weswegen diese in Reservebetrieb zurückgebaut werden soll. Diese Phase würde bereits
76 70km Fluss- bzw. Bachlauf an Blies, Sinnerbach und Klinkenbach von Grubenwasser befreien. Da der Anstieg
77 des Grubenwassers nur durch einsickernden Niederschlag geschieht, würde sich dieser Prozess über mehrere
78 Jahre ziehen.

79 In Phase 2 soll abschließend das Grubenwasser auf 192m NN steigen und das Grubenwasser aller Wasserpro-
80 vinzen druckfrei am Standort Duhamel (Ensdorf) in die Saar einlaufen. Dies würde einen zweistelligen Millio-

81 nenbetrag pro Jahr an Kosten einsparen. Dieser planerische Abschnitt ist zurzeit nicht Teil des Genehmigungs-
82 prozesses und würde nach Genehmigung mehrere Jahrzehnte bis zur Umsetzung benötigen.

83 Die geplante Entlastung von bis zu 87km Flusslauf kleinerer (Fischbach, Köllerbach) bis mittelgroßer Fließge-
84 wässer (Blies) ist als positiv zu bewerten und notwendig, auch wenn eine Umverteilung der Grubenwasserein-
85 leitungen nicht möglich ist. Vor allem kleinere und naturnahe Fließgewässer beherbergen Lebensgemeinschaf-
86 ten, die sensibler auf Umwelteinflüsse reagieren als große Fließgewässer wie beispielsweise die Saar. Hierbei
87 spielt vor allem der Eintrag von warmem, salzhaltigem Wasser in Lebensräume, deren Lebensgemeinschaften
88 nicht auf diese Bedingungen angepasst sind, eine besondere Rolle. Weiterhin kann durch die Entlastung der
89 Eintrag von sich in Nahrungsnetzen anreichernden Stoffen (z.B. PCB) in den unteren Ebenen der Nahrungs-
90 netze reduziert werden.

91 Zurzeit beläuft sich der Energieverbrauch für die Grubenwasserhaltung auf ca 44.2 Mio kwh pro Jahr, dies ent-
92 spricht 21614T CO2 oder dem Energieverbrauch von 17000 3-Personenhaushalten. Bereits ein Ansteigen des
93 Grubenwassers wie in Phase 1 geplant und die damit verbundene geringere Pumphöhe kann zu einer Reduk-
94 tion des Energiebedarfs beitragen. Weiterhin ist es aber notwendig, um die Ewigkeitsaufgaben nachhaltig zu
95 lösen, dass die benötigte Energie durch Erneuerbare gedeckt wird.

96 Um den potentiellen Gefahren durch Radon, die über die natürlichen Gefahrenpotentiale (ca. 10% aller Bron-
97 chialkarzinome werden durch natürliche Hintergrundbelastung hervorgerufen) hinausgehen, beurteilen zu
98 können, ist ein flächendeckendes Radon Monitoring notwendig. Da bereits das Lüften in geschlossenen Räu-
99 men das Risiko verringern kann, durch Radon an Bronchialkarzinomen zu erkranken, ist eine zuverlässige
100 Informationsquelle, die die Daten in Echtzeit zur Verfügung stellt, unabdingbar und könnte einen Startschuss
101 für eine saarlandweite Plattform zur Bereitstellung gesundheitsrelevanter Umweltdaten bieten.

102 Im Bezug auf den Schutz natürlicher oder anthropogen beeinflusster Wasserkörper vor dem eingeleiteten
103 Grubenwasser müssen das von der Wasserrahmenrichtlinie geltende Verschlechterungsverbot sowie das Ver-
104 besserungsgebot beachtet werden. Da PCB in diesem Fall als prioritäre Gruppe von Verbindungen zählt, müs-
105 sen technische Möglichkeiten geschaffen werden, um die Umweltqualitätsnormen einzuhalten. Eine mögliche
106 Reduktion der PCB-Fracht durch ein Ansteigen des Grubenwasserpegels muss, wenn genehmigt, durch ein
107 Monitoring bewiesen werden und es müssen Schadstoffgehalte unterhalb der von der Länderarbeitsgemein-
108 schaft Wasser (LAWA) festgelegten Geringfügigkeitsschwellenwerte für Grundwasser nachgewiesen werden,
109 um einen auf human- und ökotoxikologischen Erkenntnissen fundierten Schutz nachweisen zu können.

110 Der Schutz von Trink- und Rohwasser wird über die Trinkwasserverordnung geregelt und potentielle Grund-
111 wasserkörper zur Trinkwassergewinnung können nach den Geringfügigkeitsschwellenwerten der LAWA be-
112 wertet werden. Anhang 2 der Trinkwasserverordnung sieht in der regelmäßigen Überprüfung des chemischen
113 Wasserzustandes keine Notwendigkeit zur Bestimmung von PCB-Gehalten. Artikel 6 der TVO besagt jedoch:
114 „Im Wasser für den menschlichen Gebrauch dürfen chemische Stoffe nicht in Konzentrationen enthalten sein,
115 die eine Schädigung der menschlichen Gesundheit besorgen lassen“. Daher ist es aufgrund einer möglichen
116 Verunreinigung und dem Vorsorgeprinzip notwendig, die Analyse um die vom Landesamt für Umwelt und
117 Arbeitsschutz als Grubenwasserspezifische PCB-Kongonere (PCB 28 & PCB 52) zu erweitern.

118 Durch die endliche Menge, die an PCB in die Bergwerke eingebracht wurde, und das ständige Abpumpen des
119 Wassers besteht die Möglichkeit, dass die PCB-Gehalte im Grubenwasser in einigen Jahren so gering sind, dass
120 diese unterhalb der Geringfügigkeitsschwellenwerte oder sogar unterhalb der technischen Nachweisgrenzen
121 liegen. Sollte dieser Fall eintreten oder sollten sich neue technische Möglichkeiten zur Nutzung oder Aufbe-
122 reitung des Grubenwassers bieten, müssen die getroffenen Entscheidungen zur Grubenwasserhaltung durch
123 RAG-Stiftung und das Saarland neu bewertet werden, um zu gewährleisten, dass dieser Ewigkeitsaufgabe auch
124 in Zukunft mit der bestmöglichen Methodik nachgegangen wird.

125 Für den Fall, dass die RAG-Stiftung nicht dazu bereit ist, diesen Forderungen der Vorsorge und Nachhaltig-
126 keit nachzukommen, muss die Gesamtsituation der Grubenwasserhaltung im Saarland neu bewertet und da-
127 bei um neue technologische Möglichkeiten erweitert werden. In Zeiten mit abnehmender Menge an fossilen
128 Energieträgern rückt zum Beispiel die Wärmeversorgung weiter in den Fokus der Debatte, hier könnte das
129 warme Grubenwasser eine mögliche Teillösung bieten. Weiterhin ist darüber nachzudenken, ob ein in die al-
130 ten Schächte eingebautes Pumpspeichersystem nicht dazu genutzt werden kann, durch erneuerbare Energien
131 erzeugten Strom zu speichern.

E-4

Titel	Tourismus im Saarland – Industrie und Natur
AntragstellerInnen	Saarbrücken-Land
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Tourismus im Saarland – Industrie und Natur

- 1
- 2 Das sich die Jusos Saar und die SPD Saar für ein stärker vernetztes Tourismuskonzept einsetzt, dass die Vorteile
- 3 der kurzen Reisewege und der Angebotsvielfalt im Saarland gerecht wird. Die SPD Saar soll zusätzlich in den
- 4 von ihnen besetzten zuständigen Ministerien schnellst möglich handeln um diese Konzepte zu erarbeiten und
- 5 diese umzusetzen.
- 6 Bessere Nutzung der Ausflugsziele im Saarland durch Vernetzung und Sammelangebote.
- 7 Mit 1,02 Millionen Touristen kamen im Jahr 2016 erstmals über 1. Mio. Touristen ins Saarland.
- 8 Es gab insgesamt über 3 Millionen Übernachtungen im Saarland.
- 9 Davon kamen 84 Prozent der Gäste aus dem Inland, die Zahl der Gäste aus dem Ausland stieg um 2,1 Prozent
- 10 an.
- 11 Die Touristen im Jahr 2016 teilten sich wie folgt auf das Saarland auf:
- 12 Landkreis St. Wendel 906.447
- 13 Regionalverband Saarbrücken 617.119
- 14 Landkreis Merzig-Wadern 606.968
- 15 Landkreis Saarpfalz 385.029
- 16 Landkreis Saarlouis 265.516
- 17 Landkreis Neunkirchen 244.933
- 18 Diese Gründe gaben die Touristen an warum sie Urlaub im Saarland machten
- 19 Wandern 40%
- 20 Natururlaub 37%
- 21 Radfahren 34%
- 22 Kulinarik 32%
- 23 Landurlaub/Urlaub auf dem Bauernhof 32%
- 24 Familienurlaub 31%
- 25 Industriekultur 31%
- 26 Städtereise 29%
- 27 Quelle: inseptour GmbH. Destination Brand 16/ Die Themenkompetenz deutscher Reiseziele
- 28 (Diese Zahlen sind auf das Saarland bezogen, Mehrfachnennungen waren möglich)

29 Wenn man sich die Beweggründe der Touristen ansieht warum sie Urlaub machen, so sieht man rasch, dass
30 die Zahlen im Saarland durch Kombinationsangebote z.B: „Wandern und Besichtigung der Industriekultur“
31 gesteigert werden können. Jedoch findet sich in diesem Bereich leider kein ausgereiftes Konzept.

32 Deshalb besteht unserer Ansicht nach Handlungsbedarf, es braucht schlüssige und gut vernetzte Kombina-
33 tionsangebote. Verschiedene touristische Beweggründe müssen zu Tages-, Wochenend- oder Wochentrips
34 zusammengefasst und beworben werden.

35 Um die Ziele der Tourismusagenda 2025 zu erfüllen oder gar zu übertreffen müssen die zuständigen Stellen
36 jetzt handeln um den Tourismus im Saarland, durch Nutzung möglicher Synergieeffekte einzelner Branchen,
37 noch attraktiver gestalten.

38 Von einer stärkeren Vernetzung der touristischen Angebote und eine Fokussierung auf mehrtägige können
39 alle Landkreise und der Regionalverband profitieren. Dies kann auch zu einem positiven Effekt auf die an den
40 Tourismus gekoppelten Dienstleistungsunternehmen in der Region führen

41 Gerade wir im Saarland sollten unsere kurzen Wege nutzen und damit bei Touristen punkten.

42 Die Erarbeitung und Förderung dieser Kombinationsangebote unterstreicht den saarländischen Charme und
43 Charakter als Kleinflächenbundesland. Großes entsteht immer im Kleinen lasst uns diesen Slogan auch in
44 unserer Tourismussparte nutzen.

E-5

Titel Abwasserreinigung
AntragstellerInnen Saarbrücken-Stadt
Zur Weiterleitung an

Abwasserreinigung

- 1
- 2 Ende August veröffentlichte der SR eine Untersuchung verschiedener Gewässer im Saarland. Diese hat gezeigt,
- 3 dass die Gewässer häufig mit antibiotikaresistenten Keimen belastet sind. Vor allem trat diese Verunreinigung
- 4 bei Gewässerentnahmen kurz nach Kläranlagen auf. Aktuell können diese mit dem jetzigen Stand der saarlän-
- 5 dischen Kläranlagen leider nicht vollständig aus dem Abwasser entfernt werden.
- 6 Ein weiteres Problem im Abwasser sind Rückstände von Pharmaprodukten. In Deutschland sind circa 2.300
- 7 medizinische Wirkstoffe zugelassen. Etwa die Hälfte davon gilt als potenziell umweltrelevant, weil diese schwer
- 8 abbaubar oder giftig sind. Schon 150 dieser Wirkstoffe wurden laut Bundesumweltamt bereits in deutschen
- 9 Flüssen und Seen nachgewiesen. Aktuell sind auch hier die Kläranlagen leider nicht dafür ausgelegt diese aus
- 10 dem Abwasser zu filtern.
- 11 Die Jusos Saarbrücken-Stadt fordern den Entsorgungsverband Saar und die Landesregierung dazu auf, alle
- 12 Kläranlagen im Saarland mit weiteren Reinigungsstufen auszurüsten, welche das Abwasser von antibiotikare-
- 13 sistenten Keimen und Medikamentenrückständen befreien.

P Innerparteiliches

P Innerparteiliches

P-1	Saarbrücken-Stadt	Geschlechtergerechtigkeit jetzt!	49
P-2	Saarbrücken-Stadt	Umweltschutz beginnt im kleinen	50

P-1

Titel Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

AntragstellerInnen Saarbrücken-Stadt

Zur Weiterleitung an

Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

- 1
- 2 Durch die Eintragung eines „Dritten Geschlechtes“ müssen sich intersexuelle Menschen bzw. ihre Eltern inner-
- 3 halb des binären Geschlechtersystems nicht entscheiden. Diese Möglichkeit müssen wir intersexuellen Men-
- 4 schen auch bei ihrem Parteieintritt eröffnen. Als feministischer Verband sollten wir nicht-binäre Personen bei
- 5 Wahlen und Listenaufstellungen anerkennen und fördern.
- 6 Die Landeskonzferenz möge beschließen:
- 7 Die Beitrittsformulare müssen geändert werden, es muss die Möglichkeit geben, ein nicht-binäres Geschlecht
- 8 einzutragen.
- 9 Änderung der Frauenquote in §12 der Satzung der Jusos Saar in eine Geschlechterquote. Dabei dürfen nicht
- 10 nur Personen binären Geschlechtes Berücksichtigung finden.
- 11 Der Landesvorstand der Jusos Saar wird aufgefordert, bis zur nächsten Juso Landeskonzferenz eine Änderung
- 12 des §12 der Satzung der Jusos Saar auszuarbeiten.
- 13 Begründung erfolgt mündlich

P-2

Titel Umweltschutz beginnt im kleinen

AntragstellerInnen Saarbrücken-Stadt

Zur Weiterleitung an

Umweltschutz beginnt im kleinen

1

2 Jedes Jahr werden unzählige Bäume gefällt um dem immensen Papierkonsum gerecht zu werden. Auch in
3 unserem Verband wird jede Menge Papier verbraucht, leider findet dieses Papier danach selten eine Verwen-
4 dung. Umweltschutz beginnt im kleinen, daher wollen wir hier ein Zeichen setzen.

5 Daher fordern wir den Landesvorstand dazu auf, ein Konzept zu entwickeln, welches den Papierkonsum ver-
6 bandsweit reduziert. Darin sollen auch die Unterbezirke eingebunden werden.

K Kommunales

K Kommunales

K-1	Saarlouis	Interkommunale Zusammenarbeit stärken	52
K-2	Saarlouis	Keine „Saarland-Kasse“ für die saarländischen Kommunen	53
K-3	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	Daseinsvorsorge statt Privatisierung	55

K-1

Titel Interkommunale Zusammenarbeit stärken

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

Interkommunale Zusammenarbeit stärken

1

2 Die saarländischen Gemeinden stehen vor immer größer werdenden Herausforderungen. Hohe Kassenkredi-
3 te belasten die Ausgabenseite der Kommunen, sodass Investitionsstaus auftreten. Es müssen Wege, welche
4 die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährleisten soll, gefunden
5 werden.

6 Als ein wichtiger Bestandteil dessen ist die interkommunale Zusammenarbeit anzusehen. Dabei stehen vor al-
7 lem die Reduzierung von Kosten und die Verbesserung der Leistungsqualität gegenüber den Einwohnerinnen
8 und Einwohnern als angestrebtes Ziel im Vordergrund. Somit sollen Aufgaben so zusammengeführt werden,
9 dass diese wirtschaftlich sinnvoll und für die Einwohnerinnen und Einwohner in größtmöglicher Nähe erfüllt
10 werden können.

11 Wir fordern daher, dass die kommunale Zusammenarbeit der Gemeinden und Gemeindeverbände verstärkt
12 wird.

13 Insbesondere soll

14 • ein gemeinsames Rechenzentrum zur Reduzierung von Kosten für IT- und EDV-Dienstleistungen genutzt wer-
15 den.

16 • eine gemeinsame Vergabestelle auf Landkreisebene zur Steigerung der Rechtssicherheit und Kompetenz,
17 bei gleichzeitiger Vereinheitlichung der Verträge und Dokumentation, sowie

18 • ein zentrales Rechnungsprüfungsamt auf Landesebene für alle Städte, Gemeinden und die Landkreise ein-
19 geführt werden, welches zentral die Aufgaben der Rechnungsprüfung übernimmt.

20 • ein gemeinsames Immobilienmanagement (Energie- und Gebäudemanagement, Verwaltung), dort wo es sich
21 anbietet (z.B. Schulzentren), eingeführt werden.

22 • die Bearbeitung von allen Ordnungswidrigkeiten zentral beim Land oder bei den Landkreisen durchgeführt
23 werden.

24 Begründung:

25 Erfolgt mündlich.

K-2

Titel Keine „Saarland-Kasse“ für die saarländischen Kommunen

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

Keine „Saarland-Kasse“ für die saarländischen Kommunen

1 Die saarländischen Kommunen haben rd. 2 Milliarden Euro Kassenkredite. Die von der CDU angedachte
2 „Saarland-Kasse“ soll den Kommunen helfen, diese Kassenkredite aus den Kernhaushalten zu tilgen, indem
3 diese bis zum Jahr 2020 in einen kommunalen Zweckverband überführt werden sollen, in dem die Schulden
4 dennoch jeder einzelnen Kommune zugeordnet werden. Hier sollen die Kredite in 30 bzw. 40 Jahren getilgt
5 werden; verbunden mit einer jährlichen Belastung von 95 bzw. 80 Mio. Euro. Die Gesamtkosten der „Saarland-
6 Kasse“ liegen (abhängig von 30 bzw. 40 Jahren Laufzeit) bei 2,9 bis 3,2 Mrd. Euro. Zusätzlich soll es ein Verbot
7 der Aufnahme von Liquiditätskrediten (nur noch nach Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde zulässig)
8 sowie einen Sanierungsplan für jede Kommune geben, dessen Einhaltung von einem sog. Konsolidierungs-
9 rat überwacht werden soll. Die Besonderheit im Konsolidierungsrat ist, dass die Landesvertreter nicht von
10 kommunaler Seite überstimmt werden können; die Entscheidungsgewalt liegt folglich beim Land. Auch eine
11 Verpflichtung zur interkommunalen Zusammenarbeit soll vertraglich geregelt werden.

12 Die Gelder für die Saarland-Kasse kommen aus den Bundesergänzungszuweisungen, der Überführung der
13 kommunalen Sanierungsbeiträge aus dem Kommunalpakt 2015, Überführung der KELF-Mittel und einer
14 Selbstbeteiligung der Kommunen.

15 Die Bundesergänzungszuweisungen erhält das Land vom Bund für die unterproportionale Gemeindefinanz-
16 kraft; es steht den Kommunen also ohnehin zu. Die kommunalen Sanierungsbeiträge aus dem Kommunalpakt
17 2015 sind Gelder, die den Kommunen im Kommunalpakt bereits versprochen wurde. Ähnlich ist es bei den
18 KELF-Mitteln; dies sind Mittel, die die Kommunen ohnehin vom Land zum Schuldenabbau erhalten. Die jähr-
19 liche Eigenbeteiligung der Kommunen läge zwischen 10 und 15 Mio. Euro. Die Kommunen sähen sich folglich
20 in der misslichen Lage, keinerlei Spielraum für essentielle Investitionen mehr zu haben. Diese zwangsläufige
21 Verwahrlosung kommunaler Infrastruktur wäre ein Angriff auf den Lebensmittelpunkt der Menschen.

22 Im Rahmen der „Saarland-Kasse“ erfolgt also lediglich eine Umverteilung von Geldern, die den Kommunen oh-
23 nehin zustehen. Ein weitreichender Einschnitt in die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstver-
24 waltung (Finanzhoheit siehe KSVG) erfolgt im gleichen Schritt: die Kommunen sollen unter die Aufsicht eines
25 Sanierungsrates gestellt werden.

26 Wir fordern deshalb, dass

27 • sich die SPD-Saar deutlich gegen die Einführung einer „Saarland-Kasse“ positioniert

28 • die Kommunen in die Lage versetzt werden, selbst über die Verwendung von kommunalem Geld (Bundes-
29 ergänzungszuweisungen, kommunalen Sanierungsbeiträge und KELF-Mittel) entscheiden zu können und kein
30 Eingriff des Landes in die kommunale Selbstverwaltung stattfindet

31 • die kommunale Selbstverwaltung laut KSVG gewahrt wird

32 • der Bund sich an den stetig steigenden Sozialkosten stärker finanziell beteiligt

33 Begründung:

34 Erfolgt mündlich.

K-3

Titel	Daseinsvorsorge statt Privatisierung
AntragstellerInnen	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Daseinsvorsorge statt Privatisierung

1

2 Antrag:

3 Daseinsvorsorge statt Privatisierung – die JUSOS-Saar treten für eine Daseinsvorsorge ein, die diesen Namen
4 verdient: Es ist Aufgabe des Staates, die für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Güter und Dienstleis-
5 tungen bereitzustellen, und somit eine Grundversorgung zu gewährleisten. Dass bedeutet, dass die für diese
6 Aufgabe notwendige Infrastruktur wie z.B. die Verkehrsinfrastruktur, die Strom-, Wärme- und Wasserversor-
7 gung, aber auch Schwimmbäder, Krankenhäuser sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen in die öffentliche
8 Hand gehören und durch staatliche oder kommunale Träger organisiert und verwaltet werden müssen.

9 Deshalb lehnen wir jegliche Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge ab. Insbesondere die kommunal orga-
10 nisierte Daseinsvorsorge muss mittelfristig gestärkt und nicht weiter ausgehöhlt werden. Wir fordern deshalb
11 eine Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge in den saarländischen Kommunen. Die Kommunen müssen
12 durch den Staat finanziell so ausgestattet werden, dass sie die öffentliche Daseinsvorsorge gewährleisten kön-
13 nen. Das gilt insbesondere für die größtenteils klammen Kommunen im Saarland.

14 Darum fordern die Jusos Saar:

15 • Einen Stopp der Privatisierung der Daseinsvorsorge bei der Strom- und Wasserversorgung, bei Schwimmbä-
16 dern und Krankenhäusern.

17 • Bereits durchgeführte Privatisierungen oder Teilprivatisierungen sollen nach und nach rückgängig gemacht
18 werden, um die Handlungsfähigkeit öffentlicher Träger in der Daseinsvorsorge wiederherzustellen.

19 • Keine weitere Schließung von Schwimmbädern!

20 • Dass alle saarländischen Krankenhäuser durch einen gemeinwohlorientierten Träger betrieben werden; Re-
21 kommunalisierung statt Privatisierung von Krankenhäusern.

22 • Und zu guter Letzt: dass die Kommunen finanziell in die Lage versetzt werden, ihren vielfältigen Aufgaben
23 langfristig gerecht zu werden

24 Begründung:

25 Als JUSOS Saar ist es unsere Aufgabe, uns gegen den Trend zur Privatisierung und Aushöhlung der kommuna-
26 len Daseinsvorsorge zu stellen. Dem Trend zur Privatisierung möchten wir einen langfristigen Plan zur Rekom-
27 munalisierung der Daseinsvorsorge gegenüberstellen. Denn die Bereitstellung grundlegender Güter gehört
28 in die Hände öffentlicher Träger und nicht in die Finger profitorientierter Investoren. Außerdem werden die
29 strukturellen Finanzprobleme der saarländischen Kommunen durch das Verschern des kommunalen Ta-
30 felsilbers keineswegs behoben: So gehen beispielsweise durch den Verkauf von Anteilen an der Strom- und
31 Wasserversorgung auch langfristige Einkommensquellen verloren. Zudem büßt die Kommune damit einen
32 Teil ihrer Gestaltungsmacht ein, die etwa für den Ausbau erneuerbarer Energien benötigt wird.

33 Ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Anbietern – ein Hauptargument vieler Befürworter von Privatisie-
34 rungen – ist bei der Strom- und Wasserversorgung ohnehin nicht gegeben. Wie bei vielen leitungsbezoge-
35 nen Versorgungsnetzen handelt es sich auch bei dem Wassernetz um ein natürliches Monopol: Das heißt,

36 die Bereitstellung von Wasser durch einen Anbieter ist günstiger als die durch mehrere Anbieter. Auch eine
37 Ausschreibung der Wasserversorgung (Konzession) an private Anbieter durch die Kommune führt nur dazu,
38 dass langfristige Investitionen in die Netzinfrastruktur unterbleiben und auf die lange Bank geschoben wer-
39 den. Eine kommunale Selbstverwaltung, die auch die Wasserversorgung umfasst, garantiert hingegen eine
40 gleichbleibend hohe Wasserqualität und stärkt die Demokratie auf der kommunalen Ebene. Etwaige Proble-
41 me dieses Modells sind deshalb durch eine stärkere demokratische Kontrolle und beispielsweise eine stärkere
42 Einbeziehung der Bürger*innen als Stakeholder zu beheben, nicht durch Privatisierung.

43 Eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) – wie die gemeinsame Anteilseignerschaft der Stadtwerke Saarbrü-
44 cken und der Engie Deutschland AG an dem Energieversorgungsunternehmen Energie SaarLorLux AG – ist
45 nicht mit dem Ziel der Gewährleistung einer öffentlichen Daseinsvorsorge vereinbar.

46 Insbesondere bei der Trägerschaft von Krankenhäusern ist der bundesweite Trend zur Privatisierung unge-
47 brochen. Krankenhäuser sind aber kein Mittel der Profitmaximierung, die Vorstellung eines nach Profitma-
48 ximierung operierenden Krankenhauses eine Horrorvorstellung. Eingriffe sollten durchgeführt werden, weil
49 sie medizinisch notwendig sind, nicht weil sie profitversprechend sind. Die Mitarbeiter*innen an den saar-
50 ländischen Krankenhäusern gehen einer verantwortungsvollen und anstrengenden Arbeit nach, sie und ihre
51 Patient*innen haben einen verantwortungsvollen Krankenhausträger verdient. Wir sollten uns deshalb für die
52 Rekommunalisierung von Krankenhäusern stark machen.

53 Schwimmbäder schaffen soziale Teilhabe und dienen der körperlichen Ertüchtigung. In Zeiten, in denen im-
54 mer weniger Kinder schwimmen können (laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinsti-
55 tuts Forsa aus dem Jahr 2017 sind 60 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen keine sicheren Schwimmer), müssen
56 Schwimmbäder erhalten bleiben und auch für Personen und Familien mit geringem Einkommen erschwinglich
57 bleiben. Debatten wie die über die Schließung des Toto-Bads führen deshalb in die falsche Richtung.

58 Klar ist auch, dass Rekommunalisierung kurzfristig Geld kostet. Gerade die klammen saarländischen Kommu-
59 nen haben aktuell aber kaum genug Mittel, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Damit die saarländischen
60 Kommunen nicht zum traurigen Vorreiter in Sachen Privatisierung werden, bei dem mit Blick auf den aktu-
61 ellen Haushalt alles verscherbelt werden muss, was nicht niet- und nagelfest ist, muss die Finanzgrundlage
62 der Kommunen auf neue Füße gestellt werden. Deshalb sollten wir uns als Jusos Saar beispielsweise auf dem
63 nächsten Juso-Bundeskongress für eine gerechtere Finanzierung der Kommunen stark machen und die Lan-
64 desregierung des Saarlandes dazu auffordern, die Kommunen finanziell zu unterstützen, ohne die kommunale
65 Selbstverwaltung infrage zu stellen.

I Internationales

I Internationales

I-1	Neunkirchen	What do you meme?	58
I-3	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur	Sicherung der (kommunalen) Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen – JEFTA und Co.	60

I-1

Titel	What do you meme?
AntragstellerInnen	Neunkirchen
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress

What do you meme?

1 Wir alle kennen und lieben sie, Memes. Das sind Bild-, Ton- oder Textdateien, die sich rasend schnell über das
2 Internet verteilen. Am bekanntesten sind wohl Bilddateien mit einem pointierten Spruch darauf. Gerade auf
3 Onlineplattformen wie Facebook und Instagram werden sie geteilt und verbreitet. Diese Plattformen können
4 von überall aus bedient werden. Es kommt weder auf das Endgerät an, noch auf den Ort, an dem sich die Nut-
5 zerin oder der Nutzer aufhalten. Im Generellen hat das Internet die Verbreitung von Informationen jeglicher
6 Art vereinfacht und beschleunigt. Wir leben heute in einer Gesellschaft, die sich von überall Informationen
7 und Nachrichten nehmen kann. Noch nie war es einfacher zu erfahren, was zum Beispiel am anderen Ende
8 der Welt geschieht. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als gäbe es in dieser Situation nur Gewinner.

9 Die Errungenschaften der Informationsgesellschaft bergen aber auch ein großes Defizit. All diese Memes,
10 Nachrichten und Informationen können Werke darstellen, die urheberrechtlich geschützt sind. Das Urheber-
11 recht ist ein das Recht des Erschaffers eines Werkes, zu entscheiden, was mit seinem Werk passiert. Das um-
12 fasst das „ob“ der Verbreitung und das „wie“ der Verbreitung, aber auch die Möglichkeit darüber zu entschei-
13 den, ob ein Werk verändert werden kann (z.B. das Samplen von Musikstücken). Dieses Recht ist auch nicht
14 an besondere Voraussetzungen geknüpft, wie zum Beispiel eine Anmeldung des Werkes beim Patentschutz.
15 Es entsteht originär mit der Schaffung des Werkes. So hat jeder Text, jedes Meme, jedes Video, jeder Song,
16 jedes Bild, das im Internet hochgeladen wird, einen Urheber. Vielen Nutzerinnen und Nutzern mag es nicht
17 bewusst sein, dass sie mit dem bloßen Teilen eines solchen Beitrags möglicherweise Rechte anderer verlet-
18 zen. Die Werke sind ja auf Facebook oder Instagram öffentlich zugänglich. Gerade Facebook erweckt mit der
19 „Teilen“-Funktion den Eindruck, dass das Verbreiten von Inhalten problemlos möglich ist.

20 Die Europäische Union versucht auf diese Veränderungen in der digitalen Welt zu reagieren. Im Juni 2018 wur-
21 de im Europäischen Parlament ein Richtlinienentwurf eingebracht, der die Rechte der Urheber_innen in der
22 Informationsgesellschaft stärken soll. Dieser Entwurf enthält in Artikel 13 eine Forderung, dass Diensteanbieter
23 eine Inhaltserkennungstechnik implementieren müssen, die hochzuladende Inhalte auf ihre Urheberrechtsre-
24 levanz untersucht. Diese Inhaltserkennungstechnik wurde als „Uploadfilter“ bekannt. Für Diensteanbieter wie
25 Facebook, Instagram oder Youtube bedeutet das, dass sie einen Mechanismus in ihre Plattform einbinden
26 müssen, der vor dem Hochladen den Beitrag überprüft. Durch die Überprüfung kann sich das tatsächliche
27 Erscheinen des Beitrags auf der Plattform verzögern. Oder der Upload findet erst gar nicht statt. Das kann bei
28 Memes der Fall sein, die aus einem urheberrechtlich geschützten Bild bestehen. Das Programm filtert diese
29 dann heraus, ohne den „Meme-Charakter“ zu erkennen. Zudem kann es dazu kommen, dass ein solches Un-
30 tersuchungsprogramm auch Beiträge herausfiltert, die überhaupt nicht urheberrechtsrelevant sind. Das kann
31 der Fall sein, wenn sich zwei Werke sehr ähnlich sind, aber keine Kopien sind. Im schlimmsten Fall kann ein
32 solcher Uploadfilter die Verbreitung von Inhalten komplett verhindern. Das Teilen von Inhalten auf Plattfor-
33 men ist nicht mehr in der gewohnten Form möglich. Gerade die Freiheit Informationen zu verbreiten und an
34 Informationen zu gelangen wird dadurch massiv eingeschränkt. Auch wird die Vielfalt der Inhalte beschränkt.
35 Das Internet verliert seinen offenen, grenzenlosen Charakter. Es muss ein anderer Weg gefunden werden,
36 der gleichzeitig die Urheber_innen schützt, aber auch den Nutzer_innen die Möglichkeit gibt einfach Inhalte zu
37 verbreiten. Der Uploadfilter führt zu keinem gerechten Ausgleich der Interessen.

38 Der Entwurf der Richtlinie enthält noch einen weiteren streitigen Punkt. Presseverleger werden mit Leistungs-
39 rechten ausgestattet. Leistungsrechte sind mit dem Urheberrecht verwandt, sie schützen aber nicht das Werk

40 selbst, sondern die Vermittlung des Werkes. Eine Vermittlung liegt vor, wenn zum Beispiel Google eine kurze
41 Vorschau auf einen Artikel in den Suchergebnissen abbildet. Darunter fällt aber auch, wenn man auf Facebook
42 einen Ausschnitt aus einem Zeitungsartikel herauskopiert und den Artikel damit weiterteilt. Nur der Erwerb
43 von Lizenzen soll eine Vermittlung weiter möglich machen. Online-Plattformen müssen dann mit den Verlegern
44 solche Lizenzen abschließen. Das hört sich nach einem guten Schutz an. Jedoch können sich die Verhandlungen
45 schwierig gestalten, wenn auf der einen Seite ein nationaler Presseverleger steht und auf der anderen
46 Seite ein internationales Unternehmen wie Facebook. Gerade kleine Verleger erscheinen in dieser Situation
47 machtlos. Kommt es zu keiner Einigung, dann können die Inhalte nicht mehr verbreitet werden. Es kommt zu
48 einem regelrechten Informationsstopp.

49 Diese Leistungsrechte sind aber nichts Neues. Das deutsche und das spanische Urheberrecht kennen sie. Nur
50 ist die Erfolgsquote eher mäßig. Es lässt sich beobachten, dass die Presseverleger schnell unter der Macht
51 der Internetkonzerne zusammengebrochen sind. Dort, wo keine Lizenzen verhandelt werden konnten, wurden
52 die betreffenden Informationen nicht mehr abgebildet. Oder es wurden Lizenzen vergeben, die keinen
53 erkennbaren Mehrwert für die Verlage bringen. Der gewünschte Effekt, die Sicherung der Leistungsfähigkeit
54 und Wirtschaftlichkeit der Verleger, wurde also verfehlt. Aus dieser Erfahrung heraus ist es fraglich, was sich
55 an dem Ergebnis ändert, wenn EU weit Leistungsrechte garantiert werden.

56 Die Überarbeitung des EU-Urheberrechts ist überfällig. Der geltende Schutz stammt aus dem Jahr 2001. Da-
57 mals gab es weder iPhones noch das Internet mit seinen Möglichkeiten, wie wir sie heute nutzen. Um einen
58 umfassenden Schutz zu gewährleisten müssen die Interessen der Rechteinhaber_innen und Nutzer_innen
59 abgewogen und ausgeglichen werden. Man wird nicht umher kommen, eine Instanz einzuführen, die dem
60 Uploadfilter gleichkommt. Aber sollten dabei die oben genannten Nachteile vermieden werden. Auch die Ab-
61 sicherung der Verleger mit Leistungsrechten ist für sich genommen keine schlechte Idee. Jedoch wird mit den
62 existierenden Regeln das Ziel verfehlt. Es muss ein anderer Weg gefunden werden, der den Rechteinhaber_in-
63 nen und Rechteinhabern auch genau den Gegenwert garantiert, der ihnen durch die Weitergabe der Rechte
64 zusteht. Hier besteht erheblicher Nachbesserungsbedarf.

65 Wir fordern:

- 66 – die Konkretisierung der Anforderungen an den Uploadfilter, wir lehnen grundsätzlich jegliche Form von
67 Uploadfiltern ab.
- 68 – die Veränderung des Gesetzentwurfs im Lichte der in Deutschland gemachten Erfahrungen mit Leistungs-
69 rechten, die keine Verbesserung der Position der Presseverleger bewirkten
- 70 – die Verpflichtung der Anbieter zur Verbesserung ihrer „Meldefunktion“ für Urheberrechtsverstöße und die
71 Verpflichtung zur Offenlegung der Prüfung gegenüber Rechteinhaber_innen

I-3

Titel	Sicherung der (kommunalen) Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen – JEFTA und Co.
AntragstellerInnen	AK Umwelt, Verkehr und Infrastruktur
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Sicherung der (kommunalen) Daseinsvorsorge im europäischen Binnenmarkt und bei Freihandelsabkommen – JEFTA und Co.

1

2 Die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge ist auch ein wichtiger Baustein für eine faire und nachhalti-
3 ge Gestaltung der Globalisierung. Die „Absicherung der kommunalen Daseinsvorsorge im europäischen Bin-
4 nenmarkt und bei Freihandelsabkommen“ war deshalb auch Teil des SPD-Regierungsprogramms 2017. So
5 ist beispielsweise die kommunale Trägerschaft der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung aus unserer
6 Sicht kein Handelshemmnis; sie ist unverzichtbar für die Bereitstellung öffentlicher Güter und stärkt zudem
7 die Verbundenheit mit der Region.

8 Darum fordern die Jusos Saar:

9 • Dass die öffentliche Daseinsvorsorge in künftigen Freihandelsabkommen der EU, wie z.B. dem sogenannten
10 JEFTA-Abkommen mit Japan, explizit ausgenommen wird!

11 • Eine stärkere demokratische Beteiligung und mehr Transparenz bei der Aushandlung von Freihandelsab-
12 kommen auf der europäischen Ebene. Dies schließt eine Beteiligung der nationalen Parlamente ein.

13 Begründung:

14 Auch in Zeiten des Protektionismus durch den US-Präsidenten Donald Trump ist aus Sicht der JUSOS Saar zu
15 gewährleisten, dass Freihandelsabkommen nicht zu einer Schwächung des Umwelt- und Verbraucherschutzes
16 führen oder in der Vergangenheit erkämpfte Sozial- und Arbeitsstandards untergraben. Deshalb fordern wir,
17 dass die öffentliche Daseinsvorsorge in künftigen Freihandelsabkommen der EU, wie z.B. dem sogenannten
18 JEFTA-Abkommen mit Japan, explizit ausgenommen wird!

19 Deshalb erteilen wir einer Privatisierung der Wasserversorgung durch die Hintertür – wie sie in der Vergangen-
20 heit bereits diverse Male im Zuge von Freihandelsabkommen oder auf europäischer Ebene versucht wurde –
21 eine Absage. Die kommunale Trägerschaft der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist kein Handels-
22 hemmnis, sie ist unverzichtbar für die Bereitstellung öffentlicher Güter und stärkt zudem die Verbundenheit
23 mit der Region.

24 Außerdem bemängeln wir die mangelnde Transparenz der Verhandlung von Freihandelsabkommen zwischen
25 der EU und Drittstaaten. Abkommen mit einer solchen Tragweite für die Bürger*innen der EU dürfen nicht hin-
26 ter verschlossenen Türen stattfinden. Stattdessen bedarf es einer breiten Diskussion unter öffentlicher Betei-
27 ligung sowie einer Beteiligung der nationalen Parlamente. Wenn Öffentlichkeit und Parlamente erst nach der
28 Aushandlung und Unterzeichnung eines Abkommens über dessen Inhalte informiert werden, werden Parla-
29 mente und Öffentlichkeit auf eine nachträgliche Korrekturfunktion degradiert. Die JUSOS Saar fordern deshalb
30 eine stärkere demokratische Beteiligung und mehr Transparenz bei der Aushandlung von Freihandelsabkom-
31 men auf der europäischen Ebene.

- 32 Deshalb sollten wir uns als Jusos Saar auf dem nächsten Juso-Bundeskongress für den Schutz der Daseinsvor-
- 33 sorge auf inter- und transnationaler Ebene stark machen.

G Familie, Gleichstellung und Gesundheit

G Familie, Gleichstellung und Gesundheit

G-1	Saarpfalz	Anerkennung von Fehl- und Totgeburt als Grund einer Freistellung von der Arbeit für beide Partner_innen	63
G-2	Saarpfalz	Die radiologische Untersuchung zur Altersfeststellung von jungen Geflüchteten abschaffen	64
G-3	Saarpfalz	Unterhaltsvorschuss auch für Stiefkinder	66
G-4	Saarpfalz	Paritätische Besetzung von Prüfungskommissionen	67
G-5	JSAG	Wohlbefinden an Schulen verbessern, für alle!	68
G-6	Saarbrücken-Stadt	Antrag zu Betriebskindergärten und – krippen und familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen im Krankenhaus	69

G-1

Titel	Anerkennung von Fehl- und Totgeburt als Grund einer Freistellung von der Arbeit für beide Partner_innen
AntragstellerInnen	Saarpfalz
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Anerkennung von Fehl- und Totgeburt als Grund einer Freistellung von der Arbeit für beide Partner_innen

1

2 Analyse:

3 Im Falle eines nahen Todesfalles werden Arbeitnehmer_innen laut § 616 BGB in Deutschland von ihrer Arbeit
4 freigestellt. Anders ist dies jedoch, wenn ein Kind bereits vor der Geburt verstirbt. Hier ist zwischen einer Tot-
5 und einer Fehlgeburt zu unterscheiden. Bei einer Totgeburt tritt die allgemeine Mutterschutzfrist für die Mutter
6 nach der Entbindung in Kraft. Tritt jedoch eine unerwartete Fehlgeburt auf, besteht für die Betroffenen keiner-
7 lei Anspruch auf Sonderurlaub, da ein ungeborenes Kind laut Gesetz erst ab 500 Gramm Gewicht als Totgeburt
8 gilt. Für den Partner oder die Partnerin besteht in beiden Fällen kein Anspruch auf Freistellung.

9 Eine Fehlgeburt stellt für die Betroffenen eine mindestens genauso große psychische Belastung wie eine Tot-
10 geburt dar. Deshalb ist es essenziell, dass Leidtragende eines solchen Falles die gleiche Entlastung erfah-
11 ren.

12 Zusätzlich sind in dieser Situation beide Partner_innen gleich erschüttert und verdienen daher beide eine Frei-
13 stellung von ihrer Beschäftigung.

14 Forderung:

15 eine mindestens einwöchige, bezahlte Freistellung von der Arbeit für beide Partner_innen nach dem Eintreten
16 einer Fehl- oder Totgeburt.

17 Begründung:

18 erfolgt mündlich.

G-2

Titel	Die radiologische Untersuchung zur Altersfeststellung von jungen Geflüchteten abschaffen
AntragstellerInnen	Saarpfalz
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Die radiologische Untersuchung zur Altersfeststellung von jungen Geflüchteten abschaffen

1

2

3 Analyse:

4 Mit der Unterzeichnung der UN Kinderrechtskonvention hat sich Deutschland dazu verpflichtet bei „allen Maß-
5 nahmen die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Für-
6 sorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden“ getroffen werden, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen
7 (Artikel 3). Diese Maßnahmen schließen auch medizinische Eingriffe und Verfahren und das damit verbundene
8 Recht auf körperliche Unversehrtheit mit ein. Die Kinderrechtskonvention schützt alle Kinder und Jugendliche
9 unabhängig von Herkunft und sozialem Status.

10 Gerade junge Geflüchtete, die aufgrund ihrer Gewalterfahrungen und ihrer lebensgefährlichen Erlebnisse auf
11 der Flucht, oft traumatisiert sind, sind im besonderen Maß schutzbedürftig. In Deutschland angekommen fehlt
12 ihnen nicht nur der direkte Kontakt zur Familie und zu Freundinnen und Freunden; sehr oft sind sie auch nicht
13 in der Lage ihr Alter durch Dokumente nachzuweisen.

14 Als Folge müssen sie sich dann in Deutschland einer Altersschätzung unterziehen. Im Saarland ist diese Proze-
15 dur im § 42f SGB VIII rechtlich geregelt und die Altersfeststellung wird landesweit zentral in der Vorclearingstelle
16 Schaumbergerhof in einem zweistufigen Prozess durchgeführt.

17 Fehlen die Ausweispapiere werden im ersten Schritt die unbegleitet eingereisten Minderjährigen durch ge-
18 schulte Fachkräfte zur Fluchtgeschichte und Herkunft befragt. Daraufhin werden in einer qualifizierten Inau-
19 genscheinnahme das Erscheinungsbild (z.B. Gesichtsbehaarung) und die körperliche Entwicklung (z.B. Statur)
20 als weitere Kriterien zur Altersschätzung betrachtet.

21 Falls nach diesen Maßnahmen immer noch Zweifel an der Minderjährigkeit der geflüchteten Person bestehen,
22 wird im zweiten Schritt eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Diese Untersuchung beinhaltet die radiologi-
23 sche Diagnostik des Handgelenks und falls erforderlich noch die Untersuchung des Gebisses bzw. des Brust-
24 beingelenks oder des Schlüsselbeingelenks mit Hilfe der Röntgenbildgebung. In einigen Bundesländern wer-
25 den darüber hinaus immer noch Genitaluntersuchungen durchgeführt. Alle diese medizinischen Untersuchun-
26 gen werden mit der Einwilligung der betroffenen Personen durchgeführt. Jedoch wird bei Nicht-Mitwirkung der
27 Person bei der medizinischen Untersuchung zur Altersschätzung die Inobhutnahme sofort beendet, d.h. wer
28 sich weigert, wird als volljährig eingestuft.

29 Die radiologischen Untersuchungen, die im Saarland routinemäßig durchgeführt werden, sind aus vielen Grün-
30 den problematisch und ethisch nicht zu rechtfertigen.

31 Mithilfe der medizinischen Diagnostik lässt sich nur die biologische Reife bzw. Knochenalter, Gebissalter der
32 untersuchten Menschen bestimmen. Dieses ist jedoch nicht mit dem chronologischen Alter gleichzusetzen,
33 da der biologische Reifeprozess bei jedem Menschen individuell und unterschiedlich schnell aufgrund von

- 34 Faktoren wie Genetik, Ernährungszustand etc. verläuft. Die Altersbestimmung ist in der Realität nur eine Al-
35 tersschätzung, die dazu noch mit einer hohen Ungenauigkeit behaftet ist.
- 36 Darüber hinaus ist es ethisch nicht zu rechtfertigen, dass junge Geflüchtete ohne eine medizinische Notwen-
37 digkeit schädlicher ionisierender Strahlung ausgesetzt werden. Die formale Freiwilligkeit der Untersuchung
38 wird durch den indirekten Zwang, bei Nicht-Mitwirkung als erwachsene Person eingestuft zu werden, konterka-
39 riert.
- 40 Gemäß der UN Kinderrechtskonvention fordert der UNHCR auf Genital- und Röntgenuntersuchungen grund-
41 sätzlich zu verzichten. Obwohl auch Institutionen wie die Bundesärztekammer, die Zentrale Ethikkommission
42 der Bundesärztekammer, der Deutsche Ärztetag, der Kinderschutzbund etc. die radiologische Untersuchung
43 zur Altersschätzung aus ethischen Gründen und aus Zweifel an der
- 44 wissenschaftliche Grundlage der Diagnostik kritisieren, wird im Saarland seit 2016 an dieser Praxis festgehal-
45 ten.
- 46 Die Jusos Saar fordern daher:
- 47 • Ohne das Vorliegen einer medizinischen Indikation auf die Anwendung von ionisierender Strahlung zu ver-
48 zichten, d.h. auch bei der Altersschätzung auf die Bildgebung mit Röntgenstrahlung zu verzichten.
- 49 • Bei allen medizinischen und psychologischen Untersuchungen die körperliche und seelische Unversehrtheit
50 der jungen Geflüchteten zu wahren.
- 51 • Ohne wirksame Einwilligung darf keine medizinische Untersuchung durchgeführt werden. Die Entscheidung
52 bei einer medizinischen Untersuchung nicht mitzuwirken darf nicht automatisch dazu führen, dass die betrof-
53 fene Person als erwachsen eingestuft wird.
- 54 Begründung:
- 55 erfolgt mündlich.

G-3

Titel	Unterhaltsvorschuss auch für Stiefkinder
AntragstellerInnen	Saarpfalz
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag

Unterhaltsvorschuss auch für Stiefkinder

1

2

3 Analyse:

4 Wenn Alleinerziehende vom anderen Elternteil keinen Unterhalt für die Kinder erhalten, springt der Staat ein –
5 mit dem so genannten Unterhaltsvorschuss nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG). Im vergangenen Jahr
6 wurde die Leistung auf Initiative der SPD erheblich ausgeweitet: Die Leistung wird nun bis zum 18. Geburtstag
7 und ohne Beschränkung der Bezugsdauer gewährt. Unverändert blieb aber die Regelung, dass der Unterhalts-
8 vorschuss entfällt, wenn der betreuende Elternteil wieder heiratet. Der Unterhaltsvorschuss wird automatisch
9 gestrichen, ohne dass die finanziellen Umstände des Einzelfalles berücksichtigt werden, also selbst wenn das
10 Stiefkind von der neuen Partnerin oder dem neuen Partner nicht unterstützt wird. Ein Rechtsanspruch auf Un-
11 terstützung durch den Stiefelternteil besteht nicht. Lebt der alleinerziehende Elternteil lediglich mit der neuen
12 Partnerin oder dem neuen Partner zusammen, entfällt der Anspruch nicht.

13 Forderung:

14 Änderung des § 1 Abs. 1 UVG dahingehend, dass die Wiederheirat des betreuenden Elternteils kein Ausschluss-
15 kriterium mehr für den Unterhaltsvorschuss darstellt.

16 Begründung:

17 erfolgt mündlich.

G-4

Titel Paritätische Besetzung von Prüfungskommissionen
AntragstellerInnen Saarpfalz
Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag

Paritätische Besetzung von Prüfungskommissionen

1

2 Analyse:

3 Auf dem Weg durch die Ausbildung oder Studium durchlaufen junge Menschen zahlreiche Prüfungen, die
4 eine herausfordernde und teilweise belastende Situation darstellen können. Insbesondere bei Abschlussprü-
5 fungen, deren Bewertung einen großen Anteil der Gesamtnote einnehmen und maßgeblich auf die Berufsaus-
6 sichten Einfluss nehmen, setzen die Prüflinge unter immensen Druck. Dies ist besonders bei Staatsprüfungen
7 der Fall, denn diese eröffnen den Zugang zu bestimmten, vom deutschen Staat regulierten Berufen. Zwar gibt
8 es rechtliche Vorgaben bezüglich der Zusammensetzung der Prüfungskommission (z.B. § 4 JAG Saarland, § 15
9 Approbationsordnung für Ärzte, § 11 Approbationsordnung für Apotheker), diese beziehen sich jedoch nicht
10 auf eine paritätische Besetzung. In der ohnehin schon angespannten Prüfungssituation kann eine lediglich
11 mit Personen des anderen Geschlechts besetzte Prüfungskommission als zusätzlich unangenehm empfunden
12 werden. Zudem weisen Studien darauf hin, dass Frauen zumindest im juristischen Staatsexamen system-
13 atisch schlechter abschneiden, wenn die Prüfungskommission ausschließlich aus männlichen Mitgliedern
14 besteht. Der Grund für die besondere staatliche Kontrolle ist das öffentliche Interesse an der Einhaltung be-
15 stimmter Qualitätsstandards bei den betroffenen Ausbildungsgängen. Der Staat ist verpflichtet, dabei auch
16 die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Besei-
17 tigung bestehender Nachteile hinzuwirken.

18 Forderung:

19 Änderung sämtlicher gesetzlicher Regelungen zur paritätischen Besetzung von Prüfungsausschüssen in
20 Staatsprüfungen mit dem Ziel der paritätischen Besetzung.

21 Begründung:

22 erfolgt mündlich.

23 Quelle:

24 <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/2196-7261-2018-2-115/geschlechts-und-herkunftseffekte-bei-der-benotung-juristisch>

G-5

Titel Wohlbefinden an Schulen verbessern, für alle!

AntragstellerInnen JSAG

Zur Weiterleitung an

Wohlbefinden an Schulen verbessern, für alle!

1

2 Forderung:

3 Die Jusos Saar Landeskonferenz wolle beschließen

4 Zur Verbesserung des Schulklimas fordern wir die verpflichtende Installation mindestens einer genderneut-
5 tralen Toilette innerhalb jeder weiterführenden Schule im Saarland. Wie für alle anderen „Mädchen-“ und
6 „Jungen-“ Waschräume innerhalb der Schule auch, ist ebenso für die genderneutrale Toilette alle notwendigen
7 Vorkehrungen und Instandhaltungen für eine problemlose Nutzung von SuS durch Schulleitung, Hausmeister
8 und Reinigungsfachkräften der Schule zu treffen. Die geschlechterunabhängige Nutzung ist als solches mit dem
9 Kürzel „WC“ auch nach außen hin zu kennzeichnen.

10 Begründung:

11 Transsexuelle beziehungsweise Intersexuelle werden aufgrund der Auswahl einer Toilette oftmals „schräg an-
12 gesehen“ oder gar physisch/psychisch von ihren Mitschüler*innen angegriffen. Hierbei bietet die genderneu-
13 trale Toilette eine wichtige Anlaufstelle und Schutzort für eben genau diese Minderheit innerhalb der Schulge-
14 meinschaft.

15 Für ein junges Transmädchen in der Entwicklung zum Beispiel ist die Selbstakzeptanz schon schwierig genug,
16 doch von der Gesellschaft akzeptiert zu werden wirkt geradezu unmöglich. Man fühlt sich oft unzugehörig, und
17 aus Angst, verurteilt zu werden, besuchen Transsexuelle beziehungsweise Intersexuelle zum Teil innerhalb der
18 Schulzeit gar nicht die Toiletten. Denn weder der Gang auf die Toilette ihres biologischen Geschlechts noch
19 auf die Toilette des Geschlechts, dem sie sich zugehörig fühlen, wird als „normal“ angesehen oder gar von
20 anderen akzeptiert.

21 Diese Menschen suchen sich nicht aus, wie sie sind, sie versuchen nur wie alle anderen, sie selbst zu sein
22 und dabei einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Schulen müssen versuchen, die fehlende Akzeptanz abzu-
23 schwächen und Transsexuelle beziehungsweise Intersexuelle in ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstüt-
24 zen. Genderneutrale Toiletten wären dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Sie bieten einen sicheren Raum
25 für eben genau diese individuelle persönliche Entfaltung jedes einzelnen, sie unterstützen die Individualität,
26 die Vielfältigkeit an saarländischen Schulen und tragen nicht unerheblich zu einem besseren Schulklima (- für
27 alle!) bei. Zudem wäre es keine große Umstellung, da für die meisten Menschen ohnehin – z. B. dadurch, dass
28 sie mit Zügen, Flugzeugen oder Fähren reisen – genderneutrale Toiletten selbstverständlich sind.

29 Alle saarländische Schülerinnen und Schüler müssen sich auf ihren Schulen wohl fühlen, nichts anderes fordern
30 wir.

G-6

Titel	Antrag zu Betriebskindergärten und – krippen und familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen im Krankenhaus
AntragstellerInnen	Saarbrücken-Stadt
Zur Weiterleitung an	

Antrag zu Betriebskindergärten und – krippen und familienfreundlicheren Arbeitsbedingungen im Krankenhaus

1

2 Die Jusos fordert die Kommunen und das Land insbesondere in deren Funktion als Träger von Kliniken dazu
3 auf, geeignete Maßnahmen zur Vereinbarung von Familie und Beruf zu ergreifen.

4 Dazu zählt die Einrichtung von subventionierten Betriebskindergärten und – krippen, deren Beiträge für die
5 Mitarbeiter*innen bezahlbar sein müssen ebenso wie die Schaffung familienfreundlicher Schicht- und Arbeits-
6 zeitmodelle. Land und Kommunale Träger sollten mit gutem Beispiel für nichtkommunale Träger voran gehen
7 und machbare Modelle installieren.

8 Begründung

9 Der überwiegende Teil der Pflegekräfte ist weiblich, der Anteil der Frauen in der Ärzteschaft beträgt mittler-
10 weile gerade in der jungen Generation ebenfalls über 50%.

11 Derzeit ist in Deutschland der Stand der Dinge so, dass die jungen Frauen, wenn sie Familie gründen, aufgrund
12 der fehlenden Infrastruktur und der derzeit vorliegenden Arbeitsbedingungen wenn überhaupt in Teilzeitan-
13 stellungen an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Die jungen gut ausgebildeten Frauen werden dem Arbeitsmarkt
14 gegen ihren Willen entzogen.

15 Gerade in Zeiten des Pflegekräfte – und Ärztemangels sollten die Strukturen so gestaltet werden, dass Müt-
16 tern, die dies wünschen, der Weg in die Vollzeitstellung ermöglicht wird. Dies geht nur, wenn für eine gute
17 Kinderbetreuung gesorgt wird und/ oder die Arbeitszeiten planbar sind. Durch den gesetzlichen Anspruch auf
18 einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz ist dafür schon viel erreicht worden. In der Umsetzung ist dies für die
19 betroffenen Beschäftigten im Gesundheitswesen nicht ausreichend: Die Regelöffnungszeiten der Betreuungsin-
20 richtungen (i.d.R. 7.30-17.30) sind mit den Arbeitszeiten einer Pflegekraft im Schichtdienst nicht vereinbar,
21 weder reguläre Frühdienste noch Spät- oder Nachtdienste können abgedeckt werden.

22 Diesen besonderen Gegebenheiten kann mit Betriebskindergärten und – krippen sowie familiengerechten
23 Arbeitszeitmodellen begegnet werden. Wichtig ist hier die Betreuung zu Randzeiten bzw. die Möglichkeit einer
24 Betreuung rund um die Uhr. Die Beiträge der Eltern müssen dabei bezahlbar sein, damit sich das Arbeiten für
25 die jungen Eltern wirklich lohnt. Es ist somit erforderlich, dass die Kindergärten und – krippen von den Trägern
26 ausreichend subventioniert werden.

27 Familiengerechte Arbeitszeitmodelle müssen ebenfalls für Entlastung sorgen. Patientenbetreuung im Kran-
28 kenhaus findet rund um die Uhr statt, auch hier gibt es Gestaltungsmöglichkeiten. Beispielsweise sogenannte
29 Pool-Lösungen, bei denen ein Springer-Pool gebildet wird, der zu festen und familienfreundlichen Zeiten einge-
30 setzt wird. Der Arbeitsort (Station oder Funktionsbereich) richtet sich nach dem tagesaktuellen Personalbedarf.
31 Arbeitszeit wird dadurch planbar, private Verpflichtungen wie Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen
32 können darauf abgestimmt werden.

33 Mit diesen Maßnahmen kann einerseits dem Pflegekräfte- und Ärztemangel entgegengewirkt werden, ande-
34 rerseits wird es insbesondere Frauen ermöglicht, ihren Beruf in allen Lebensphasen auszuüben, Einkünfte zu

35 erwerben und Karriere zu machen. Darüber hinaus erhöhen längere Erwerbstätigkeit und Vollzeitbeschäftigung die Rentenansprüche – die Versorgungslücke wird verringert. Dies schließt selbstverständlich auch
36 Männer ein, die für die Erziehungszeit mangels adäquater Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.
37
38

D Demokratie, Kultur

D Demokratie, Kultur

D-4	Saarpfalz	Opferbeauftragte_r für das Saarland	72
-----	-----------	-------------------------------------	----

D-4

Titel Opferbeauftragte_r für das Saarland
AntragstellerInnen Saarpfalz
Zur Weiterleitung an SPD Landesparteitag

Opferbeauftragte_r für das Saarland

1

2

3 Analyse:

4 Bei Unglücksfällen größeren Ausmaßes, z.B. Terroranschlägen, Großbränden oder auch Naturgewalten, wie
5 das heftige Unwetter im Saarland im Juni diesen Jahres, kommt auf die Betroffenen nach dem ersten Schock
6 eine weitere Herausforderung zu: Wie wird Unterstützung gewährleistet?

7 Betroffene dürfen in solchen Situationen nicht mit zusätzlicher Bürokratie belastet werden. Erforderlich ist
8 vielmehr eine zentrale Anlaufstelle, um mit Behörden in Kontakt zu treten und Ansprüche geltend zu machen,
9 ohne die Betroffenen mit immer neuen Amtergängen zu überfordern. Die Opferbeauftragte bzw. der Opfer-
10 beauftragte unterstützt die Betroffenen sowohl emotional als auch praktisch, sei es durch die Vermittlung
11 finanzieller Förderung oder psychologischer Versorgung.

12 Forderung:

- 13 • die Schaffung einer/ eines saarländischen Opferbeauftragten für Betroffene größerer Unglücke
- 14 • die Bereitstellung einer Geschäftsstelle, Mitarbeiter_innen und Budget aus Landesmitteln für die Opferbe-
15 auftragte/ den Opferbeauftragten

16 Begründung:

17 erfolgt mündlich.